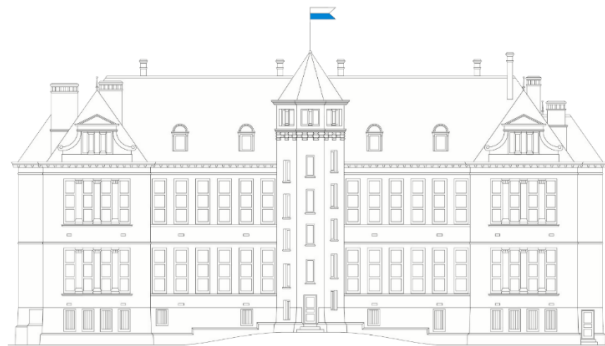


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte,

mit der Wahl von *Friedrich Merz* zum Bundeskanzler und dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung wird auch ein neues Kapitel deutscher Außen- und Europapolitik aufgeschlagen. Die neue Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, innerhalb der Europäischen Union wieder eine Führungsrolle einzunehmen und bei den drängenden internationalen und europapolitischen Herausforderungen Führungsstärke zu zeigen. Die deutsche Enthaltung bei wichtigen Abstimmungen in Brüssel, die leider in den letzten Jahren unter dem Begriff „German Vote“ unrühmliche Bekanntheit erlangt hat, soll der Vergangenheit angehören.



Die Zeichen für ein entschlossenes Auftreten Deutschlands in Europa stehen gut. Zum ersten Mal seit beinahe 60 Jahren ist das Auswärtige Amt wieder unionsgeführt. Dies wird die Koordination zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt bei der Abstimmung europapolitischer Initiativen erleichtern. Es ist zudem gelungen, erfahrene und gut vernetzte Europa-Kenner aus Brüssel nach Berlin zu holen. Der bisherige EU-Botschafter in Brüssel, *Michael Clauß*, ist neuer Leiter der Europaabteilung im Bundeskanzleramt und

damit engster europapolitischer Berater des Bundeskanzlers. Der bisherige Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO, Dr. *Géza Andreas von Geyr*, ist einer der beiden neuen Staatssekretäre im Auswärtigen Amt und dort auch für die EU-Koordinierung zuständig. Für die bevorstehenden Aufgaben wünsche ich dem neuen Team viel Erfolg und gutes Gelingen.

Zum Stichwort „gut gelungen“ möchte ich das Augenmerk auch auf ein Thema lenken, das im ländlichen Raum in Bayern viel diskutiert wird – der Schutzstatus des Wolfs. Hier gibt es erfreuliche Nachrichten aus Brüssel. Nachdem der Rat dem Kommissionsvorschlag zur gezielten Änderung der Flora-Fauna-Habitat Richtlinie, mit der der Schutzstatus des Wolfs von „streng geschützt“ auf „geschützt“ herabgestuft werden soll, bereits Mitte April gefolgt war, hat letzte Woche auch das Europäische Parlament den Kommissionsvorschlag angenommen. Nach der nun noch ausstehenden förmlichen Annahme durch den Rat – aufgrund der Einigkeit von Parlament, Rat und Kommission eine Formalität – kann die Änderungsrichtlinie direkt im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden, da interinstitutionelle Verhandlungen in diesem Fall nicht erforderlich sind. Dieses Verfahren ist ein gutes Beispiel dafür, wie in der EU schnell und unkompliziert pragmatische Entscheidungen getroffen werden können.

Bedauerlicherweise liefert die Kommission auch Gegenbeispiele, die nicht Pragmatismus und Bürgernähe, sondern EU-Bürokratie in Reinkultur verkörpern. So hat die EU-Kommission im Rahmen ihres Vorschlags zur



umfassenden Überarbeitung der EU-Vorschriften zu Straßenverkehrssicherheit und Fahrzeugzulassung am 24. April 2025 unter anderem jährliche Inspektionen für PKW und Transporter, die älter als 10 Jahre sind, vorgeschlagen. Eine EU-Regelung ist hier völlig überflüssig. Wir haben in Deutschland ein bewährtes, engmaschiges und sehr gut funktionierendes Kontrollsystem. Eine darüberhinausgehende EU-Vorschrift ist nicht notwendig und widerspräche den Entbürokratisierungszielen, die sich die Kommission selbst gesetzt hat.

Der Freistaat Bayern wird Fehlentwicklungen dieser Art auch künftig klar ansprechen und ihnen entgegenwirken. Die Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfs zeigt, dass unser beharrlicher Einsatz Erfolge mit sich bringt. Ich verspreche Ihnen: Wir bleiben für die bayerischen Interessen in Brüssel auch weiterhin am Ball.

Nun wünsche ich Ihnen viel Freude bei der Lektüre des aktuellen Europaberichts, der die wichtigsten Entwicklungen und Entscheidungen der vergangenen Wochen in bewährter Weise zusammenführt.

Ihr

Eric Beißwenger, MdL

Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales



EDITORIAL	2
POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....	11
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	11
Rat für Auswärtige Angelegenheiten: Unterstützung der Ukraine, Beziehungen zur Afrikanischen Union und zum Westbalkan, Kontrolle der Ausfuhr von Rüstungsgütern	11
Informelle Tagung der Außenminister: EU-UK-Beziehungen, 17. Sanktionspaket gegen Russland, hybride Bedrohungen	11
EUROPÄISCHES PARLAMENT	12
Plenarwoche vom 05.05.-08.05.2025:.....	12
INTERNATIONALES.....	13
Vierte Beitrittskonferenz mit Albanien: Eröffnung des Binnenmarkt-Clusters	13
Hochrangiger EU-Palästina Dialog und Mehrjahresprogramm für die wirtschaftliche Erholung und Resilienz	14
Unterstützungsmaßnahme für die Streitkräfte Moldaus	14
Unterstützungsmaßnahme für die Streitkräfte Nordmazedoniens	15
Verlängerung des Sanktionsregimes gegen die Destabilisierung der Republik Moldau	15
Zahlung eines Makrofinanzhilfedarlehens an die Ukraine.....	15
MEDIEN	16
Anhörung im CULT-Ausschuss zu Medienkompetenz	16
5 Mio. € für Faktenprüfer-Netzwerk zur Bekämpfung von Desinformation	16
Europäisches Parlament vergibt LUX-Publikumspreis 2025.....	16
Europäisches Gericht hält teilweisen Schutz der Unionsmarke tagesschau aufrecht	17
13,5 Mio. € EU-Fördermittel zur Unterstützung europaweiter Berichterstattung.....	17
EU gibt knapp 5 Mio. € für die Stärkung der Medienkompetenz und Widerstandsfähigkeit gegen Desinformation aus	18
Deutschland landet im Weltindex der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen auf Platz 11	18
Kommission äußert sich anlässlich des Internationalen Tages der Pressefreiheit	19
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	20
SICHERHEIT	20
LIBE-Ausschuss stimmt für schrittweise Einführung des Entry-Exit-Systems	20
Europol und Ägypten unterzeichnen Arbeitsvereinbarung zur Bekämpfung schwerer Kriminalität	20
STRAßENVERKEHR	21
Kommission schlägt neue EU-Vorschriften für die Straßenverkehrssicherheit und die Fahrzeugzulassung vor	21
MIGRATION & ASYL	21
Kommission schlägt beschleunigte Umsetzung des Migrations- und Asylpakts vor.....	21
Deutlicher Rückgang der Asylanträge aus Syrien – auch in Deutschland	22



RECHTSSACHE.....	22
Schlussanträge des Generalanwalts in der Rechtssache C-698/23 P – Klagebefugnis des EDSB	22
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	24
UKRAINE-EU	24
EU und Ukraine verlängern Straßenverkehrsabkommen bis 31.12.2025	24
Kommission veröffentlicht aktualisierte Zahlen zu den EU-Solidaritätskorridoren für März 2025.....	24
VERKEHRSPOLITIK	24
Kommission wählt drei neue Koordinatoren für die TEN-V-Korridore aus	24
STRAßENVERKEHR	25
Kommission schlägt neue EU-Vorschriften für die Straßenverkehrssicherheit und die Fahrzeugzulassung vor	25
Kommission nimmt Durchführungsverordnung betreffend alternative Kraftstoffe an.....	25
Kommission veröffentlich Studie zu sicheren Parkplätzen für Berufskraftfahrer.....	26
SCHIENENVERKEHR	26
Kommission veröffentlicht Leitlinien zu Gleiszugangsentgelten.....	26
Kommission führt ersten Umsetzungsdialog zum EU-Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr.....	27
Kommission leitet Konsultation zur Interoperabilität im Eisenbahngüterverkehr ein	27
SCHIFFSVERKEHR	27
Kommission verklagt u. a. Deutschland vor dem EuGH wegen Verstoßes gegen EU-Vorschriften bei der Abstimmung in der Donaukommission.....	27
Kommission veröffentlicht delegierte Richtlinie zum EU-Schiffsmeldesystem.....	28
BAUEN UND WOHNEN	28
Kommission leitet Sondierung zum europäischen Plan für bezahlbares Wohnen ein.....	28
Kommission leitet Sondierung zu einer neuen EU-Städteagenda ein	29
Kommission vergibt EU-Missionssiegel an weitere 39 Städte	29
Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen für 4. Quartal 2024	29
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Februar 2025	30
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	31
EP und Rat: Vorläufige Trilogieinigung zur Verordnung über die Sicherheit von Spielzeugen	31
Rat: Billigung der sog. „Stop-the-clock“-Richtlinie	31
Kommission: EFRAG veröffentlicht Aufruf zur Stellungnahme	32
EuGH und EP: Zweites Treffen im Rahmen des konstruktiven Dialogs	32
Kommission: Überarbeitung der EU-Cybersicherheitsverordnung	32
Kommission: EFRAG legt Arbeitsplan zur Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichtsstandards vor	33
EuGH: Urteil zur Ausfuhr von Bargeld nach Russland.....	33
EuGH: Feierliche Verpflichtung von <i>Kaja Kallas</i>	34



STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS	35
Erste EU-finanzierte Schule in einem Schutzraum in Region Odessa eröffnet	35
Austausch des EU-Parlaments mit Exekutiv-Vizepräsidentin <i>Mînzatu</i> zur „Union of Skills“	35
Auszeichnung für Programm Erasmus+ für Beitrag zur europäischen Integration	36
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	38
HOCHSCHULEN/FORSCHUNG.....	38
„Choose Europe“ – Kommissionspräsidentin präsentiert Initiative zur Anwerbung von Talenten	38
Kommission veröffentlicht Zwischenbewertung von Horizont Europa	38
Kommission legt Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen im Forschungsbereich vor	39
EU und Ägypten treffen politische Einigung über Assoziierung mit Horizont Europa	40
KULTUR	40
Kommission öffnet Konsultation zum EU-Kulturkompass	40
Kommission veröffentlicht Ergebnisse zu Eurobarometer-Umfrage im Kulturbereich	41
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	42
Informeller ECOFIN-Rat: US-Zollpolitik, Spar- und Investitionsunion, Finanzierung der Europäischen Verteidigung.....	42
WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION	42
4. Konsortialtransaktion für 2025: EU-Anleihen im Wert von 8 Mrd. € aufgenommen.....	42
Empfehlung des Thinktanks Bruegel: EU könnte mit mehr Anleiheemissionen auf Trumps Zölle reagieren.....	43
Europäische Zentralbank-Ratssitzung am 17.04.2025: eine weitere Zinssenkung um 25 Basispunkte ..	43
Bargeld in der deutschen Gesellschaft – ein aktuelles Meinungsbild	43
Bruegel-Analyse: Geplantes deutsches Finanzpaket ist nicht mit EU-Fiskalregeln vereinbar.....	44
16 Mitgliedstaaten beantragen die Aktivierung der nationalen Ausweichklausel.....	44
Digitaler Euro: Europäische Zentralbank untersucht innovative Zahlungsfunktionen im Rahmen des digitalen Euro	44
Europäische Rechnungshof: Lehren aus den Schwachstellen der ARF.....	45
HAUSHALT	45
Kommission schlägt Berichtigungshaushaltsplan 1/2025 vor: Überschuss von 1,3 Mrd. € fließt in den Haushalt 2025.....	45
Haushaltsausschuss-Ausschuss: Position zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen - Initiativbericht.	46
Europäisches Parlament: Plenum nimmt Initiativbericht zum nächsten MFR an.....	46
STEUERN.....	47
Zusammenarbeit der Steuerbehörden – Annahme von Standardformblättern und elektronischen Formaten	47
Veröffentlichung des Zolldatenmodells „EUCDM 7.0“	47



DAC9: förmliche Annahme durch den Rat	47
UNI Europa: Einführung einer Digitalsteuer	47
BusinessEurope: dringende Neubewertung des EU-Ansatzes zur Säule 2.....	48
Unterausschuss für Steuerfragen: Rolle der Steuerpolitik für den grünen Wandel und die Wettbewerbsfähigkeit der EU	48
Europäischer Gerichtshof präzisiert Umstände, unter denen Steuerbefreiungen gegen Unionsrecht verstoßen	48
DIGITALES	49
NIS-2-Richtlinie: Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland	49
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE...	50
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	50
Europäisches Parlament legt Standpunkt zum Europäischen Programm für die Verteidigungsindustrie (EDIP) fest	50
Flottenregulierung: Europäisches Parlament legt Standpunkt zur gezielten Änderung der Verordnung über CO ₂ -Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge ohne Änderungen fest	50
Flottenregulierung: Rat legt Standpunkt zur gezielten Änderung der Verordnung über CO ₂ -Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge ohne Änderungen fest	51
Rat legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Verkürzung des Abwicklungszyklus für EU-Wertpapiere fest	51
Rat legt Standpunkt zum Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen fest.....	51
Kommission legt Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen vor	52
Kommission nimmt delegierte Verordnungen betreffend den Bereich der Bank- und Finanzdienstleistungen an	52
Kommission nimmt Delegierte Verordnung zu Verfahrensvorschriften für die Ausübung der Befugnisse der ESMA mit Blick auf die Anbieter konsolidierter Datenticker an	52
Kommission nimmt Delegierte Verordnung zu Aufsichtsgebühren der ESMA mit Blick auf die Anbieter konsolidierter Datenticker an.....	53
Kommission initiiert gezielte Konsultation zur Integration der EU-Kapitalmärkte.....	53
Kommission initiiert Konsultationen betreffend die Euro-7-Emissionstypgenehmigung	53
Kommission initiiert Sondierung zur geplanten Verordnung zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie	54
Kommission initiiert Sondierung zur Überarbeitung der Verordnung über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor	54
Kommission initiiert Sondierung zur Aktivierung der EU-Vorschriften über Funkanlagen für rekonfigurierbare Funksysteme	54
Kommission initiiert Sondierung zur EU-Agenda für Städte.....	55
Kommission veröffentlicht Ausschreibung zur Kartierung der unterirdischen Vorkommen von natürlichem Wasserstoff und zur Entwicklung der erforderlichen Rechtsvorschriften für eine nachhaltige Produktion	55



Kommission veröffentlicht Empfehlung zu Ausfuhrkontrollen im Kontext des Weißbuchs zu Ausfuhrkontrollen	55
Kommission veröffentlicht Jahresbericht 2024 über die Wettbewerbspolitik	55
Kommission investiert zur Stärkung der Verteidigungsindustrie 910 Mio. € im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) 2024	56
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von YOOX Net-a-Porter durch MyTheresa.....	56
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Motel One durch PAI Partners	56
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Outlet Mall Group durch u.a. PIMCO Prime Real Estate	56
AUßENWIRTSCHAFT.....	57
Europäisches Parlament legt Standpunkt zum Legislativvorschlag für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen fest	57
Europäisches Parlament legt Standpunkt zur Verlängerung der Handelsliberalisierung für ukrainische Importe fest.....	57
Kommission nimmt Durchführungsrechtsakte betreffend die EU-Gegenmaßnahmen hinsichtlich der US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte an	57
Kommission führt endgültigen Ausgleichszoll auf die Einfuhren mobiler Zugangstechnik mit Ursprung in der Volksrepublik China ein	58
Kommission weitet Antidumpingzoll auf Mononatriumglutamat auf Einfuhren aus Malaysia aus.....	58
Kommission konsultiert zu möglichen EU-Gegenmaßnahmen und bereitet WTO-Klage als Reaktion auf US-Zölle vor.....	58
ENERGIE	59
ENTSO-E veröffentlicht „Bidding Zone Review“	59
Europäisches Parlament legt Standpunkt zum Vorschlag zur Verlängerung der Gasspeicherverordnung fest	59
Rat legt Standpunkt zum Vorschlag zur Verlängerung der Gasspeicherverordnung fest.....	60
Kommission legt REPowerEU-Fahrplan vor.....	60
Kommission nimmt Durchführungsverordnung betreffend alternative Kraftstoffe an.....	61
Kommission initiiert Sondierung zum EU-Modernisierungsfonds.....	61
Kommission initiiert Sondierung zum nuklearen Ökosystem der EU	61
Kommission veröffentlicht Abschlussbericht zur Konsultation betreffend die Aktualisierung der Gebühren der EU-Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden	61
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	62
UMWELT	62
Rat und Europäisches Parlament unterstützen Änderung des Schutzstatus des Wolfs.....	62
Europäisches Parlament nimmt Initiativbericht zur Wasserresilienzstrategie an	62
Kommission ruft zum Einreichen neuer Projekte im Rahmen des LIFE-Programms auf	62
Informeller Umweltrat in Warschau am 28./29.04.2025	63



Kommission initiiert Sondierung zur geplanten Verordnung zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie	63
Kommission nimmt LIFE-Arbeitsprogramm für 2025 - 2027 an	64
EU-Klimawandeldienst veröffentlicht Klimasachstandsbericht für 2024	64
Konsultation zur Überprüfung des Innovationsfonds veröffentlicht	64
Konsultation zum EU-Emissionshandelssystem und zur Marktstabilitätsreserve veröffentlicht	65
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zur Nachhaltigkeit in Europa im Jahr 2050	65
VERBRAUCHERSCHUTZ	66
Europäischer Gerichtshof urteilt zur Werbung mit gesundheitsbezogenen Angaben über pflanzliche Stoffe.....	66
Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit veröffentlicht Gutachten zu antibiotikaresistenten Bakterien in der Lebensmittelkette	66
Konsultation zur Bewertung der Kosmetik-Verordnung veröffentlicht	67
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Briefing zu den Auswirkungen von PFAS-Polymeren	67
Europäische Chemikalienagentur veröffentlicht Beschränkungsvorschlag für bestimmte Chrom(VI)-Stoffe.....	67
Kommission initiiert Sondierung zur Aktivierung der EU-Vorschriften über Funkanlagen für rekonfigurierbare Funksysteme	68
Kommission veröffentlicht Jahresbericht 2024 zu Safety Gate	68
Kommission veröffentlicht Arbeitsplan zur Umsetzung von Ökodesign- und Energieverbrauchskennzeichnungs-Verordnung	69
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND TOURISMUS	70
Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Vereinfachung der Entwaldungsverordnung und Konsultation ..	70
Rat und Europäisches Parlament unterstützen Änderung des Schutzstatus des Wolfs.....	70
Rat legt Standpunkt zur grenzüberschreitenden Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken fest	71
Kommission veröffentlicht Konsultation zum Weinpaket.....	72
Eurostat veröffentlicht Kennzahlen zu regelmäßiger Arbeit an Wochenenden.....	72
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES.....	73
Informeller EPSCO-Rat: KI, Integrationspolitik und Gleichstellung am Arbeitsplatz	73
Informeller Rat zum Thema Gleichstellung: KI und Desinformation	73
Statement zum Europäischen Tag der Solidarität zwischen den Generationen	74
Europäische Tage des unabhängigen Lebens – kritische Erklärung von ENIL	75
Eurofound veröffentlicht zwei neue Podcast-Episoden zu sozialen und arbeitsmarktbezogenen Themen.....	75
Eurostat-Statistik: Über 20 % der Erwerbstätigen arbeiteten 2023 an Wochenenden	75
Eurostat-Statistik: Arbeitsmarktdaten für 2024 und Überqualifikation bei Frauen höher als bei Männern	76



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, PFLEGE UND PRÄVENTION	77
Konsultation zum Rechtsakt über kritische Arzneimittel.....	77
Deutschland und 16 Länder erhalten Zugang zu über 27 Millionen Grippeimpfstoffdosen	77
Die EU droht ihre Ziele bei der Bekämpfung von sexuell übertragbaren Krankheiten nicht zu erreichen	77
Erstes Alzheimer-Medikament in der EU zugelassen	78
Kommission begrüßt Fortschritte bei Einigung über Pandemie-Abkommen.....	78
Sondierung zu Maßnahmen bei Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit	79
Evaluierung des Zentrums für Prävention und Kontrolle von Krankheiten.....	79
EFTA-Staaten/EWR: Maßnahmen bei gesundheitlichen Notlagen.....	79
Deutschland: Höchste Krankenhausedichte im europäischen Vergleich.....	79
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	81
TikTok wegen Verstoß gegen die DSGVO zu einer Strafe von 530 Mio. € verurteilt	81
EU-Kommission verbannt Huawei im Zuge von Korruptionsermittlungen	81
Update DMA: Kommission ergreift Maßnahmen gegen Apple und Meta	82
Update DSA: MEPs fordern Updates zur Untersuchung von X	82
Microsoft verspricht Europa Schutz vor politischen Risiken.....	83
Meta trainiert KI auch in der EU mit öffentlichen Posts von Nutzern	83
Gewerkschaftsverband fordert Einführung einer Steuer auf digitale Dienstleistungen.....	83



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Rat für Auswärtige Angelegenheiten: Unterstützung der Ukraine, Beziehungen zur Afrikanischen Union und zum Westbalkan, Kontrolle der Ausfuhr von Rüstungsgütern

Am 14.04.2025 tagte der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ in Luxemburg. Den Vorsitz führte die Hohe Vertreterin der Außen- und Sicherheitspolitik der EU *Kaja Kallas*. Für die Kommission nahmen die Kommissarinnen *Marta Kos* (Erweiterung), *Dubravka Suica* (Mittelmeer) und *Hadja Lahbib* (Krisenvorsorge und Krisenmanagement, Gleichstellung), für Deutschland Bundesministerin des Auswärtigen *Annalena Baerbock* teil.

Die Ministerinnen und Minister tauschten sich über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine aus, wobei der Fokus auf der Militärhilfemission der EU für die Ukraine (EUMAM), mit der bislang 73000 Soldaten ausgebildet wurden, sowie auf der militärischen Unterstützung der Ukraine lag. Ein weiterer Fokus lag auf den Beziehungen der EU zur Afrikanischen Union anlässlich des 25-jährigen Bestehens der EU-AU-Partnerschaft und der Frage, wie die Partnerschaft in Zukunft fortgeführt wird. Es fand ein Austausch darüber statt, wie die Sicherheits- und Verteidigungskooperation der EU mit dem Westbalkan gestärkt und regionale Stabilität und Sicherheit gefördert werden können. Weitere Themen waren die Lage im Nahen Osten, die Lage im Iran und die Überprüfung des EU-Rahmens für die Kontrolle der Ausfuhr von Rüstungsgütern.

[Tagungsseite](#)

Informelle Tagung der Außenminister: EU-UK-Beziehungen, 17. Sanktionspaket gegen Russland, hybride Bedrohungen

Vom 07. bis 08.05.2025 kamen die Außenministerinnen und -minister der 27 EU-Mitgliedstaaten zum Gymnich-Treffen in Warschau zusammen. Den Vorsitz führten die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas* und der polnische Außenminister *Radosław Sikorski*.

Mit dem Außenminister des Vereinigten Königreichs *David Lammy* wurden die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sowie die angestrebte Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft erörtert. Am darauffolgenden Tag erörterten die Minister erstmals das kurz zuvor von der Kommission vorgeschlagene 17. Sanktionspaket gegen Russland, mit dem weitere Personen sowie mehr als 100 Schiffe der russischen Schattenflotte gelistet werden sollen. Einigkeit bestand darin, dass den USA ein europäischer Blick auf den Ukraine Konflikt vermittelt werden müsse und dass die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland unter Unterstützung der USA wichtig sei. Gemeinsam mit Außenministerinnen und -ministern der (potenziellen) EU-Beitrittskandidaten wurden hybride Bedrohungen besprochen und der Fokus auf FIMI (foreign information manipulation and interference) gelegt. Ziel sei es, die Unterstützung für den Beitrittsprozess in den Mitgliedstaaten und den Beitrittskandidaten mittels FIMI bröckeln zu lassen.



[Tagungsseite](#)

[Artikel der polnischen Ratspräsidentschaft zum ersten Tag](#)

[Artikel der polnischen Ratspräsidentschaft zum zweiten Tag](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenarwoche vom 05.05.-08.05.2025:

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) in Straßburg standen u. a. folgende Themen im Zentrum der Debatten bzw. Abstimmungen (siehe auch Beiträge der Ressorts in diesem EB):

- **Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes**

Die Abgeordneten stimmten am 06.05.2025 für die beschleunigte Behandlung der gezielten Änderung der Flora-Fauna-Habitat Richtlinie und nahmen diese am 08.05.2025 inhaltlich unverändert an. Im Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, den Schutzstatus des Wolfs von „streng geschützt“ zu „geschützt“ herunterzusetzen und damit Abschüsse zu erleichtern – unter Beachtung des übergeordneten Ziels der Wahrung des „günstigen Erhaltungszustands“.

- **Flexibilisierung der CO₂-Emissionsvorschriften für neue Pkw und Transporter**

Auch den Kommissionsvorschlag zur gezielten Änderung der CO₂-Emissionsvorschriften für neue Pkw und Transporter behandelten die Abgeordneten im beschleunigten Verfahren. Die derzeitigen EU-Vorschriften bestimmen, dass im Zeitraum 2025–2029 die durchschnittlichen CO₂-Emissionen in der EU-Flotte eines Herstellers jährlich um 15 % im Vergleich zu den Werten von 2021 sinken müssen. Mit der gezielten Änderung wird den Autoherstellern die Möglichkeit eröffnet, ihre Emissionsleistung über einen Zeitraum von drei Jahren (2025, 2026 und 2027) zu mitteln, anstatt jedes einzelne Jahr für sich zu bewerten. Das EP nahm den Vorschlag am 08.05.2025 ohne Änderungen an.

- **Prioritäten des Parlaments für den Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028**

Das EP fordert am 07.05.2025 für den langfristigen EU-Haushalt 2028-2034 einen ambitionierteren mehrjährigen Finanzrahmen, der geeignet ist, die zunehmende Anzahl an Krisen und Herausforderungen zu bewältigen. Laut den Abgeordneten reicht die selbst auferlegte derzeitige Obergrenze für Ausgaben in Höhe von 1 % des Bruttonationaleinkommens der 27 EU-Mitgliedstaaten hierfür nicht aus. Im Bericht werden u.a. rein nationale Pläne für die Ausgaben der einzelnen Staaten abgelehnt und stattdessen eine Struktur gefordert, die Transparenz und parlamentarische Kontrolle gewährleistet und regionale sowie lokale Behörden einbezieht. Die Rolle der Kohäsionspolitik bei der Vertiefung des Binnenmarkts, dem Abbau von Ungleichheiten und der Bekämpfung von Armut wird betont.

- **Vorbeugung von Sicherheitsrisiken bei ausländischen Investitionen**

Die Abgeordneten stimmten am 08.05.2025 für überarbeitete Regeln, um Sicherheitsrisiken durch ausländische Investitionen in der EU in Sektoren wie Mediendiensten, kritischen Rohstoffen und



Verkehrsinfrastruktur vorzubeugen. Investitionen sollen verpflichtend von den Mitgliedstaaten überprüft werden. Wenn die Prüfung ergibt, dass ein geplantes ausländisches Investitionsvorhaben möglicherweise negative Auswirkungen auf die Sicherheit oder öffentliche Ordnung hätte, kann das Projekt untersagt oder unter Auflagen genehmigt werden. Die Kommission erhält das Recht, entweder aus eigener Initiative oder bei Uneinigkeit zwischen Mitgliedstaaten über potenzielle Risiken tätig zu werden.

- **Flexibilität bei der Befüllung von Gasspeichern**

Die Abgeordneten stimmten am 08.05.2025 für die Verlängerung des EU-Gasspeichersystems aus dem Jahr 2022 bis zum 31.12.2027, brachten aber auch mehrere Änderungsanträge ein, mit denen die obligatorische Befüllung der Gasspeicher flexibler erfüllt werden kann, um Spannungen auf dem Gasmarkt zu mildern. Das Befüllungsziel (bisher 90 % zum 01.11. eines Jahres) möchte das EP auf 83 % senken, erreichbar zu einem beliebigen Zeitpunkt zwischen dem 01.10. und 01.12. eines jeden Jahres. Bei Versorgungsunterbrechungen oder hoher Nachfrage sollen Mitgliedstaaten und die Kommission eine Abweichung von jeweils 4 Prozentpunkten vom Füllungsziel ermöglichen können, allerdings müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Gesamtfüllverpflichtungen für die Speicher dabei nicht unter 75 % sinken. Das EP forderte die Kommission bei der Gelegenheit auf, sofortige Sanktionen gegen russische Gasimporte, Flüssiggas eingenommen, zu verhängen.

- **Zeremonie zum Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa**

Am 07.05.2025 beging das EP zusammen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, *António Costa*, den 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa mit einer Zeremonie im Plenum. Drei Kriegsveteranen, *Robert Chot* (Belgier, 102 Jahre alt, Teilnehmer an der Schlacht in den Ardennen), *Janusz Komorowski* (Pole, 95 Jahre alt, Teilnehmer an der Befreiung Polens) und *Janusz Maksymowicz* (Pole, 96 Jahre alt, Teilnehmer am Aufstand im Warschauer Ghetto), sprachen zu den Abgeordneten. *Chot* forderte angesichts der Tatsache, dass der Frieden immer ungewiss sei, die Abgeordneten dazu auf, das Notwendige zu tun, damit der Frieden in Europa erhalten bleibt.

Das nächste „Mini-Plenum“ des EP findet vom 21.05.-22.05.2025 in Brüssel statt.

[Pressemitteilungen des EP](#)

INTERNATIONALES

Vierte Beitrittskonferenz mit Albanien: Eröffnung des Binnenmarkt-Clusters

Am 14.04.2025 fand die vierte Beitrittskonferenz der EU mit Albanien am Rande des Außenrates in Luxemburg statt. Teil nahmen der albanische Premierminister *Edi Rama*, der polnische Minister für auswärtige Angelegenheiten *Radosław Sikorski*, die Hohe Vertreterin der Außen- und Sicherheitspolitik der EU *Kaja Kallas* und Kommissarin *Marta Kos* (Erweiterung). Die Tagung diente der Aufnahme von Verhandlungen mit Albanien über Cluster 2 (Binnenmarkt). Die Beitrittsverhandlungen laufen nach einem einheitlichen Verfahren entlang



von sechs Clustern ab. Seit der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Albanien am 19.07.2022 wurden bereits zwei weitere Cluster eröffnet. Albanien gilt neben Montenegro als aussichtsreichster Beitrittskandidat und hofft, die Verhandlungen noch vor Ende des Jahrzehnts abzuschließen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Hochrangiger EU-Palästina Dialog und Mehrjahresprogramm für die wirtschaftliche Erholung und Resilienz

Am 14.04.2025 fand das erste Treffen des politischen Dialogs auf hoher Ebene zwischen der EU und Palästina in Luxemburg statt. Den gemeinsamen Vorsitz führten die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Kaja Kallas*, und dem Premier- und Außenminister der Palästinensischen Behörde, *Mohammad Mustafa*. Weiterhin nahmen die Kommissarinnen *Dubravka Šuica* (Mittelmeerraum) und *Hadja Lahbib* (Gleichberechtigung, Krisenvorsorge und -management) teil. Im Rahmen des politischen Dialogs führten die EU und die Palästinensische Behörde einen Austausch über den Konflikt im Gazastreifen, die sich abzeichnende Lage im Westjordanland und die Beziehungen zwischen Israel und Palästina sowie über die Aussichten für Fortschritte bei der Zweistaatenlösung. Anschließend befassten sich die Teilnehmer mit den bilateralen Beziehungen, einschließlich der Reformagenda der Palästinensischen Behörde, sowie mit der Frage, wie die EU sie bei diesen wichtigen Bemühungen am besten unterstützen kann.

Anlässlich des Hochrangigen Dialogs verkündete die Kommission ein umfassendes Unterstützungsprogramm in Höhe von bis zu 1,6 Mrd. € für die wirtschaftliche Erholung und Resilienz Palästinas. Das Programm läuft von 2025 - 2027 und umfasst drei Säulen: direkte Unterstützung des Haushalts der Palästinensischen Behörde, Zuschüsse für konkrete Projekte vor Ort zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung und Stabilisierung des Westjordanlands und des Gazastreifens sowie EIB-Darlehen zur Unterstützung des Privatsektors. Zusätzlich wird eine spezielle Geberplattform eingerichtet, um internationale Unterstützung zu mobilisieren und die Reformagenda der Palästinensischen Behörde transparent zu gestalten.

[Sitzungsseite des Rates](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Unterstützungsmaßnahme für die Streitkräfte Moldaus

Der Rat entschied am 24.04.2025 über die siebte Unterstützungsmaßnahme zur Unterstützung der Streitkräfte der Republik Moldau im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (European Peace Facility – EPF). Die Unterstützungsmaßnahme in Höhe von 20 Mio. € dient der Finanzierung von Luftabwehrraketen und Luftflugkörpern mit kurzer Reichweite. Diese Maßnahme schließt sich an die erst kurz zuvor am 07.04.2025 angenommene sechste Unterstützungsmaßnahme in Höhe von 40 Mio. € an, mit der die Infanteriemobilität der moldauischen Streitkräfte sowie die Führungs- und Kontrollfähigkeiten im Bereich der Luftverteidigung unterstützt wird. Bei ihrem Besuch in Moldau am 24.04.2025 kündigte die Hohe Vertreterin der Außen- und



Sicherheitspolitik der EU, *Kaja Kallas*, zudem an, dass die EU Moldau bei den Wahlen im September 2025 unterstützen werde. Mit einem hybriden Soforteinsatzteam werde auf Verlangen lokaler Behörden sichergestellt, dass die Wahlinfrastruktur funktioniert und (insb. von Russland erwartete) Desinformationskampagnen online nicht weiterverbreitet werden.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Unterstützungsmaßnahme für die Streitkräfte Nordmazedoniens

Der Rat genehmigte am 25.04.2025 eine dritte Unterstützungsmaßnahme in Höhe von 15 Mio. € zur Unterstützung der Streitkräfte der Republik Nordmazedonien im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität. Die Maßnahme umfasst beispielsweise Equipment zur Nachrichtenbeschaffung und Überwachung sowie Ausrüstung für die Kampfausbildung. Ziel ist die Stärkung der Verteidigungskapazitäten und -fähigkeiten der Armee der Republik Nordmazedonien und ihrer Einsatzbereitschaft. Die neue Unterstützungsmaßnahme soll zudem das Potenzial Nordmazedoniens stärken, einen Beitrag zu den Operationen und Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu leisten.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Verlängerung des Sanktionsregimes gegen die Destabilisierung der Republik Moldau

Der Rat beschloss am 28.04.2025 die Verlängerung der restriktiven Maßnahmen der EU gegen Personen und Organisationen, die für Handlungen verantwortlich sind, welche die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau destabilisieren, untergraben oder bedrohen, um ein Jahr bis zum 28.04.2026. Die Vermögenswerte der unter die EU-Sanktionsregelung fallenden 16 Personen und zwei Organisationen sind eingefroren. Zudem ist es verboten, ihnen direkt oder indirekt Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus gilt für die gelisteten natürlichen Personen ein Reiseverbot, das sie an der Einreise in oder Durchreise durch das Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten hindert.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Zahlung eines Makrofinanzhilfedarlehens an die Ukraine

Am 80. Jahrestag des Kriegsendes und des Sieges über den Nationalsozialismus, der auch in der Ukraine begangen wurde (08.05.2025), zahlte die Kommission die vierte Tranche der Makrofinanzhilfe in Höhe von 1 Mrd. € aus. Das Land soll damit in die Lage versetzt werden, die erhöhten Ausgaben für Militär, Haushalt und Wiederaufbau zu decken und die von Russland zerstörte Infrastruktur wiederherzustellen. Makrofinanzhilfedarlehen werden im Laufe der Zeit aus den außerordentlichen Gewinnen aus stillgelegten russischen Vermögenswerten beglichen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



MEDIEN

Anhörung im CULT-Ausschuss zu Medienkompetenz

Am 08.04.2025 hat der Ausschuss für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament (CULT) eine öffentliche Anhörung zum Thema Medienkompetenz im digitalen Zeitalter durchgeführt. An ihr haben vier Experten und zwei Vertreter der Kommission teilgenommen.

Die Experten betonten u.a., dass Kommunikationsplattformen inzwischen fundamentale Infrastrukturen des täglichen Lebens seien. Die Medienkompetenz dürfe Risiken und Chancen des digitalen Zeitalters nicht als Gegensätze, sondern müsse sie als Ambivalenz des heutigen kommunikativen Umfeldes auffassen. Weitere Themen waren der Umgang mit Desinformationen und Hate Speech und die diesbezügliche Verantwortung von Eltern und Lehrern. Laut der Experten liege das zentrale Problem darin, dass Plattformen Abhängigkeiten schaffen. Hinzu komme, dass negative Aussagen und Emojis deutlich wirkungsvoller seien als Likes. Seitens der Kommissionsvertreter wurde im Wesentlichen auf bestehende Regelwerke und Initiativen verwiesen. Besondere Erwähnung fanden dabei der Digital Services Act, die AVMD-Richtlinie sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation.

Die sich sodann zu Wort meldenden Mitglieder des CULT-Ausschusses qualifizierten die Medienkompetenz als zentral für die Verteidigung der Demokratie. Es bestand Einigkeit, dass der europäische Gesetzgeber schnell auf die aktuellen Entwicklungen reagieren müsse. Notwendig sei außerdem die Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in den Qualitätsjournalismus und die öffentlich-rechtlichen Medien.

[Webstream](#) (dort kann die gesamte Anhörung nachverfolgt werden)

5 Mio. € für Faktenprüfer-Netzwerk zur Bekämpfung von Desinformation

Am 15.04.2025 hat die Kommission die ersten Ausschreibungen im Rahmen des Programms Digital Europe für die Jahre 2025 - 2027 veröffentlicht. Dabei werden insgesamt 140 Mio. € in den Ausbau zentraler digitaler Technologien investiert. Mit Blick auf die Medien spielt der Kampf gegen Desinformation eine Rolle. Vorgesehen ist der Aufbau eines europäischen Netzwerks von Faktenprüfern zur Bekämpfung von Desinformation. Dafür sollen insgesamt 5 Mio. € bereitgestellt werden. Die diesbezügliche Antragsfrist läuft bis zum 02.09.2025.

[Pressemitteilung](#)

Europäisches Parlament vergibt LUX-Publikumspreis 2025

Am 29.04.2025 wurde der Film „Flow“ des lettischen Regisseurs *Gints Zilbalodis* bei einer Feier im Europäischen Parlament in Brüssel mit dem LUX-Publikumspreis 2025 ausgezeichnet. „Flow“ ist eine lettisch-französisch-belgische Koproduktion und erzählt die Geschichte von Cat, einem einsamen Tier, dessen Heimat von einer großen Flut verwüstet wird. In seinem Bemühen, sich an eine neue Welt anzupassen, findet Cat



Zuflucht auf einem Boot, das von anderen Tieren bevölkert wird. Der Film wurde durch eine Kombination aus einer öffentlichen Abstimmung und einer Abstimmung der Mitglieder des Europäischen Parlaments ermittelt, die jeweils zu 50 % gewichtet wurden.

Hintergrund: Mit dem LUX-Publikumspreis unterstützt das Europäische Parlament seit 2007 den Vertrieb europäischer Filme, indem es für die in die engere Wahl gekommenen Filme Untertitel in 24 EU-Sprachen bereitstellt.

[Pressemitteilung](#)

Europäisches Gericht hält teilweisen Schutz der Unionsmarke tagesschau aufrecht

Das Europäische Gericht (EuG) hat mit Urteil vom 30.04.2025 eine Klage betreffend die Unionsmarke „tagesschau“ abgewiesen. Ausweislich der Urteilsbegründung erkennt es weder einen Verstoß gegen die Begründungspflicht des Amts der Europäischen Union für Geistiges Eigentum (EUIPO) noch eine Verletzung des rechtlichen Gehörs. Außerdem ist das Gericht der Auffassung, dass die angegriffene Marke für die Dienstleistungen der „Bereitstellung von Nachrichtensendungen und -beiträgen“ ernsthaft benutzt wird.

Hintergrund: Auf Antrag der neun Landesrundfunkanstalten trug das EUIPO im Jahr 2012 die Wortmarke „tagesschau“ als Unionsmarke für verschiedene Waren und Dienstleistungen ein, u.a. für Computer, Schreibwaren, Haushaltsartikel, Kleidung, Telekommunikation, sportliche und kulturelle Aktivitäten sowie wissenschaftliche und technologische Dienstleistungen. Auf Antrag der bonnanwalt Vermögens- und Beteiligungsgesellschaft erklärte das EUIPO mit Entscheidung vom 12.12.2019 die Marke mangels ernsthafter Benutzung für verfallen, ausgenommen für die Bereitstellung von Nachrichtensendungen und -beiträgen. Die Antragstellerin hat diese Entscheidung vor dem EuG angefochten, soweit das EUIPO ihren Antrag, die Marke auch für die Bereitstellung von Nachrichtensendungen und -beiträgen für verfallen zu erklären, zurückwies.

[Urteil](#)

13,5 Mio. € EU-Fördermittel zur Unterstützung europaweiter Berichterstattung

Die Kommission hat am 30.04.2025 eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht, um die unabhängige Berichterstattung über EU-Angelegenheiten durch paneuropäische Stellen mit einem Budget von 13,5 Mio. € zu unterstützen.

Im zweiten Jahr ihres Bestehens zielt die Aufforderung darauf ab, Quantität, Qualität und Wirkung der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in so vielen Sprachen und Mitgliedstaaten wie möglich zu verbessern. Sie ist in drei Themenbereiche unterteilt: 7,5 Mio. € stehen für ein Projekt zur Verfügung, mit dem die Berichterstattung und Verfügbarkeit audiovisueller Nachrichten über EU-Angelegenheiten aus europäischer Perspektive verbessert werden soll. 3 Mio. € sind für einen Vorschlag zur Entwicklung internationaler, audiovisueller Nachrichtenmedienangebote in EU-Ländern vorgesehen, in denen Medienpluralismus, Marktpluralität und inhaltliche Vielfalt verbessert werden können. Weitere 3 Mio. € stehen schließlich für die EU-



Online-Berichterstattung zur Verfügung, um den Zugang zu zuverlässigen Online-Informationen zu verbessern.
Die Frist für die Einreichung von Bewerbungen endet am 13.06.2025.

[Informationen zu den Aufrufen](#)

EU gibt knapp 5 Mio. € für die Stärkung der Medienkompetenz und Widerstandsfähigkeit gegen Desinformation aus

Die Kommission hat am 30.04.2024 zwei Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen mit einem Gesamtbudget von knapp 5 Mio. € veröffentlicht, um die Widerstandsfähigkeit der europäischen Gesellschaften durch eine ausgeprägtere Medienkompetenz und bessere Reaktionsfähigkeiten in Bezug auf Desinformationen zu stärken. Der erste Aufruf mit einem Gesamtvolumen von 3,15 Mio. € soll Projekte finanzieren, die sich auf die Erkennung von Informationsmanipulationskampagnen sowie auf die Analyse der Auswirkungen von Online-Desinformation auf Menschen konzentrieren und dabei konkrete Antworten zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften entwickeln. Der zweite Aufruf in Höhe von rund 1,6 Mio. € soll Projekte unterstützen, die die Reichweite und Wirkung von Inhalten, die von unabhängigen Organisationen zur Überprüfung von Fakten in der EU produziert werden, durch kreative Strategien und Medienformate erhöhen. Die Bewerbungsfrist für beide Aufrufe endet am 16.06.2025.

[Informationen zum ersten Aufruf](#)

[Informationen zum zweiten Aufruf](#)

Deutschland landet im Weltindex der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen auf Platz 11

Einen Tag vor dem Internationalen Tag der Pressefreiheit hat die Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen am 02.05.2025 ihren Weltindex 2025 veröffentlicht. Mit einer Gesamtwertung von 83,85 landet Deutschland heuer auf dem 11. von insgesamt 180 Plätzen. Damit schneidet Deutschland einen Platz schlechter ab als im Vorjahr.

Laut Reporter ohne Grenzen befinde sich die weltweite Lage der Pressefreiheit auf einem historischen Tiefstand. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebe in Staaten mit „sehr ernster“ Lage. In 160 Ländern der Welt könnte Medien kaum nachhaltig wirtschaften. Europa sei demgegenüber die Weltregion, in der Journalistinnen und Journalisten am freiesten berichten könnten. Allerdings sei in nur sieben Ländern die Lage als „gut“ zu bewerten. Die höchsten Werte erzielten in diesem Jahr Norwegen (92,31), Estland (89,46) und die Niederlande (88,64). Die letzten Ränge nehmen Eritrea (11,32), Nordkorea (12,64) und China (14,8) ein. Während das Vereinigte Königreich auf Platz 20 landet (78,89), werden die USA auf Rang 57 (65,49) geführt.

Hintergrundinformationen: Der Weltindex der Pressefreiheit ist eine jährliche Rangliste der Länder, die von Reporter ohne Grenzen seit 2002 auf der Grundlage einer eigenen Bewertung der Pressefreiheit erstellt und veröffentlicht wird. Die Rangliste soll den Grad der Freiheit widerspiegeln, den Journalisten, Nachrichtenorganisationen und Internetnutzer in jedem Land genießen, sowie die Bemühungen der Behörden,



diese Freiheit zu respektieren. Die Punktvergabe erfolgt im Rahmen von 5 Indikatoren (politischer Kontext, rechtlicher Rahmen, wirtschaftlicher Kontext, soziokultureller Kontext und Sicherheitsindex).

[Weltindex 2025](#)

[Pressemitteilung von Reporter ohne Grenzen](#)

Kommission äußert sich anlässlich des Internationalen Tages der Pressefreiheit

Wie in den letzten Jahren, hat die Kommission den Internationalen Tag der Pressefreiheit (03.05.2025) zum Anlass genommen, ihr Engagement für die Förderung der Medienfreiheit und des Medienpluralismus in der EU und darüber hinaus zu bekräftigen. Neben Pressestatements von Kommissionsvizepräsidentin *Henna Virkkunen* und Demokratie- und Justizkommissar *Michael McGrath* hat die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas* eine Erklärung im Namen der EU abgegeben. Dabei unterstrich sie u.a. den auf viele Medien weltweit ausgeübten Druck, das risikobehaftete Arbeitsumfeld sowie Kürzungen in der Finanzierung der Medien. Sie erklärte außerdem, dass freie und unabhängige Medien dringend und entschlossen unterstützt werden müssten. Ohne Pressefreiheit seien das Recht auf Information und die Fähigkeit, Machthaber zur Rechenschaft zu ziehen, gefährdet. Ein florierender, unabhängiger und pluralistischer Mediensektor sei eine wesentliche Voraussetzung für die Widerstandsfähigkeit und das Überleben der Demokratie.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Erklärung der Hohen Vertreterin](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

SICHERHEIT

LIBE-Ausschuss stimmt für schrittweise Einführung des Entry-Exit-Systems

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat am 23.04.2025 die Pläne zur schrittweisen Einführung des Einreise- und Ausreisystems (EES) an den EU-Außengrenzen gebilligt. Die Abgeordneten nahmen den Entwurf einer Stellungnahme mit 54 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen an. Sobald das System in Betrieb ist, werden die Daten von Drittstaatsangehörigen, einschließlich biometrischer Daten wie Gesichtsbilder und Fingerabdrücke, bei der Ein- und Ausreise in den Schengen-Raum mit Kurzzeitvisa registriert. Dies soll die Sicherheit erhöhen, das Verfahren beschleunigen und Warteschlangen abbauen. Die schrittweise Einführung soll verhindern, dass eine gleichzeitige Einführung die Belastbarkeit des Systems beeinträchtigt. Während der Einführungsphase könnte die Einführung vorübergehend unterbrochen werden, wenn die Wartezeiten zu lang werden oder es technische Probleme gibt. Die Kommission wird entscheiden, wann eine 180-Tage-Frist beginnt, in der die EU-Länder mit der schrittweisen Einführung des EES an ihren Grenzen beginnen. Am ersten Tag müssten mindestens 10 % der Grenzübertritte im neuen System registriert werden, gefolgt von bis zu 50 % am 90. Tag und 100 % am Ende der 180 Tage. Die Abgeordneten betonten, dass es den Mitgliedstaaten freigestellt sein sollte, ob sie das System schrittweise oder auf einmal einführen wollen. Sie schlagen vor, dass EU-Länder, die sich für eine schrittweise Einführung entscheiden, mehr Flexibilität bei der Erreichung bestimmter Meilensteine haben sollten. Der Ausschuss stimmte mit 60 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen für die Ermächtigung zu Verhandlungen mit dem Rat über die endgültige Ausgestaltung der Rechtsvorschriften. Der Entwurf der Verhandlungsposition des EP wird auf einer der nächsten Plenartagungen bekannt gegeben. Wenn keine Einwände erhoben werden, können die Verhandlungen beginnen.

[Pressemitteilung](#)

Europol und Ägypten unterzeichnen Arbeitsvereinbarung zur Bekämpfung schwerer Kriminalität

Am 09.04.2025 unterzeichneten Europol und das Innenministerium der Arabischen Republik Ägypten eine Arbeitsvereinbarung zur Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten und Ägyptens bei der Verhütung und Bekämpfung schwerer Kriminalität. Dazu zählen u. a. die Schleusung von Migranten, Menschenhandel, Drogenhandel und die sexuelle Ausbeutung von Kindern. Die Vereinbarung sieht einen strukturierten und verstärkten Austausch von Informationen über grenzüberschreitende, schwere und organisierte Kriminalität vor, wobei keine personenbezogenen Daten übermittelt werden. Nach der Unterzeichnung kann das ägyptische Innenministerium einen Verbindungsbeamten in die Gemeinschaft der Verbindungsbeamten von Europol am Hauptsitz in Den Haag entsenden. Diese Arbeitsvereinbarung schafft einen allgemeinen Rahmen für eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Ägypten, Europol und den EU-Mitgliedstaaten, falls ein dringender Bedarf bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus besteht. Sie enthält strenge Garantien zur



Wahrung der Grund- und Menschenrechte, wie sie in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und in der Europol-Verordnung vorgeschrieben sind. Diese Vereinbarung ist die erste ihrer Art mit einem afrikanischen Land.

[Pressemitteilung](#)

STRAßENVERKEHR

Kommission schlägt neue EU-Vorschriften für die Straßenverkehrssicherheit und die Fahrzeugzulassung vor

Die EU-Kommission hat am 24.04.2025 neue Vorschriften vorgeschlagen, um die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen und den technologischen Fortschritt zu berücksichtigen (siehe auch Beitrag des StMB in diesem EB). Diese Maßnahmen umfassen verschärfte Kontrollen, darunter regelmäßige technische Überprüfungen für Elektrofahrzeuge und Fahrerassistenzsysteme sowie jährliche Überprüfungen für ältere Fahrzeuge. Neue Emissionsprüfverfahren sollen die Feinstaubbelastung reduzieren, indem sie Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß erkennen. Zudem sollen digitale Fahrzeugzulassungen und Bescheinigungen eingeführt sowie der grenzüberschreitende Datenaustausch vereinfacht werden. Maßnahmen zum Schutz vor Kilometerzähler-Manipulation sind ebenfalls vorgesehen. Darüber hinaus sollen technische Kontrollen für Personen, die sich vorübergehend in einem anderen EU-Land aufhalten, erleichtert werden. Diese Änderungen unterstreichen das Engagement der EU für eine sichere und nachhaltige Mobilität bei gleichzeitiger Gewährleistung des freien Personen- und Warenverkehrs. Schätzungen zufolge könnten die Vorschläge zwischen 2026 und 2050 rund 7.000 Menschenleben retten und etwa 65.000 schwere Verletzungen verhindern. Die Kommission plant, drei Richtlinien zu überarbeiten: die Richtlinie über die regelmäßige technische Überwachung (PTI) von Fahrzeugen, die Richtlinie über Zulassungsdokumente und die Richtlinie über die Unterwegskontrolle (RSI) von Nutzfahrzeugen. Die Vorschläge werden nun vom Europäischen Parlament und dem Rat im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens geprüft.

[Pressemitteilung](#)

MIGRATION & ASYL

Kommission schlägt beschleunigte Umsetzung des Migrations- und Asylpakts vor

Die Kommission hat am 16.04.2025 vorgeschlagen, die Umsetzung bestimmter Aspekte des Pakts zu Migration und Asyl zu beschleunigen, der im Juni 2026 in Kraft treten soll. Zwei Schlüsselemente der Asylverfahrensverordnung sollen vorgezogen werden, um die Mitgliedstaaten bei der schnelleren Bearbeitung wahrscheinlich unbegründeter Asylanträge zu unterstützen. Zudem soll eine EU-Liste sicherer Herkunftsländer erstellt werden, deren Staatsangehörige ihre Anträge in einem beschleunigten Verfahren bearbeiten können. Die Kommission schlägt vor, bereits vor Inkrafttreten des Paktes zwei wichtige Vorschriften anzuwenden: Erstens, das Grenzverfahren oder ein beschleunigtes Verfahren auf Personen anzuwenden, die aus Ländern



kommen, in denen im Durchschnitt 20 % oder weniger Antragsteller internationalen Schutz in der EU erhalten. Zweitens, sichere Drittstaaten und sichere Herkunftsstaaten mit Ausnahmeregelungen zu benennen, die den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität geben. Zudem soll eine erste EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten erstellt werden, die den Kosovo, Bangladesch, Kolumbien, Ägypten, Indien, Marokko und Tunesien umfasst. Diese Liste soll die nationalen Listen der Mitgliedstaaten ergänzen und eine einheitlichere Anwendung des Konzepts unterstützen. Die EU-Beitrittskandidaten erfüllen grundsätzlich die Kriterien für die Einstufung als sichere Herkunftsländer, es sei denn, es gibt willkürliche Gewalt, Sanktionen oder eine hohe Anerkennungsquote für Asylbewerber. Nun müssen sich das Europäische Parlament und der Rat über diesen Vorschlag einigen.

[Zum Kommissionsvorschlag](#)

[Pressemitteilung](#)

Deutlicher Rückgang der Asylanträge aus Syrien – auch in Deutschland

Im Februar 2025 stellten Syrer eine der geringsten monatlichen Antragszahlen seit über einem Jahrzehnt. Mit nur 5.000 Anträgen verzeichneten die EU+-Länder den geringsten Wert seit langem, was einem Rückgang um 70 % im Vergleich zu Oktober 2024 entspricht. Dieser Rückgang ist auf den Sturz des Assad-Regimes durch Hayat Tahrir al-Sham zurückzuführen. Deutschland, das zuvor das Hauptzielland für syrische Asylbewerber war, erhielt im Februar 2025 40 % weniger Anträge als im Vorjahresmonat und wurde von Frankreich und Spanien überholt. Die Anerkennungsrate für syrische Antragsteller fiel auf nur 14 %, da viele EU+-Länder die Bearbeitung syrischer Anträge pausierten und viele Syrer ihre Anträge zurückzogen. Die EU+-Anerkennungsquote insgesamt fiel im Januar und Februar 2025 auf 25 %, den niedrigsten Stand seit den ersten Monaten der COVID-19-Pandemie. Ende Februar 2025 waren rund 964.000 Asylanträge in erster Instanz anhängig, darunter 113.000 von Syrern.

[Pressemitteilung](#)

RECHTSSACHE

Schlussanträge des Generalanwalts in der Rechtssache C-698/23 P – Klagebefugnis des EDSB

Der Generalanwalt *Campos Sánchez-Bordona* hat am 08.05.2025 seine Schlussanträge zur Frage der Klagebefugnis des Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDSB) in der Rechtssache C-698/23 P vorgelegt. Der EDSB hatte eine Nichtigkeitsklage gegen eine Änderung der Europol-Verordnung eingereicht, die die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Europol betraf. Das Gericht wies die Klage als unzulässig ab, da der EDSB keine privilegierte Klagebefugnis habe und darlegen müsse, dass der angefochtene Rechtsakt ihn unmittelbar betreffe. Nach Auffassung des Generalanwalts stimmen sowohl das Gericht als auch die beteiligten Organe darin überein, dass dem EDSB keine privilegierte Klagebefugnis nach Art. 263 Abs. 2 und 3 AEUV zusteht. Die Klagebefugnis des EDSB hängt davon ab, ob die Voraussetzungen aus Art. 263 Abs. 4 AEUV erfüllt sind. Der Generalanwalt ist der Ansicht, dass der EDSB diese Voraussetzungen erfüllt. Er



argumentiert, dass die Kontrollfunktionen des EDSB im Bereich der Datenschutzvorschriften eine strenge Auslegung der allgemeinen Klagebefugnis verhindern sollten. Der EDSB hat die Aufgabe, die Einhaltung der Datenschutzvorschriften durch die Organe der Union sicherzustellen, und diese wichtige Funktion sollte nicht ohne triftige Gründe eingeschränkt werden. Der Generalanwalt führt weiter aus, dass der EDSB stichhaltig dargelegt hat, warum die Bestimmungen seine Rechtsstellung beeinflussen könnten, und dass das Gericht dies hätte berücksichtigen sollen. Stattdessen habe das Gericht in Wirklichkeit über die Begründetheit der Klage entschieden, anstatt nur die Zulässigkeit zu prüfen. Die Schlussanträge sind für den Gerichtshof nicht bindend. Das Urteil wird zu einem späteren Zeitpunkt verkündet.

[Volltext](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

UKRAINE-EU

EU und Ukraine verlängern Straßenverkehrsabkommen bis 31.12.2025

Am 10.04.2025 haben die EU und Ukraine ihr Straßenverkehrsabkommen vom 29.06.2022 bis zum 31.12.2025 verlängert (EB 07/24). Bereits am 26.03.2025 hatten die EU und die Republik Moldau eine Verlängerung des gemeinsamen Straßenverkehrsabkommens bis Ende 2025 beschlossen (EB 04/25). Das Abkommen dient der Sicherung von Lieferketten und zur Erleichterung grenzüberschreitender Transporte von Getreide, Kraftstoffen und Lebensmitteln. Gleichzeitig werden die Logistikunternehmen verpflichtet, Frachtdokumente mitzuführen und Leerfahrten zu begründen. Verstöße gegen die Verkehrssicherheit oder Dokumentenfälschungen können zum Verlust des Rechts auf Erbringung der Logistikdienstleistung führen. Eine Schutzklausel sieht auch die Aussetzung des Abkommens vor, falls es zu Störungen im Verkehrsmarkt kommen sollte. Der Gesamtwert des Handels über die EU-Solidaritätskorridore wird auf rund 211 Mrd. € geschätzt (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission veröffentlicht aktualisierte Zahlen zu den EU-Solidaritätskorridoren für März 2025

Am 24.04.2025 hat die Kommission aktualisierte Zahlen zum Güterverkehr der EU mit der Ukraine auf den EU-Solidaritätskorridoren veröffentlicht (EB 04/25). Im März 2025 wurden über die EU-Solidaritätskorridore rund 85 % der ukrainischen Einfuhren (15 % über das Schwarze Meer) sowie 50 % der ukrainischen Ausfuhren von nichtlandwirtschaftlichen Produkten und 20 % des ukrainischen Getreides, der Ölsaaten und verwandter Erzeugnisse transportiert. Seit Mai 2022 konnte die Ukraine hierüber rund 179 Mio. t an Waren ausführen, darunter rund 91 Mio. t an landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Insgesamt wurden rund 45 % des ukrainischen Getreides und der Ölsaaten über diese Korridore und 55 % über die ukrainischen Schwarzmeerhäfen transportiert. Die Einfuhren in die Ukraine betrugen seit Mai 2022 etwa 74,5 Mio. t an Waren, wie Treibstoff, Fahrzeuge und Düngemittel. Der Gesamtwert des Handels über die Korridore wird auf rund 211 Mrd. € geschätzt, wovon ca. 61 Mrd. € auf die ukrainischen Ausfuhren und 150 Mrd. € auf die Einfuhren in die Ukraine entfielen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

VERKEHRSPOLITIK

Kommission wählt drei neue Koordinatoren für die TEN-V-Korridore aus

Am 22.04.2025 hat die Kommission das Auswahlverfahren für drei neue Koordinatoren für die Korridore der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) gestartet. Von den neun Kernnetzkorridoren werden die Korridore



„Atlantik“, „Ostsee - Schwarzes Meer - Ägäisches Meer“ sowie „Rhein-Donau“ neu besetzt. Bayern liegt sowohl auf dem „Rhein-Donau“-Korridor als auch dem „Skandinavien-Mittelmeer“-Korridor. Die frühere „Rhein-Donau“-Koordinatorin, Frau *Inés Ayala Sender*, ist im Juli 2024 verstorben. Es ist geplant, die drei Positionen bis Sommer 2025 zu besetzen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

STRAßENVERKEHR

Kommission schlägt neue EU-Vorschriften für die Straßenverkehrssicherheit und die Fahrzeugzulassung vor

Am 24.04.2025 hat die Kommission ein Paket zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit und der Luftqualität vorgelegt (siehe weiteren Beitrag des StMI in diesem EB). Dieses besteht aus zwei Vorschlägen für eine Richtlinie über regelmäßige technische Inspektionen (Aktualisierung der Richtlinie 2014/45/EU über die regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und der Richtlinie 2014/47/EU über die technische Unterwegskontrolle von Nutzfahrzeugen) sowie für eine Richtlinie über Zulassungsdokumente für Fahrzeuge und die in nationalen Registern gespeicherten Fahrzeugdaten. Die neuen Vorschriften sehen u. a. regelmäßige technische Überprüfungen für Elektrofahrzeuge, jährliche Überprüfungen für ältere Fahrzeuge und fortschrittliche Emissionsprüfverfahren zur Reduzierung der Feinstaubbelastung vor. In Deutschland müssen Neuwagen nach drei Jahren zur Haupt- und Abgasuntersuchung, danach wechselt das TÜV-Prüfintervall in einen Zweijahresrhythmus. Der Kommissionsvorschlag sieht nun für Pkw und Transporter ab einem Alter von zehn Jahren eine jährliche TÜV-Kontrolle vor. Die Vorschläge werden nun im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren vom Europäischen Parlament und dem Rat geprüft.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Vorschlag für eine Richtlinie über regelmäßige technische Inspektionen](#)

[Vorschlag für eine Richtlinie über Zulassungsdokumente für Fahrzeuge](#)

[Faktenblatt zum Straßenverkehrssicherheitspaket](#)

Kommission nimmt Durchführungsverordnung betreffend alternative Kraftstoffe an

Am 11.04.2025 hat die Kommission eine Durchführungsverordnung zur Verordnung (EU) 2023/1804 über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe angenommen (siehe weiteren Beitrag des StMWi in diesem EB). Ziel ist eine einheitliche und interoperable Bereitstellung von Echtzeitdaten über die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe. In der Durchführungsverordnung (EU) 2025/655 werden detaillierte Vorschriften und Datenspezifikationen festgelegt, die für mehr Transparenz beim Zugang zur Lade- und Tankinfrastruktur sorgen sollen. Damit werden drei delegierte Verordnungen zu zusätzlichen Datentypen, technischen Anforderungen an die Anwendungsprogramme und zu Normen für drahtloses Laden ergänzt. Im nächsten Schritt werden die



Rechtsakte vom Europäischen Parlament und dem Rat überprüft. Sollten keine Einwände innerhalb von zwei Monaten erhoben werden, treten diese in Kraft.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission veröffentlicht Studie zu sicheren Parkplätzen für Berufskraftfahrer

Am 11.04.2025 hat die Kommission eine Studie zu sicheren Parkplätzen und geeigneten Rastanlagen für Berufskraftfahrer veröffentlicht. Derzeit besteht eine Lücke an geeigneten Parkmöglichkeiten in der EU von 390.057 Plätzen, die bis 2040 auf mehr als 483.000 Plätze anwachsen soll. Unter den EU-Mitgliedstaaten mit dem höchsten Bedarf zählt auch Deutschland mit nur einem zertifizierten Parkplatz pro Kopf. Laut Studie wurden zwischen Januar und Mai 2024 insgesamt 4.810 Straftaten mit einer Schadenshöhe von 73,2 Mio. € angezeigt, darunter die meisten Vorfälle in Deutschland (1.483 Vorfälle mit 11,6 Mio. €). Zwar seien in der EU bereits für viele Parkplätze Sicherheitsfunktionen eingeführt worden, eine beträchtliche Anzahl von Parkplätzen wurde aber bislang noch nicht nach den Standards der EU zertifiziert. Die Studie empfiehlt daher nationale Pläne mit strategischen Investitionen in eine schnellere Modernisierung und die Zertifizierung bestehender Parkplätze. Hierfür bietet die Kommission finanzielle Unterstützung durch die Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) an. Aktuell werden 65 Parkplätze mit EU-Mitteln gefördert.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[EU-Studie zu sicheren Parkplätzen](#)

SCHIENENVERKEHR

Kommission veröffentlicht Leitlinien zu Gleiszugangsentgelten

Am 07.05.2025 hat die Kommission Auslegungsleitlinien zur Erhebung von Entgelten für die Nutzung der Eisenbahninfrastruktur gemäß der Richtlinie 2012/34/EU zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums veröffentlicht. In dieser Richtlinie wird festgelegt, welche Bestandteile der Wegeentgelte obligatorisch („direkte Kosten“) und welche fakultativ („Aufschläge“) sind. Zudem werden Grenzen festgelegt, soweit die fakultativen Bestandteile zur Deckung der vollen Kosten der Eisenbahninfrastruktur verwendet werden können. Die Leitlinien fokussieren sich auf Anwendungsfälle, wie die Definition der „Aufschläge“ und der Marktsegmente. Dabei wird betont, dass „Aufschläge“ kein Hindernis für den Markteintritt von Schienenverkehrsdienstleistern darstellen dürfen. Die Höhe der Wegeentgelte wirkt sich unmittelbar auf die Rentabilität der Schienenverkehrsdienste aus. Daneben soll die Nutzung und der Erhalt der Eisenbahninfrastruktur zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit optimiert werden. Die Gestaltung der Gebührenregelung kann auch positive Effekte auf eine möglichst effiziente Nutzung des Eisenbahnnetzes haben.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Kommission führt ersten Umsetzungsdialog zum EU-Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr

Am 15.04.2025 führte der für nachhaltigen Verkehr und Tourismus zuständige Kommissar *Apostolos Tzitzikostas* einen Umsetzungsdialog zum EU-Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr in Brüssel durch. Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* beauftragte alle Kommissionsmitglieder, jeweils zwei Umsetzungsdialoge im Jahr als „Praxischecks“ durchzuführen, um EU-Recht mit den Realitäten vor Ort in Einklang zu bringen. Interessenträger wie Branchenvertreter und Sozialpartner diskutierten Fragen zu den Hindernissen einer fristgerechten Umsetzung der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V), den Maßnahmen zur Finanzierung eines interoperablen EU-Schienenverkehrsnetzes, zur Stärkung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs und zu fahrgastorientierten Dienstleistungsmodellen. Damit soll der Aufbau des Hochgeschwindigkeits-schienennetzes beschleunigt werden. Bis zum 08.05.2025 führte die Kommission hierzu auch eine Sondierung durch. Eine Annahme des Aktionsplans für den EU-Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr ist für das 2. Quartal 2025 geplant.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Sondierung zum EU-Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr](#)

Kommission leitet Konsultation zur Interoperabilität im Eisenbahngüterverkehr ein

Bis zum 02.06.2025 hat die Kommission eine Konsultation zu einer Durchführungsverordnung zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 321/2013 über die technischen Spezifikationen für die Interoperabilität von Güterwägen im Eisenbahnsystem der EU gestartet. Mit dieser Änderung soll die Kohärenz zwischen den technischen Spezifikationen für die Interoperabilität von Güterwägen (TSI) und der Verordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID) sichergestellt werden. Danach müssen die in der RID festgelegten Anforderungen an Güterwägen, die außerhalb der EU gefährliche Güter befördern, den in der TSI festgelegten Anforderungen an Güterwägen, die innerhalb Europas gefährliche Güter befördern, entsprechen. Eine Annahme durch die Kommission ist bis Ende 2025 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)

SCHIFFSVERKEHR

Kommission verklagt u. a. Deutschland vor dem EuGH wegen Verstoßes gegen EU-Vorschriften bei der Abstimmung in der Donaukommission

Am 07.05.2025 hat die Kommission entschieden, Deutschland, Österreich und Ungarn wegen des Verstoßes gegen EU-Vorschriften bei der Abstimmung in der Donaukommission vor dem EuGH zu verklagen. Bereits am 25.07.2024 hatte die Kommission den drei Mitgliedstaaten sowie Kroatien eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt (EB 08/24). Die Kommission leitete gegen die vier Mitgliedstaaten am 15.07.2022 ein Vertragsverletzungsverfahren ein, nachdem diese am 14.12.2021 bei der 96. Plenartagung der Donaukommission für einen Beschluss über die Anerkennung von Zeugnissen aus Drittländern ohne die



Festlegung eines gemeinsamen Standpunkts der EU gestimmt haben (EB 13/22). Die drei Mitgliedstaaten widersprechen in ihren Antwortschreiben auch weiterhin dem Standpunkt der Kommission, damit gegen die Richtlinie (EU) 2017/2397 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt und der Richtlinie (EU) 2021/1233 hinsichtlich der Übergangsmaßnahmen für die Anerkennung von Zeugnissen aus Drittländern verstoßen zu haben. Die Kommission sieht einen Verstoß gegen den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit sowie einen Eingriff in ihre ausschließliche Zuständigkeit für den Abschluss internationaler Übereinkünfte und das Verfahren zu deren Aussetzung. Die Kommission wird nun die drei Mitgliedstaaten vor dem EuGH verklagen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission veröffentlicht delegierte Richtlinie zum EU-Schiffsmeldesystem

Am 23.04.2025 hat die Kommission eine delegierte Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2022/59/EG über die Überwachung von Schiffen veröffentlicht, um das bestehende und künftige obligatorische Schiffsmeldesystem zu aktualisieren. Mit der Änderung von Anhang I der Richtlinie 2022/59/EG müssen nun alle Schiffe, die in einen EU-Hafen einlaufen oder auch nur die Gewässer der EU befahren, einen Versicherungsnachweis vorlegen. Damit sollen die Kontrollrechte der EU-Küstenstaaten gestärkt werden. Neben der Anpassung an Standards der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) spielt auch die Überprüfungsmöglichkeit von Schiffen der russischen Schattenflotte eine Rolle für die Gesetzesänderung. Ferner bestärkt die IMO das Ziel, die globale Schifffahrt bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Eine Bestätigung des Klimaabkommens ist für Oktober 2025 geplant.

[Pressemitteilung der Kommission zum EU-Schiffsmeldesystem](#)

[Pressemitteilung der Kommission zum IMO-Klimaabkommen](#)

BAUEN UND WOHNEN

Kommission leitet Sondierung zum europäischen Plan für bezahlbares Wohnen ein

Bis zum 04.06.2025 hat die Kommission eine Sondierung zum allerersten EU-Plan für bezahlbares Wohnen eingeleitet. Bereits am 01.02.2025 hatte die Kommission die Task Force Wohnen zur Erarbeitung dieses Plans bis Anfang 2026 eingerichtet (EB 02/25). Ziel ist es, die EU-Mitgliedstaaten, Regionen und Städte bei der Erhöhung des Angebots an bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum zu unterstützen und den Zugang zu Wohnraum für bedürftige Menschen unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips verbessern zu wollen. Daneben sollen öffentliche und private Investitionen für die Schaffung neuen Wohnraums mobilisiert werden. Eine öffentliche Konsultation ist für das 2. Quartal 2025 geplant. Der EU-Plan für bezahlbares Wohnen soll im 1. Quartal 2026 vorgelegt werden.

[Konsultation der Kommission](#)



Kommission leitet Sondierung zu einer neuen EU-Städteagenda ein

Bis zum 26.05.2025 hat die Kommission eine Sondierung für eine neue EU-Städteagenda gestartet, in der eine Bestandsaufnahme der Initiativen und Instrumente für die Förderung von Städten in der EU vorgenommen wird. Hintergrund ist der Auftrag der Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* an den Exekutiv-Vizepräsidenten *Raffaele Fitto* eine ehrgeizige politische Agenda für Städte vorzulegen. Diese soll eine Zukunftsvision für nachhaltige Stadtentwicklung entwickeln und sich u. a. mit Fragen zu Wohnraum, Klimaschutz, Digitalisierung und urbane Mobilität befassen. Darüber hinaus sollen die EU-Fördermöglichkeiten für Städte gestrafft und mit der EU-Initiative zu bezahlbarem Wohnraum verzahnt werden. Eine Annahme durch die Kommission ist bis Ende 2025 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)

Kommission vergibt EU-Missionssiegel an weitere 39 Städte

Am 07.05.2025 hat die Kommission weitere 39 Städte mit dem EU-Missionssiegel für klimaneutrale und intelligente Städte ausgezeichnet. Aus Deutschland wurden Dresden und Leipzig neu aufgenommen. Damit haben nun 92 der 112 an der EU-Mission teilnehmenden Städte das Siegel erhalten, darunter aus Deutschland Mannheim, Heidelberg, Aachen und Münster. Mit dem Siegel werden die Bemühungen der Städte gewürdigt, bis 2030 klimaneutral zu sein. Gleichzeitig ist damit der Zugang zur internationalen Finanzierungsplattform („Climate City Capital Hub“) verbunden. Für Städte mit dem EU-Missionssiegel hat die Europäischen Investitionsbank (EIB) einen Finanzierungsrahmen von 2 Mrd. € vorgesehen. Aktuell werden weitere elf Klimastadtverträge geprüft. Weitere Bewerberstädte aus Deutschland sind München, Frankfurt und Dortmund. Die verbleibenden Städte sollen bis Ende 2025 ihre Klimaverträge der Kommission zur Prüfung übermitteln.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen für 4. Quartal 2024

Am 08.04.2025 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) den Hauspreisindex (HPI) für das 4. Quartal 2024 veröffentlicht (EB 01/25). Danach stiegen die Hauspreise in der EU-27 gegenüber dem 4. Quartal 2023 um +4,9 %. Die jährlichen Hauspreise sind am stärksten in Bulgarien (+18,3 %), Ungarn (+13,0 %) und Portugal (+11,6 %) gestiegen. Demgegenüber wurden die größten Rückgänge in Frankreich und Finnland (jeweils -1,9 %) registriert. In Deutschland lag der HPI bei -1,9 %. Die nächste Veröffentlichung des HPI für das 1. Quartal 2025 ist am 04.07.2025 geplant.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Februar 2025

Am 20.05.2025 hat das Statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für Februar 2025 veröffentlicht (EB 04/25). Danach stieg diese in der EU gegenüber Februar 2024 um +0,3 %. Die Bautätigkeit sank im Hochbau um -3,6 % und im Tiefbau um -1,9 %. Die höchsten Anstiege der Produktion im Baugewerbe wurden in Bulgarien (+7,4 %), Italien (+6,0 %) und Finnland (+5,5 %) verzeichnet. Die größten Rückgänge gab es in Slowenien (-10,8 %), Deutschland (-5,3 %) und Ungarn (-4,1 %).

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

EP und Rat: Vorläufige Trilogieeinigung zur Verordnung über die Sicherheit von Spielzeugen

Am 10.04.2025, haben die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments (EP) und des Rates eine vorläufige Einigung über die neuen Regelungen der Verordnung über die Sicherheit von Spielzeugen erzielt.

Der Inhalt der Trilogieeinigung umfasst u. a. ein Verbot schädlicher Chemikalien. Neben dem bereits bestehenden Verbot krebserzeugender, erbgutverändernder oder reproduktionstoxischer Stoffe (CRM) verbietet der vereinbarte Text nun auch Chemikalien, die für Kinder ein besonderes Risiko darstellen (z. B. endokrine Disruptoren oder Stoffe, die für die Atemwege schädlich sind, etc.). Das EP hat zudem ein Verbot der Verwendung von per- und polyfluorierten Alkylstoffen (PFAS) und den gefährlichsten Arten von Bisphenolen hineinverhandelt.

Das EP und der Rat haben eine „Vereinbarung über die frühzeitige zweite Lesung“ geschlossen, die Verhandlungen fanden nach der Annahme der ersten Lesung des EPs im Plenum statt. Es wird nun erwartet, dass der Rat die Einigung formell annimmt, sodann muss noch das EP den Text im Plenum in zweiter Lesung billigen.

Die Verordnung tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft. Die Mitgliedstaaten haben dann 54 Monate Zeit, um den Bestimmungen nachzukommen.

[Pressemitteilung des EP vom 10.04.2025](#)

Rat: Billigung der sog. „Stop-the-clock“-Richtlinie

Der Rat hat am 14.04.2025 die sog. „Stop-the-clock“-Richtlinie gebilligt.

Rat und Europäisches Parlament haben damit die Vorschläge der Kommission zur Verschiebung des Inkrafttretens der Anforderungen der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) für große Unternehmen, die noch nicht mit der Berichterstattung begonnen haben, sowie für börsennotierte kleine und mittlere Unternehmen (KMU) um zwei Jahre, und der Umsetzungsfrist und der ersten Phase der Anwendung des EU-Lieferkettengesetzes um ein Jahr gebilligt.

Nach der Annahme wird der Rechtsakt nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie bis zum 31.12.2025 in nationales Recht umsetzen.

[Pressemitteilung des Rates](#)



Kommission: EFRAG veröffentlicht Aufruf zur Stellungnahme

Die European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) hat am 08.04.2025 einen öffentlichen Aufruf zur Stellungnahme betreffend die Überarbeitung der in der CSRD-Richtlinie vorgesehenen Nachhaltigkeitsberichtsstandards (ESRS) veröffentlicht.

Seitens EFRAG soll eine technische Stellungnahme betreffend einen delegierten Rechtsakt zur Überarbeitung und Vereinfachung der bestehenden ESRS der Kommission am 31.10.2025 vorgelegt werden.

[Zur Konsultation](#)

EuGH und EP: Zweites Treffen im Rahmen des konstruktiven Dialogs

Ein Jahr nach der Verabschiedung der Reform diskutierten am 10.04.2025 die Mitglieder des Rechtsausschusses (JURI) des Europäischen Parlaments (EP) und Vertreter des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung in Luxemburg über erste Auswirkungen der Reform der Satzung des Gerichtshofs, die am 01.09.2024 in Kraft trat.

Sinn und Zweck der Reform war es, die Transparenz zu erhöhen und die Arbeitsbelastung des Gerichtshofs zu verbessern. Diese trat im vergangenen Jahr in Kraft. Seitdem hat der Gerichtshof eine Reihe neuer Transparenzmaßnahmen ergriffen und die Effizienz seiner Verfahren verbessert, indem er Vorabentscheidungsersuchen in bestimmten Bereichen an das Gericht weitergeleitet und den Mechanismus zur Filterung von Rechtsmitteln gegen Entscheidungen des Gerichts gestärkt und ausgeweitet hat.

Die Abgeordneten des EPs und die Vertreter des Gerichtshofs erörterten auch andere Schlüsselthemen von gemeinsamem Interesse, darunter die Entwicklung der Rechtsprechung des Gerichtshofs zum Initiativrecht im EP. In der Diskussion ging es auch um den Einsatz KI-gestützter Instrumente in der Justiz im Zusammenhang mit der Strategie des Gerichtshofs für künstliche Intelligenz.

Dies war die zweite derartige Diskussion mit dem Gerichtshof, seit mit der o. g. Reform ein konstruktiver Dialog zwischen den beiden Organen formalisiert wurde, der jährlich stattfinden soll. Das erste Treffen im Rahmen dieses konstruktiven Dialogs fand im März 2024 statt.

[Pressemitteilung des EuGH vom 10.04.2025](#)

Kommission: Überarbeitung der EU-Cybersicherheitsverordnung

Die Kommission beginnt mit der Überarbeitung der EU-Cybersicherheitsverordnung und führt in diesem Zuge derzeit eine Konsultation zur Überarbeitung der EU-Cybersicherheitsverordnung (CSA) von 2019 durch.

Die Überprüfung wird sich zunächst auf die Rolle und die Handlungsfähigkeit der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) sowie auf den Europäischen Rahmen für die Cybersicherheitszertifizierung konzentrieren. Dieser Rahmen legt insbesondere die Regeln für die Annahme der verschiedenen Cybersicherheitszertifikate wie EUCS (European Cybersecurity Certification Scheme) und deren



Anwendungsbereich fest. Die Konsultation soll dazu beitragen, Vorschriften zu vereinfachen, indem am Ende Meldepflichten gestrafft werden.

Bis zum 20.06.2025 können Stellungnahmen abgegeben werden.

[Informationen zum Thema Cybersicherheit in der EU](#)

[Link zur Konsultation](#)

Kommission: EFRAG legt Arbeitsplan zur Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichtsstandards vor

Die European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) hat am 25.04.2025 der Kommission ihren Arbeitsplan zur Vereinfachung der in der sog. CSRD-Richtlinie vorgesehenen Nachhaltigkeitsberichtsstandards (ESRS) vorgelegt. Der Arbeitsplan legt die wichtigsten Aktivitäten, Ergebnisse und die Einbeziehung von Interessengruppen dar, die EFRAG zur Vorlage einer technischen Stellungnahme am 31.10.2025 befähigen sollen.

Die European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) hatte am 08.04.2025 einen öffentlichen Aufruf zur Stellungnahme betreffend die Überarbeitung der in der CSRD-Richtlinie vorgesehenen Nachhaltigkeitsberichtsstandards (ESRS) veröffentlicht.

[Arbeitsplan der EFRAG](#)

EuGH: Urteil zur Ausfuhr von Bargeld nach Russland

Der EuGH hat am 30.04.2025 in der Rechtssache C-246/24 (Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main (Ausfuhr von Bargeld nach Russland)) entschieden, dass das Verbot der Ausfuhr von auf Euro oder eine andere amtliche Währung eines Mitgliedstaats lautenden Banknoten nach Russland auch dann gilt, wenn mit dem Geld medizinische Behandlungen finanziert werden sollen.

Eine Flugreisende, die für einen dreiwöchigen Urlaub in Russland von Frankfurt am Main über Istanbul nach Moskau reisen wollte, führte unangemeldet knapp 15.000 € in bar mit sich. Das Geld sollte zum einen die Reisekosten decken. Vor allem aber war es für eine zahnmedizinische Behandlung, eine Hormonbehandlung in einer Kinderwunschklinik und eine Folgebehandlung aufgrund einer Brustoperation in einer Klinik für plastische Chirurgie in Russland gedacht. Der Zoll stellte Banknoten in Höhe von 13.800 € sicher und beließ der Reisenden gut 1.000 € als persönlicher Bedarf zur Deckung ihrer Reisekosten.

Der EuGH stellt fest, dass das Verbot der Ausfuhr von auf Euro oder eine andere amtliche Währung eines Mitgliedstaats lautenden Banknoten nach Russland auch dann gelte, wenn mit dem Geld medizinische Behandlungen finanziert werden sollten. Lediglich die zur Finanzierung der Reise- und Aufenthaltskosten erforderlichen Beträge dürften mitgeführt werden. Denn die Ausfuhr von auf Euro lautenden Banknoten durch eine nach Russland reisende Person zur Finanzierung medizinischer Behandlungen, die diese Person in



diesem Staat in Anspruch nehmen möchte, stelle keine für ihren persönlichen Gebrauch erforderliche Ausfuhr dar.

Die in Art. 5i Abs. 2 Buchst. a der Verordnung Nr. 833/2014 genannte Ausnahme ziele ausschließlich darauf ab, sicherzustellen, dass der Reisende über das für die Reise und den Aufenthalt erforderliche Bargeld verfüge.

[Pressemitteilung des EuGH vom 30.04.2025](#)

[Urteil des EuGH vom 30.04.2025](#)

EuGH: Feierliche Verpflichtung von *Kaja Kallas*

Am 05.05.2025 hat *Kaja Kallas*, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, die in Art. 245 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union vorgesehene feierliche Verpflichtung vor dem Gerichtshof abgelegt. Zwar sind die Einzelheiten der feierlichen Verpflichtung in den Verträgen nicht speziell geregelt, dennoch legt die Kommission darauf Wert, dass sie vor dem Gerichtshof der Europäischen Union übernommen wird.

Kaja Kallas war an der Teilnahme an der feierlichen Sitzung vom 27.01.2025 verhindert, in der die Präsidentin und 20 Mitglieder der Kommission, die ihr Amt am 01.12.2024 angetreten hatten, diese Verpflichtung bereits übernommen hatten.

[Pressemitteilung des EuGH vom 05.05.2025](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

Erste EU-finanzierte Schule in einem Schutzraum in Region Odessa eröffnet

In der Siedlung Molodizhne in der ukrainischen Region Odessa hat die erste EU-finanzierte Schule in einem Schutzraum eröffnet. Der erste neu gebaute unterirdische Raum im Rahmen des Programms „Neue Bunker für ukrainische Schulen“ bietet seit Ende April 700 Schülerinnen und Schülern ein Lernumfeld und die Möglichkeit zur Unterrichtsteilnahme. Die Sicherheitsprobleme im Schulbetrieb dauern aufgrund des anhaltenden russischen Angriffskrieges in der Ukraine an. Das Programm wurde von der EU und Litauen initiiert und finanziert. Auch Irland beteiligt sich mit finanziellen Mitteln. 2,4 Mio. € wurden laut dem litauischen Außenministerium für den Bau dieses ersten Schutzraums bereitgestellt. Davon wurden rund 75.000 € für die Innenausstattung und Möbel für die Schülerinnen und Schüler ausgegeben. Laut dem ukrainischen Bildungsminister *Oksen Lisovyi* wurde seit der russischen Invasion fast jede siebte Schule in der Ukraine zerstört oder beschädigt. Rund 430.000 Lernende haben nach offiziellen Angaben keinen Zugang zu Unterricht vor Ort.

Den Freistaat Bayern und die Ukraine verbindet bereits eine jahrelange Partnerschaft. Seit 2018 unterhält Bayern ein Büro in der Hauptstadt Kyjiw. Es pflegt die bayerisch-ukrainischen Beziehungen auf der Verwaltungsebene, initiiert wissenschaftliche sowie kulturelle Kooperationen und setzt sich für bayerisch-ukrainischen Städtepartnerschaften und den Jugendaustausch zwischen den beiden Ländern ein. Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist eng geknüpft, da viele bayerische Unternehmen in das Land investieren.

[Details zu den bayerisch-ukrainischen Beziehungen](#)

Austausch des EU-Parlaments mit Exekutiv-Vizepräsidentin *Mînzatu* zur „Union of Skills“

Abgeordnete des EU-Parlaments aus den Ausschüssen für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie für Kultur und Bildung haben mit der Exekutiv-Vizepräsidentin *Roxana Mînzatu* (ROU) in ihrer gemeinsamen Sitzung am 05.05.2025 über die „Union of Skills“ debattiert. Die Initiative der Kommission zielt darauf ab, den Arbeitskräftemangel in der Union zu bekämpfen und deren Wettbewerbsfähigkeit durch die Förderung qualitativ hochwertiger Bildung und Kompetenzentwicklung zu steigern. Im Rahmen des Austauschs sagte *Mînzatu*, dass die Initiative nicht nur ein wichtiges Teilstück in der Kommissionsstrategie für die Wettbewerbsfähigkeit sei, sondern auch ausschlaggebend für die Resilienz der Einwohnerinnen und Einwohner in Europa und ihren Schutz in der Zukunft. In ihrer Ansprache vor den Parlamentsmitgliedern betonte sie die Bedeutung von Kompetenzen im Bereich Bürgerschaft. Dies ist die fünfte der Grundkompetenzen – zusammen mit Lesen und Schreiben, Mathematik, Naturwissenschaften und digitale Kompetenzen – für deren Förderung die Kommission im Rahmen der „Union of Skills“ einen gesonderten Plan ausgearbeitet hat. Fähigkeiten in diesem fünften Bereich seien essenziell, um die Demokratien und Gesellschaften in der EU aufrechtzuerhalten, nicht nur die Arbeitsmärkte. Außerdem soll die Kompetenzeninitiative dazu beitragen, den Binnenmarkt durch attraktive Angebote für qualifizierte Arbeitskräfte zu stärken, sodass sich diese entscheiden, in Europa zu bleiben. So soll



der sogenannte „brain drain“ verhindert werden, also die Abwanderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern oder anderen hochqualifizierten Beschäftigten. Es sei wichtig, dass die Mitgliedstaaten an einem Strang ziehen würden.

In der Diskussion befragten die Abgeordneten die Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission zu vielen verschiedenen Themen, zum Beispiel zu flexiblen Arbeitsmodellen, zur höheren Inklusivität von Programmen wie Erasmus+ und zur Funktionsweise der europäischen Hochschulallianzen. *Mînzatu* hob in diesem Rahmen die Rolle von Universitäten und von akademischer Freiheit hervor, gerade im Hinblick auf die Produktion hochqualitativer Forschung und Innovation, welche wiederum demokratische Prozesse stärke. Im Hinblick auf die Hochschulallianzen – in welchen sich Hochschulen in Kooperations- und Innovationsnetzen mit anderen Organisationen und Behörden austauschen und zusammenarbeiten – betonte sie den Willen zur Unterstützung durch die EU, aber auch die Notwendigkeit zu Investitionen in diese Allianzen durch die Hochschulen selbst.

Beim Thema Erasmus+ zeigte sie sich überzeugt davon, dass es notwendig sei, das Programm inklusiver zu machen, damit mehr Menschen daran teilnehmen könnte. Dafür braucht es laut der Exekutiv-Vizepräsidentin vor allem eins: mehr Geld. „Wie können wir die Erasmus-Ressourcen mit anderen privaten oder öffentlichen Mitteln aufstocken, sodass mehr junge Menschen und Kinder davon profitieren können, insbesondere diejenigen, die benachteiligt oder von Armut betroffen sind?“, sei eine zentrale Frage für sie und ihr Team. Gegen Ende des Austauschs plädierte sie an die Abgeordneten, sich hinter die Ziele der Kompetenzeninitiative der Kommission zu stellen: „Ich glaube, dass die „Union of Skills“ vereinigend sein kann.“

[Mehr Informationen zu der Initiative „Union of Skills“](#)

Auszeichnung für Programm Erasmus+ für Beitrag zur europäischen Integration

Cercle d'Economia – eine zivilgesellschaftliche Organisation mit Sitz in Barcelona – hat das EU-Programm Erasmus+ zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport mit dem Europäischen Integrationspreis 2025 ausgezeichnet. Laut der Organisation hat es dazu beigetragen, Bildung in Europa zu modernisieren und zu internationalisieren – und das nicht nur durch Mobilität, sondern auch durch die Promotion engerer Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Hochschulen und Einrichtungen im ganzen europäischen Raum. Bis heute haben laut Zahlen der Kommission mehr als 16 Mio. Menschen von Erasmus+ profitiert. Wurde zu Beginn nur die Mobilität von Studierenden gefördert, beinhaltet das Programm mittlerweile Unterstützung für viele andere Gruppen von Lernenden und Personal in den Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie darüber hinaus. Es soll dazu beitragen, dass europäische Werte wie Achtung der Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gelebt und gestärkt werden. Basis für Erasmus+ sind die Grundprinzipien der EU: Freizügigkeit und offener Austausch.

Der Preis für Europäische Integration wurde im Jahr 2020 vom Cercle d'Economia ins Leben gerufen. Auch der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank und ehemalige italienische Ministerpräsident *Mario Draghi* und die Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* haben den Preis schon erhalten.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 05/2025 vom 14.05.2025



[Mehr Informationen zum Programm Erasmus+](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

HOCHSCHULEN/FORSCHUNG

„Choose Europe“ – Kommissionspräsidentin präsentiert Initiative zur Anwerbung von Talenten

Am 05.05.2025 nahm Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten *Emmanuel Macron* an der „Choose Europe for Science“-Konferenz in Paris teil und verkündete dabei eine „Choose Europe“-Initiative der Kommission, welche ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Europa als idealen Forschungsstandort nahelegen soll.

Bei ihrer Ansprache stellte *von der Leyen* verschiedene Maßnahmen in den Kernbereichen Forschungsfreiheit, Finanzierung, Beschleunigung und Vereinfachung vor, welche dazu beitragen sollen, Europa zu einem Magneten für Forscherinnen und Forscher zu machen. Hierfür wolle die Kommission allen voran im Rahmen des Europäischen Forschungsrates (ERC) eine neue Finanzhilfe in Höhe von insgesamt 500 Mio. € mit siebenjähriger Laufzeit einführen, um Spitzenforscherinnen und -forschern eine längerfristige Perspektive zu bieten. Über ein Pilotprojekt soll daneben die Unterstützung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern im Rahmen der „Maria Skłodowska-Curie“-Maßnahmen verstärkt werden. Über das bereits angekündigte Europäische Innovationsgesetz („EU Innovation Act“) und eine Start-up- und Scale-up-Strategie sollen Hindernisse beseitigt und der Zugang zu Risikokapital für innovative europäische Start-ups und expandierende Jungunternehmen erleichtert werden. Bis zum Jahr 2030 will die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten erreichen, dass 3 % des BIP in Forschung und Entwicklung investiert werden. Auch die Verfahren für Einreise und Aufenthalt von Talenten sollen beschleunigt werden.

An der Veranstaltung an der Pariser Eliteuniversität Sorbonne nahmen neben *von der Leyen* und *Macron* auch die Vizepräsidenten der Kommission, *Roxana Mînzatu*, zuständig für soziale Rechte und Beschäftigung, und *Stéphane Séjourné*, zuständig für Wohlstand und Industriestrategie, sowie *Ekaterina Zaharieva*, EU-Kommissarin für Start-ups, Forschung und Innovation, teil.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Rede der Kommissionspräsidentin \(Volltext\)](#)

Kommission veröffentlicht Zwischenbewertung von Horizont Europa

Am 30.04.2025 hat die Kommission ihre Zwischenbewertung des aktuellen EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa veröffentlicht. Hervorgehoben werden dabei insbesondere die finanziellen Auswirkungen, wonach jeder über Horizont Europa investierte Euro bis 2045 schätzungsweise bis zu 6 € an gesellschaftlichen Vorteilen und bis zu 11 € an wirtschaftlichen Gewinnen generieren soll.

Ausweislich der Mitteilung der Kommission, welche ergänzt wird durch ein ausführliches Arbeitsdokument, wurden im laufenden Programm bisher allen voran Ziele in den Bereichen wissenschaftliche Exzellenz, Innovation, Beteiligung und Vereinfachung erreicht. So hätten 80 % der vom Europäischen Forschungsrat



(ERC) finanzierten Projekte zu wissenschaftlichen Durchbrüchen bzw. großen wissenschaftlichen Fortschritten geführt und jeder Euro, der über den Fonds des Europäischen Innovationsrates (EIC) in Unternehmen investiert wurde, hätte mehr als 3 € an privaten Investitionen generiert. Der Anteil der Kooperationsprojekte, an denen Länder mit geringerer Forschungs- und Innovationsleistung beteiligt sind, sei gegenüber dem vorherigen Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 von 47 % auf 58 % gestiegen. Pauschalzuschüsse trügen daneben zur Reduzierung der Verwaltungskosten von Geförderten während der Laufzeit eines Projekts um schätzungsweise 14 % bis 30 % bei. Dies bedeute Einsparungen von bis zu 63 Mio. €.

Die Forschungsrahmenprogramme der EU haben eine Laufzeit von jeweils sieben Jahren. Das aktuelle Programm Horizont Europa läuft noch bis zum Jahr 2027.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission zur Zwischenbewertung](#)

[Arbeitsdokument \(Staff Working Document\)](#)

Kommission legt Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen im Forschungsbereich vor

Am 22.04.2025 hat die Kommission einen Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen vorgelegt (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB), mit dem u. a. der Anwendungsbereich der Plattform Strategische Technologien für Europa (STEP) auf verteidigungsbezogene Technologien und Produkte erweitert sowie Start-ups hinsichtlich Innovationen mit doppeltem Verwendungszweck („dual use“) und verteidigungsbezogenem Verwendungszweck im Kontext von Horizont Europa bzw. des Europäischen Innovationsrates gestärkt werden sollen.

Der Vorschlag sieht verschiedene Änderungen an bestehenden EU-Finanzierungsprogrammen vor, um Investitionen in die technologische und industrielle Basis Europas im Verteidigungsbereich zu unterstützen. Dabei sollen u. a. die Entwicklung und Erforschung von dual use-Produkten gefördert und beschleunigt sowie schnellere, flexiblere und koordinierte Investitionen ermöglicht werden. Konkret will die Kommission den Anwendungsbereich der STEP auf verteidigungsrelevante Technologien und Produkte ausweiten, was dazu beitragen soll, Mittel der Kohäsionspolitik für Investitionen in kritische Verteidigungstechnologien zu mobilisieren. Der Europäische Innovationsrat (EIC) soll daneben mit Mitteln aus Horizont Europa Start-ups unterstützen können, die an Innovationen mit zivilem sowie militärischem Verwendungszweck arbeiten.

Der Vorschlag der Kommission fußt auf dem „ReArm Europe“-Plan sowie dem Weißbuch zur europäischen Verteidigung, welche Mitte März diesen Jahres vorgestellt wurden. Die nun vorgelegten Maßnahmen sollen das für Juni 2025 angekündigte Omnibus-Paket im Verteidigungsbereich ergänzen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



EU und Ägypten treffen politische Einigung über Assoziierung mit Horizont Europa

Am 10.04.2025 hat die Kommission die politische Einigung über die Assoziierung der Arabischen Republik Ägypten mit dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa bekanntgegeben.

Nachdem die Verhandlungen im Oktober 2024 aufgenommen wurden (EB 09/24), ermöglicht es die nun getroffene Vereinbarung ägyptischen Forscherinnen und Forschern anhand von Übergangsregeln, sich unmittelbar und gleichberechtigt an dem aktuellen Forschungsrahmenprogramm der EU zu beteiligen. Laut Aussage von EU-Kommissarin für Start-ups, Forschung und Innovation *Ekaterina Zaharieva* soll die Assoziierung Ägyptens v.a. die Entwicklung in Schlüsselsektoren wie Energie, Ernährungssicherheit und digitaler Wandel vorantreiben und neue Innovationsmöglichkeiten schaffen. Ägypten wird nach Tunesien das zweite afrikanische Land, das vollständig mit Horizont Europa assoziiert wird. Die formelle Unterzeichnung des Abkommens ist für November 2025 geplant.

Die Assoziierung mit Horizont Europa ist die engste Form der internationalen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie zwischen der EU und einem anderen Land. Traditionell wurde diese Form der Zusammenarbeit von der Union den Ländern in ihrer geographischen Nähe angeboten. Mit dem Programm Horizont Europa wurde jedoch eine grundlegende Änderung des Ansatzes für die internationale Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Innovation eingeführt, indem zum ersten Mal die Möglichkeit der Assoziierung gleichgesinnter Länder mit einem ausgeprägten Wissenschafts-, Innovations- und Technologieprofil eingeführt wurde, die nicht unbedingt in der geografischen Nähe der EU angesiedelt sind. Einrichtungen aus assoziierten Ländern haben zusätzliche Möglichkeiten in Kooperationsprojekten und werden in Bezug auf den Zugang zu Finanzmitteln den Einrichtungen der EU-Mitgliedstaaten gleichgestellt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

KULTUR

Kommission öffnet Konsultation zum EU-Kulturkompass

Am 15.04.2025 hat die Kommission eine Konsultation zum „EU-Kulturkompass“ geöffnet und somit den ersten offiziellen Schritt zu der angekündigten Flaggschiff-Initiative im Kulturbereich unternommen, welche der EU-Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport, *Glenn Micallef*, zuletzt im Rahmen einer Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (EP) erstmalig vorgestellt hatte (EB 04/25).

Basierend auf den Europäischen Verträgen, den aktuellen politischen Leitlinien der Kommission sowie dem Arbeitsplan Kultur 2023 - 2026 soll der Kulturkompass einerseits die aktuelle Förderlandschaft im Kulturbereich strukturieren, andererseits den Aspekt „Kultur“ mehr als bisher in übergreifende Politikfelder einbetten, wovon sich die Kommission eine gesteigerte Kohärenz und Effizienz sowie einen Mehrwert und stärkere Sichtbarkeit der Kulturpolitik auf EU-Ebene erhofft. Daneben soll der Kompass Mitgliedstaaten und Kommission in die Lage versetzen, koordinierter und wirksamer auf bestehende und neue Herausforderungen zu reagieren sowie



künftige Maßnahmen im Kulturbereich in allen Politikbereichen mit dem Ziel leiten, greifbare Vorteile für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa zu bringen und positive Spillover-Effekte auf die Kultur zu verstärken.

Die Veröffentlichung des Kulturkompasses in Form einer nichtlegislativen Mitteilung ist für das 4. Quartal 2025 vorgesehen. Parallel hierzu soll der Entwurf einer ebenfalls nicht bindenden Gemeinsamen Erklärung von EP, Rat und Kommission vorgelegt werden.

[Konsultation zum EU-Kulturkompass](#)

Kommission veröffentlicht Ergebnisse zu Eurobarometer-Umfrage im Kulturbereich

Am 08.05.2025 hat die Kommission eine Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht, die laut Aussagen von EU-Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport *Glenn Micallef* insbesondere die Wichtigkeit und identitätsstiftende Wirkung der Kultur als gemeinsame Grundlage für die Zukunft Europas hervorhebt.

Laut der Umfrage sind 87 % der befragten Europäerinnen und Europäer der Meinung, dass Kultur und kultureller Austausch in der EU einen sehr hohen Stellenwert einnehmen sollten, damit sich die Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Mitgliedstaaten stärker als Europäer fühlen können. 77 % der Befragten sind der Auffassung, dass Künstlerinnen und Künstler ihre Ideen und Meinungen frei äußern können, ohne Angst vor Zensur oder Repressalien ihrer Regierung haben zu müssen, wobei sich die Wahrnehmung der künstlerischen Freiheit von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich darstellt. Fast die Hälfte der Europäerinnen und Europäer hat in den letzten zwölf Monaten an künstlerischen Aktivitäten teilgenommen, was einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu 2013 darstellt, als diese Zahl bei 37 % lag. Die Eurobarometer-Umfrage zeigt auch, dass die Europäerinnen und Europäer der Meinung sind, dass ihr Land und die EU in der Kulturpolitik enger zusammenarbeiten sollten. Die befragten Bürgerinnen und Bürger brachten daneben ihre Erwartungen bzgl. einer fairen Vergütung von Künstlerinnen und Künstlern, dem Schutz der Kunstfreiheit sowie eines besseren Zugangs zu Kultur zum Ausdruck.

Die Umfrage wurde zwischen Februar und April 2025 durchgeführt und umfasst Antworten von mehr als 26.300 EU-Bürgerinnen und -Bürgern. Der vollständige und detaillierte Bericht sowie Factsheets für jeden der 27 EU-Mitgliedstaaten sind auf der Eurobarometer-Website einsehbar.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Website Eurobarometer](#)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Informeller ECOFIN-Rat: US-Zollpolitik, Spar- und Investitionsunion, Finanzierung der Europäischen Verteidigung

Am 11./12.04.2025 tagten die Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN-Rat) in Warschau inoffiziell unter Leitung des polnischen Finanzministers *Andrzej Domański*.

Die Minister tauschten sich über die makrofinanziellen Auswirkungen der US-Zollpolitik aus und befanden, dass die EU eine Langzeitstrategie brauche, um die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu stärken. Die erhöhten Ausgaben Deutschlands in die Infrastruktur und die Lockerung der Schuldenbremse wurde ausdrücklich begrüßt. Erörtert wurde weiter, dass die stärkere Integration der Kapitalmärkte und ein erleichterter Zugang zu Finanzmitteln, insbesondere in strategischen Sektoren (Verteidigung, Energiewende und Digitalisierung), Voraussetzung für Wirtschaftswachstum, Produktivitätssteigerung und Krisenresilien Europas sind.

Kommissar *Dombrovskis* stellte außerdem den ReArm Europe Plan/Bereitschaft 2030 vor. Die Minister diskutierten Lösungen zur Finanzierung der Verteidigungsausgaben unter Betonung der Solidarität und der Notwendigkeit, aktiv zu werden. Neben der koordinierten Aktivierung der nationalen Ausweichklauseln aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und dem SAFE-Instrument zur Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen wurde ein vom Thinktank Bruegel vorgeschlagener Europäischer Verteidigungsmechanismus als weitere Idee zur Verteidigungsfinanzierung vorgestellt.

[Tagungsseite vom 11.04.2025](#)

[Tagungsseite vom 12.04.2025](#)

[Vorschlag des Thinktank Bruegel "The governance and funding of European rearmament"](#)

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

4. Konsortialtransaktion für 2025: EU-Anleihen im Wert von 8 Mrd. € aufgenommen

Am 08.04.2025 hat die Kommission im Rahmen einer Dual-Tranche-Transaktion eine Aufstockung der am 04.07.2028 fälligen EU-Anleihe um 5 Mrd. € sowie der am 04.10.2025 fälligen EU-Anleihe um 3 Mrd. € veranlasst. Die Kommission hat nun rund 52,92 Mrd. € ihres Ziels von 90 Mrd. € für die Anleiheemissionen im ersten Halbjahr 2025 erreicht.

Die Erlöse aus der Transaktion werden zur Finanzierung der politischen Programme der EU verwendet – insbesondere im Rahmen von NextGenerationEU und zur Unterstützung der Ukraine.

[Pressemitteilung der Kommission vom 08.04.2025](#)



Empfehlung des Thinktanks Bruegel: EU könnte mit mehr Anleiheemissionen auf Trumps Zölle reagieren

Laut einer Empfehlung des wissenschaftlichen Thinktanks Bruegel vom 11.04.2025 sollte die EU auf die protektionistischen Zölle von Präsident *Trump* mit einer verstärkten Ausgabe von Anleihen reagieren. Bisher haben sich die Gegenmaßnahmen der EU hauptsächlich auf Handelsfragen konzentriert, ohne die Auswirkungen auf die Finanzmärkte zu berücksichtigen. *Trumps* Maßnahmen haben jedoch die Märkte verunsichert, Zweifel an der US-Wirtschaftspolitik geweckt und die Nachfrage nach sicheren Euro-Anlagen verstärkt. Der US-Protektionismus bietet daher die Chance, die internationale Rolle des Euro als Weltreservewährung und die Bedeutung von Euro-Anlagen als sichere Investition zu stärken.

[Empfehlung des Thinktanks Bruegel vom 11.04.2025](#)

Europäische Zentralbank-Ratssitzung am 17.04.2025: eine weitere Zinssenkung um 25 Basispunkte

Am 17.04.2025 fand eine Sitzung des Rates der Europäischen Zentralbank (EZB) statt. Wie zu erwarten war, hat der Rat beschlossen, die Leitzinssätze zum siebten Mal seit Juni 2024 zu senken und legt sich weiterhin nicht im Voraus auf einen bestimmten Zinspfad fest. Der maßgebliche Einlagezinssatz liegt nun mit Wirkung zum 23.04.2025 bei 2,25 %.

Laut dem EZB-Rat würden die Konjunkturaussichten durch eine außergewöhnlich hohe Unsicherheit getrübt. Zugleich dürfte die Wirtschaft des Euroraums im 1. Quartal gewachsen sein. Die Arbeitslosenquote sank im Februar auf 6,1 %. Auch die jährliche Inflationsrate verringerte sich im März leicht auf 2,2 %. Die meisten Indikatoren deuten auf eine nachhaltige Rückkehr der Inflation auf das mittelfristige Ziel von 2 % hin.

[Pressemitteilung der EZB zu geldpolitischen Beschlüssen vom 17.04.2025](#)

[Einleitende Bemerkungen von EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* und von Vizepräsidenten *Luis de Guindos* zur Pressekonferenz vom 17.04.2025](#)

[Pressekonferenz ansehen](#)

Bargeld in der deutschen Gesellschaft – ein aktuelles Meinungsbild

Die Bundesbank hat am 22.04.2025 ihren Monatsbericht „Bargeld in der deutschen Gesellschaft – ein aktuelles Meinungsbild“ veröffentlicht. Danach geht die Nutzung des Bargeldes als Zahlungsmittel in Deutschland stetig zurück. Die Mehrheit der Deutschen will gleichwohl aus verschiedenen Gründen (insbesondere technische Ausfallsicherheit, Aspekte der Inklusion, der persönlichen Übergabe von Geldbeträgen sowie des Datenschutzes) nicht auf Bargeld verzichten.

[Monatsbericht „Bargeld in der deutschen Gesellschaft – ein aktuelles Meinungsbild“](#)



Bruegel-Analyse: Geplantes deutsches Finanzpaket ist nicht mit EU-Fiskalregeln vereinbar

Der Thinktank Bruegel hat am 24.04.2025 eine Analyse zu den von der kommenden Bundesregierung geplanten deutschen Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung veröffentlicht. Demnach stehen diese Pläne im Widerspruch zu den derzeitigen EU-Fiskalregeln, insbesondere zur Schuldenobergrenze von 60 % des BIP. Wenn Deutschland die neuen Spielräume ausschöpft, könnte die Staatsverschuldung laut der Analyse langfristig auf 95 % des BIP (oder mehr) steigen – was dem EU-Vertrag widerspricht. Ohne eine weitere Reform auf EU-Ebene – etwa durch die Sonderbehandlung von Infrastrukturinvestitionen oder eine Anhebung der EU-Schuldengrenze von 60 % auf 90 % des BIP – droht ein Zielkonflikt zwischen nationalem Investitionsbedarf und europäischen Vorgaben.

[Bruegel-Analyse vom 24.04.2025](#)

16 Mitgliedstaaten beantragen die Aktivierung der nationalen Ausweichklausel

Bis zum 05.05.2025 haben Deutschland und 15 weitere EU-Staaten beantragt, die nationale Ausweichklausel im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts als Teil des am 19.03.2025 vorgelegten Pakets ReArm Europe Plan/Readiness 2030 zu aktivieren. Bei den weiteren Mitgliedstaaten handelt es sich um Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Portugal, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

Die Kommission wird nun die Anträge der Mitgliedstaaten prüfen, um dem Rat Empfehlungen zur Aktivierung der nationalen Ausweichklausel im Rahmen des bevorstehenden Pakets zum Europäischen Semester im Frühjahr 2025 (voraussichtlich am 04.06.2025) zu unterbreiten. Der Rat hat dann einen Monat Zeit, um über die Angelegenheit zu entscheiden.

[Pressemitteilung der Kommission vom 30.04.2025](#)

Digitaler Euro: Europäische Zentralbank untersucht innovative Zahlungsfunktionen im Rahmen des digitalen Euro

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat eine Innovationsplattform eingerichtet, um im Rahmen des Projekts „Digitaler Euro“ mit europäischen Interessenvertretern zusammenzuarbeiten. Diese Plattform simuliert das geplante Ökosystem des digitalen Euro, in dem die EZB die technische Unterstützung und Infrastruktur für europäische Intermediäre bereitstellt, um innovative digitale Zahlungsfunktionen und -dienste auf europäischer Ebene zu entwickeln.

Es wird dabei untersucht, wie bedingte Zahlungen aus technischer Sicht implementiert und potenzielle Anwendungsfälle für alltägliche Zahlungen entwickelt werden könnten. Zudem wird ermittelt, wie gesellschaftliche Herausforderungen – wie die digitale finanzielle Inklusion – zu bewältigen sind. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse werden von der EZB im weiteren Jahresverlauf in einem Bericht veröffentlicht.



[Pressemitteilung der EZB vom 05.05.2025](#)

Europäische Rechnungshof: Lehren aus den Schwachstellen der ARF

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 06.05.2025 seine Analyse „Leistungsorientierung, Rechenschaftspflicht und Transparenz: Lehren aus den Schwachstellen der ARF“ veröffentlicht. Die Prüfer sind der Ansicht, dass die sog. Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) Schwachstellen bei Leistung, Rechenschaftspflicht und Transparenz habe. Auch wenn die ARF eine entscheidende Rolle bei der Erholung der EU nach der Corona-Pandemie gespielt habe, lägen kaum Informationen zu den Ergebnissen und gar keine zu den tatsächlichen Kosten vor. Daher sei nicht klar, was die Bürgerinnen und Bürger konkret für ihr Geld erhielten.

Insbesondere weisen die Prüfer auf mehrere Probleme mit der ARF hin. Zunächst vertreten sie die Auffassung, dass es sich bei der ARF nicht wirklich um einen leistungsorientierten Finanzierungsmechanismus handelt. Faktisch werde bei der ARF das Augenmerk stärker auf Fortschritte bei der Umsetzung gelegt. Darüber hinaus könnten die Effizienz der Ausgaben und das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht ermittelt werden, da die Kommission keine Daten zu den tatsächlichen Kosten erhebe und nur wenige Informationen über die Ergebnisse vorlägen.

[Analyse „Leistungsorientierung, Rechenschaftspflicht und Transparenz: Lehren aus den Schwachstellen der ARF“](#)

[Pressemitteilung des EuRH vom 06.05.2025](#)

[Wichtigste Fakten und Feststellungen](#)

HAUSHALT

Kommission schlägt Berichtigungshaushaltsplan 1/2025 vor: Überschuss von 1,3 Mrd. € fließt in den Haushalt 2025

Die Kommission hat am 09.04.2025 den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1/2025 vorgelegt. Dieser sieht vor, einen Überschuss von rund 1,3 Mrd. € aus der Haushaltsumsetzung des Jahres 2024 in den Haushalt 2025 zu integrieren. Gemäß Art. 18 Abs. 3 der Verordnung 2024/2509 vom 23.09.2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union ist dieser Überschuss der einzige Gegenstand des Berichtigungshaushaltsplans, der innerhalb von 15 Tagen nach dem vorläufigen Abschluss der Rechnung des Haushaltsjahres einzureichen ist.

Der Berichtigungshaushaltsplan trägt somit zur Verbesserung der finanziellen Lage der Union bei und unterstützt die Umsetzung der EU-Politiken und Projekte.

[Pressemitteilung der Kommission vom 09.04.2025](#)



Haushaltsausschuss-Ausschuss: Position zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen - Initiativbericht

Der Haushaltsausschuss (BUDG) im Europäischen Parlament (EP) hat sich am 23.04.2025 zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) (Berichterstatter: *Siegfried Muresan* (EVP/ROU) und *Carla Tavares* (S&D/PRT)) positioniert. Der Initiativbericht „Ein neu gestalteter langfristiger Haushalt für die Union in einer Welt im Wandel“ wurde mit 23 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Die Abgeordneten fordern insbesondere, dass der langfristige Haushalt nach 2027 die aktuellen geopolitischen, wirtschaftlichen und ökologischen Realitäten widerspiegeln und mehr Flexibilität sowie eine bessere Reaktion auf Krisen und Schocks ermöglichen muss. Sie sind der Ansicht, dass das Modell der Kommission, wonach jeder Mitgliedstaat einen einzigen nationalen Plan mit wichtigen Reformen und Investitionen vorlegt, keine geeignete Grundlage für künftige Ausgaben sein. Die Großen Fonds, die bestehende Programme zusammenführen, seien lt. Abgeordneten nicht zweckmäßig. Eine starke parlamentarische Kontrolle bei der Mittelvergabe und -verwendung sei dabei unerlässlich.

[Pressemitteilung des EP vom 23.04.2025](#)

Europäisches Parlament: Plenum nimmt Initiativbericht zum nächsten MFR an

Am 07.05.2025 nahm das Europäische Parlament (EP) im Rahmen der Plenartagung in Straßburg mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen (mit 317 Ja-Stimmen, 206 Nein-Stimmen und 123 Enthaltungen) eine legislative Entschließung (= Positionierung des EP) zu einem neu gestalteten langfristigen Haushalt für die Union in einer Welt im Wandel (Initiativbericht, Berichterstatter: *Siegfried Muresan* (EVP/ROU) und *Carla Tavares* (S&D/PRT)) an. Die Abgeordneten legten dabei ihre Forderungen für den langfristigen EU-Haushalt 2028 - 2034 dar und wünschten sich einen deutlich ambitionierteren mehrjährigen Finanzrahmen (MFR).

Die Abgeordneten sind insbesondere der Ansicht, dass „ein nationaler Plan pro Mitgliedstaat“-Ansatz der Kommission keine Grundlage für Ausgaben in den Mitgliedstaaten und dass der von der Kommission vorgesehene Dachfonds für Wettbewerbsfähigkeit, in dem bestehende Programme zusammengeführt werden, nicht zweckmäßig sei. Der nächste MFR müsse im Vergleich zum Zeitraum 2021 - 2027 mit mehr Mitteln ausgestattet werden. Es muss eine Abkehr von dem historisch restriktiven und selbst auferlegten Wert von 1 % des Bruttonationaleinkommens vollzogen werden. Es bedürfe dabei einer robusten parlamentarischen Kontrolle, um Mittel zuzuweisen und deren Verwendung nachzuverfolgen.

[Pressemitteilung des EP vom 07.05.2025](#)

[Abstimmungsliste](#)

[Angenommener Text](#) (unter dem Datum 07.05.2025, noch nicht veröffentlicht)



STEUERN

Zusammenarbeit der Steuerbehörden – Annahme von Standardformblättern und elektronischen Formaten

Die Kommission hat die Durchführungsverordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2378 bezüglich der Standardformblätter und elektronischen Formate, die im Zusammenhang mit der Richtlinie 2011/16/EU zu verwenden sind, sowie der Liste der statistischen Angaben, die die Mitgliedstaaten zur Bewertung der Richtlinie 2011/16/EU zu übermitteln haben, angenommen.

[Durchführungsverordnung vom 02.04.2025](#)

Veröffentlichung des Zolldatenmodells „EUCDM 7.0“

Am 04.04.2025 wurde das Zolldatenmodell „EUCDM 7.0“ veröffentlicht, welches die rechtlichen Anforderungen an Zolldaten in den transeuropäischen und nationalen Systemen der EU standardisieren und harmonisieren soll. Ziel ist es, die Zollverfahren zu rationalisieren, die Effizienz der Zolldaten zu verbessern und somit nahtlose Handelsvorgänge zu erleichtern.

[Zolldatenmodell EUCDM 7.0](#)

DAC9: förmliche Annahme durch den Rat

Der Rat hat am 14.04.2025 die Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (DAC9) förmlich gebilligt.

Die Mitgliedstaaten müssen nun diese Richtlinie bis zum 31.12.2025 in nationales Recht umsetzen. Multinationale Unternehmen sollen ihre erste Erklärung für ergänzende Steuerinformationen bis zum 30.06.2026 einreichen.

[Pressemitteilung des Rates vom 14.04.2025](#)

[DAC9-Richtlinie](#)

UNI Europa: Einführung einer Digitalsteuer

UNI Europa, der europäische Gewerkschaftsverband, hat die Kommission dazu aufgefordert, eine umfassende Digitalsteuer – auch als „Amazon-Steuer“ bekannt – einzuführen, um auf die zunehmenden Handelskonflikte mit den Vereinigten Staaten zu reagieren.

In einem Schreiben an die EU-Kommissare *Stéphane Séjourné*, *Valdis Dombrovskis* und *Henna Virkkunen* argumentiert der Verband, dass große US-Digitalunternehmen – insbesondere Amazon – weiterhin von unfairen wirtschaftlichen Vorteilen in der EU profitieren. Die Kommission solle daher gezielt die Digitalriesen mit



einer Steuer belegen – als Antwort auf die US-Zölle. Eine solche Steuer i. H. v. 5 % könnte jährlich bis zu 37,5 Mrd. € an zusätzlichen Einnahmen für die EU generieren.

[Pressemitteilung vom 14.04.2025](#)

[Schreiben an Kommissar Dombrovskis](#)

BusinessEurope: dringende Neubewertung des EU-Ansatzes zur Säule 2

In einem am 16.04.2025 veröffentlichten Brief an Kommissar *Wopke Hoekstra* hat BusinessEurope, der europäische Arbeitgeberverband, aufgefordert, die EU-Positionierung zur Säule 2 der OECD im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit neu zu bewerten.

Der Verband ist besorgt über den Ausstieg der USA aus dem globalen Steuerabkommen. Eine dringende Neubewertung des EU-Ansatzes sei daher notwendig, um dauerhafte wirtschaftliche Schäden abzuwenden, faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu sichern. Ohne einen weltweiten Konsens, der aktuell durch die USA gefährdet sei, könne die Umsetzung der Säule 2 zu Marktverzerrungen und zu administrativen und wettbewerblichen Nachteilen für europäische Unternehmen führen. Zudem sei der Rückgang der Investitionen in der EU zu erwarten.

[Brief an Kommissar Wopke Hoekstra vom 07.04.2025](#)

Unterausschuss für Steuerfragen: Rolle der Steuerpolitik für den grünen Wandel und die Wettbewerbsfähigkeit der EU

Der Unterausschuss für Steuerfragen (FISC) im Europäischen Parlament (EP) hielt am 24.04.2025 eine öffentliche Anhörung zu der Frage ab, welche Rolle die Steuerpolitik bei der Verwirklichung des ökologischen Wandels der Wirtschaft spielen kann, ohne dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen beeinträchtigt wird. Bei der Anhörung nahmen Experten der OECD, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und Unternehmensvertreter teil. Ein wichtiger Diskussionspunkt war die Komplexität der Gestaltung wirksamer Ökosteuern. Die eingeladenen Experten waren sich einig, dass Steuern zwar ein nützliches Instrument zur Förderung von Umweltzielen sein können, jedoch sorgfältig ausgestaltet werden müssen, um Ineffizienzen zu vermeiden. Es ging insbesondere um den Verkehrssektor.

[Pressemitteilung des EP vom 24.04.2025](#)

Europäischer Gerichtshof präzisiert Umstände, unter denen Steuerbefreiungen gegen Unionsrecht verstoßen

Mit Urteil vom 29.04.2025 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der Rechtssache C-453/23 entschieden, dass Steuerbefreiungen für Grundstücke, Gebäude und Bauwerke, die Teil der Eisenbahninfrastruktur sind und



Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Verfügung gestellt werden, keinen selektiven Vorteil darstellen und somit keine staatliche Beihilfe im Sinne des Unionsrechts sind.

Nach polnischem Recht sind solche Grundstücke von der Grundsteuer befreit. Ein polnisches Unternehmen, dem diese Befreiung verweigert wurde, weil sie angeblich eine rechtswidrige staatliche Beihilfe darstelle, wandte sich an das polnische Oberste Verwaltungsgericht, das den EuGH um Klärung bat.

Nach Ansicht des EuGH sei eine allgemeine und abstrakte Steuerbefreiung von einer direkten Steuer, wie sie im polnischen Recht vorgesehen ist, grundsätzlich keine staatliche Beihilfe, da sie keinen selektiven Vorteil verschaffe. Allerdings obliegt es dem nationalen Gericht, dies abschließend zu entscheiden. Nur in zwei Fällen könnte eine solche Befreiung selektiv sein: Wenn sie diskriminierend gestaltet ist oder wenn die Voraussetzungen für die Befreiung spezifische Merkmale der begünstigten Unternehmen betreffen.

[EuGH-Urteil vom 29.04.2025](#)

DIGITALES

NIS-2-Richtlinie: Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Im Rahmen ihrer monatlichen Entscheidungen zu Verstößen gegen oder Nichtumsetzung von EU-Recht durch die Mitgliedstaaten hat die Kommission beschlossen, mit Gründen versehene Stellungnahmen an Deutschland und weitere 18 Mitgliedstaaten zu richten, weil diese Länder es versäumt haben, ihr die vollständige Umsetzung der NIS-2-Richtlinie (Richtlinie (EU) 2022/2555) mitzuteilen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 07.05.2025](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Europäisches Parlament legt Standpunkt zum Europäischen Programm für die Verteidigungsindustrie (EDIP) fest

Die Ausschüsse für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und Sicherheit und Verteidigung (SEDE) des Europäischen Parlaments (EP) haben sich am 24.04.2025 zum Verordnungsvorschlag zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) (EB 03/24) positioniert und beschlossen, direkt Verhandlungen mit dem Rat aufzunehmen. Der Standpunkt des EP umfasst u. a. eine Erhöhung der finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten zum EDIP, die Einführung des Grundsatzes „Buy European“, wonach das EDIP nur Produkte finanzieren sollte, bei denen die Kosten für Komponenten aus der EU oder assoziierten Ländern mindestens 70 % des geschätzten Endproduktwerts ausmachen, und die Beteiligung von mindestens sechs Mitgliedstaaten oder mindestens vier, die einem hohen Risiko konventioneller militärischer Bedrohungen ausgesetzt sind, an europäischen Verteidigungsprojekten von gemeinsamem Interesse, um für eine Finanzierung in Frage zu kommen. Auch soll ein europäischer „militärischer Verkaufsmechanismus“, eine neue, freiwillige Struktur für ein europäisches Rüstungsprogramm, eine EU-Versorgungssicherheitsregelung und ein Unterstützungsinstrument für die Ukraine eingerichtet werden. Die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission können beginnen, sobald der Rat seinen Standpunkt ebenfalls festgelegt hat.

[Pressemitteilung des EP](#)

Flottenregulierung: Europäisches Parlament legt Standpunkt zur gezielten Änderung der Verordnung über CO₂-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge ohne Änderungen fest

Das Europäische Parlament (EP) hat am 08.05.2025 seinen Standpunkt zum Kommissionsvorschlag vom 01.04.2025 (EB 04/25) zur gezielten Änderung der Verordnung über CO₂-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge festgelegt. Die gezielte Änderung bietet den Herstellern die Möglichkeit, ihren Verpflichtungen für die Jahre 2025, 2026 und 2027 nachzukommen, indem sie ihre Emissionsleistung über den gesamten Dreijahreszeitraum mitteln, anstatt jedes einzelne Jahr zu bewerten. Der Standpunkt des EP stimmt mit dem Vorschlag der Kommission überein. Nachdem der Rat den gleichen Text bereits am 07.05.2025 angenommen hat (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt), muss das Gesetz nur noch formell vom Rat gebilligt werden, um in Kraft treten zu können.

[Pressemitteilung des EP](#)



Flottenregulierung: Rat legt Standpunkt zur gezielten Änderung der Verordnung über CO₂-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge ohne Änderungen fest

Der Rat hat am 07.05.2025 seinen Standpunkt zum Kommissionsvorschlag vom 01.04.2025 (EB 04/25) zur gezielten Änderung der Verordnung über CO₂-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge festgelegt. Die gezielte Änderung sieht vor, dass die Einhaltung der spezifischen Emissionsziele der Automobilhersteller für die Jahre 2025, 2026 und 2027 auf der Grundlage eines Durchschnitts bewertet wird. Der Standpunkt des Rates stimmt mit dem Vorschlag der Kommission überein. Nachdem das Europäische Parlament (EP) den gleichen Text am 08.05.2025 angenommen hat (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt), muss das Gesetz nur noch formell vom Rat gebilligt werden, um in Kraft treten zu können.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Rat legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Verkürzung des Abwicklungszyklus für EU-Wertpapiere fest

Der Rat hat sich am 07.05.2025 zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 12.02.2025 (EB 02/25) zur Verkürzung des Abwicklungszyklus für EU-Wertpapiere positioniert. Ziel ist es, den Abwicklungszyklus von Wertpapiergeschäften, die an EU-Handelsplätzen getätigt werden, von zwei Geschäftstagen (dem so genannten „T+2“) auf einen Geschäftstag nach dem Abschlussdatum („T+1“) zu verkürzen. Der Rat hat den ursprünglichen Kommissionsvorschlag dahingehend geändert, dass Wertpapierfinanzierungsgeschäfte („securities financing transactions“, SFT) von der Anforderung ausgenommen werden, wenn sie als Einzeltransaktionen dokumentiert werden, die aus zwei miteinander verbundenen Geschäften bestehen. Die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, Europäischem Parlament (EP) und Kommission können beginnen, sobald das EP seinen Standpunkt ebenfalls festgelegt hat.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Rat legt Standpunkt zum Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen fest

Der Rat (ASTV) hat am 16.04.2025 seine Allgemeine Ausrichtung zum Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen (EB 03/25) angenommen. Der Vorschlag sieht insb. vor: Vereinfachungen bestehender Vorschriften; Verringerung von Berichterstattungspflichten insb. für kleine und mittlere Unternehmen (KMU); Erleichterungen betreffend die Beteiligung am Programm InvestEU; Mobilisierung von öffentlichen und privaten Investitionen in Höhe von rund 50 Mrd. € u.a. durch eine Aufstockung von Garantien und Erleichterungen betreffend den kombinierten Einsatz der InvestEU-Garantie. Sobald sich das Europäische Parlament positioniert hat, können die Trilogverhandlungen beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)



Kommission legt Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen vor

Die Kommission hat am 22.04.2025 einen Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen vorgelegt. Konkret sieht der Vorschlag verschiedene Änderungen an bestehenden EU-Finanzierungsprogrammen vor, um Investitionen in die technologische und industrielle Basis Europas im Verteidigungsbereich zu unterstützen, insbesondere: Ausweitung des Anwendungsbereichs der Plattform Strategische Technologien für Europa (STEP) auf verteidigungsbezogene Technologien und Produkte; Stärkung von StartUps hinsichtlich Innovationen mit doppeltem und verteidigungsbezogenem Verwendungszweck im Kontext von Horizon Europe bzw. des Europäischen Innovationsrates; Ausweitung von Digital Europe auf Anwendungen mit doppeltem Verwendungszweck; Einführung einer sog. „Anlandungsklausel“ betreffend den Europäischen Verteidigungsfonds und das Gesetz zur Unterstützung der Munitionsproduktion hinsichtlich der Verwendung von Kohäsionsmitteln; Änderungen an der Fazilität Connecting Europe betreffend den Bereich der militärischen Mobilität. Die Maßnahme soll das für Juni 2025 angekündigte Omnibus-Paket im Verteidigungsbereich ergänzen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission nimmt delegierte Verordnungen betreffend den Bereich der Bank- und Finanzdienstleistungen an

Die Kommission hat am 16.04.2025 drei delegierte Verordnungen betreffend den Bereich der Bank- und Finanzdienstleistungen (EB 01/25) angenommen: (i) zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 2023/2631 durch Festlegung von Verfahrensvorschriften für die Ausübung der Befugnis der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA), Geldbußen oder Zwangsgelder gegen externe Prüfer zu verhängen; (ii) zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2023/2631 durch Festlegung des Inhalts, der Methoden und der Aufmachung der Informationen, die Emittenten von Anleihen, die als ökologisch nachhaltig vermarktet werden oder an Nachhaltigkeitsziele geknüpft sind, in den Vorlagen für nach der Emission erfolgende regelmäßige Offenlegungen freiwillig ausweisen; (iii) zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2023/2631 durch Festlegung der Gebührenarten, die externen Prüfern europäischer grüner Anleihen von der ESMA in Rechnung gestellt werden, sowie der Gebührenanlässe, der Gebührenhöhe und der Zahlungsweise.

[Zur delegierten Verordnung \(Geldbußen und Zwangsgelder\)](#)

[Zur delegierten Verordnung \(freiwillige Offenlegung\)](#)

[Zur delegierten Verordnung \(Gebührenerlässe, Gebührenhöhe, Zahlungsweise\)](#)

Kommission nimmt Delegierte Verordnung zu Verfahrensvorschriften für die Ausübung der Befugnisse der ESMA mit Blick auf die Anbieter konsolidierter Datenticker an

Die Kommission hat am 07.05.2025 die Delegierte Verordnung zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2022/803 hinsichtlich der Verfahrensvorschriften für die Ausübung der Befugnis zur Verhängung von



Geldbußen oder Zwangsgeldern durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) in Bezug auf Bereitsteller konsolidierter Datenticker angenommen. Mit der Verordnung soll sichergestellt werden, dass die bestehenden Verfahrensvorschriften für die Beaufsichtigung von Datenbereitstellungsdiensten auch für die Bereitsteller konsolidierter Datenticker gelten (EB 02/25).

[Zur Delegierten Verordnung](#)

Kommission nimmt Delegierte Verordnung zu Aufsichtsgebühren der ESMA mit Blick auf die Anbieter konsolidierter Datenticker an

Die Kommission hat am 07.05.2025 die Delegierte Verordnung zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2022/930 im Hinblick auf die Gebühren für die Beaufsichtigung von Datenbereitstellungsdienstleistern durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) angenommen. Mit der Verordnung soll sichergestellt werden, dass die Vorschriften über Aufsichtsgebühren, die die ESMA-Datenbereitstellungsdienstleister in Rechnung stellt, auch für die Bereitsteller konsolidierter Datenticker gelten (EB 02/25).

[Zur Delegierten Verordnung](#)

Kommission initiiert gezielte Konsultation zur Integration der EU-Kapitalmärkte

Die Kommission hat am 15.04.2025 eine gezielte Konsultation zur Integration der EU-Kapitalmärkte initiiert (EB 04/25). Ziel ist u. a., Rückmeldungen zu den Hindernissen für die Integration der Kapitalmärkte in der EU einzuholen. Die Erkenntnisse sollen in die Gestaltung von Maßnahmen einfließen, die im 4. Quartal 2025 in einem Paket vorgestellt werden sollen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 10.06.2025.

[Zur Konsultation](#)

Kommission initiiert Konsultationen betreffend die Euro-7-Emissionstypgenehmigung

Die Kommission hat am 15.04.2025 zwei Konsultationen betreffend die Euro-7-Emissionstypgenehmigung initiiert (EB 12/23): (i) zur Festlegung von Methoden, Prüfungen und Anforderungen für die Euro-7-Emissionstypgenehmigung für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge (Klassen M1 und N1); (ii) zur Festlegung von Methoden, Anforderungen und Prüfungen für die Euro-7-Emissionstypgenehmigung von On-Board-Überwachungssystemen für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge (Klassen M1 und N1). Art des Rechtsakts ist jeweils eine Durchführungsverordnung. Die Annahmen sind geplant für das 2. Quartal 2025. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht jeweils bis zum 13.05.2025.

[Zur Konsultation \(Euro-7-Emissionstypgenehmigung\)](#)

[Zur Konsultation \(Euro-7-Überwachungssysteme\)](#)



Kommission initiiert Sondierung zur geplanten Verordnung zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie

Die Kommission hat am 16.04.2025 eine Sondierung zum angekündigten Gesetz zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie initiiert. Das allgemeine Ziel des Gesetzes zur Beschleunigung der industriellen Dekarbonisierung ist die Steigerung der nachhaltigen und widerstandsfähigen Industrieproduktion in energieintensiven Industriesektoren in der EU. Der Rechtsakt soll hierzu insb. drei spezifische Ziele berücksichtigen: (i) Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für die industrielle Dekarbonisierung; (ii) Identifizierung und Förderung vorrangiger industrieller Dekarbonisierungsprojekte und -cluster; (iii) Schaffung und Schutz europäischer Leitmärkte für kohlenstoffarme europäische Produkte. Art des Rechtsakts ist eine Verordnung. Annahme ist geplant für das 4. Quartal 2025. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 09.07.2025.

[Zur Sondierung](#)

Kommission initiiert Sondierung zur Überarbeitung der Verordnung über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor

Die Kommission hat am 02.05.2025 eine Sondierung zur Überarbeitung der Verordnung über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor (SFDR) initiiert. Ziel ist, die EU-Vorschriften einfacher und praktikabler zu gestalten und Grünfärberei zu verhindern. Art des Rechtsakts ist ein Verordnungsvorschlag. Annahme ist geplant für das 4. Quartal 2025. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 30.05.2025.

[Zur Sondierung](#)

Kommission initiiert Sondierung zur Aktivierung der EU-Vorschriften über Funkanlagen für rekonfigurierbare Funksysteme

Die Kommission hat am 29.04.2025 eine Sondierung zur Aktivierung der EU-Vorschriften über Funkanlagen für rekonfigurierbare Funksysteme initiiert. Mit der Initiative soll sichergestellt werden, dass rekonfigurierbare Funksysteme die rechtlichen Anforderungen der Vorschriften über Funkanlagen während des gesamten Lebenszyklus erfüllen, sodass insbesondere nach einer Softwareaktualisierung oder einem Upload auftretende Probleme vermieden werden. Art des Rechtsakts ist eine delegierte Verordnung. Annahme ist geplant für das zweite Quartal 2026. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 27.05.2025.

[Zur Sondierung](#)



Kommission initiiert Sondierung zur EU-Agenda für Städte

Die Kommission hat am 14.04.2025 eine Sondierung betreffend die EU-Agenda für Städte initiiert. Ziel ist eine Bestandsaufnahme der EU-Initiativen und -Instrumente. Art des Rechtsakts ist eine Mitteilung. Annahme ist geplant für das 4. Quartal 2025. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 26.05.2025.

[Zur Sondierung](#)

Kommission veröffentlicht Ausschreibung zur Kartierung der unterirdischen Vorkommen von natürlichem Wasserstoff und zur Entwicklung der erforderlichen Rechtsvorschriften für eine nachhaltige Produktion

Die Kommission hat am 05.05.2025 eine Ausschreibung zur Kartierung der unterirdischen Vorkommen von natürlichem Wasserstoff und zur Entwicklung der erforderlichen Rechtsvorschriften für eine nachhaltige Produktion im Rahmen des EU-Klimagesetzes, der Strategie zur Integration der Energiesysteme, der europäischen Strategie für wirtschaftliche Sicherheit und der europäischen Energiesouveränität veröffentlicht.

[Zur Ausschreibung](#)

Kommission veröffentlicht Empfehlung zu Ausfuhrkontrollen im Kontext des Weißbuchs zu Ausfuhrkontrollen

Die Kommission hat am 16.04.2025 eine Empfehlung zu Ausfuhrkontrollen veröffentlicht. Die Empfehlung ist eines der zentralen Vorhaben im Kontext des Weißbuchs zu Ausfuhrkontrollen vom 24.01.2024 (EB 01/24). Die Empfehlung sieht u. a. vor: Maßnahmen zum verbesserten Informationsaustausch über geplante nationale Kontrollen zwischen den Mitgliedstaaten und mit der Kommission; Darlegung von Grundsätzen für die Angleichung der nationalen Listen an EU- und multilaterale Standards; Einführung eines Koordinierungsmechanismus hinsichtlich entsprechender Listenentwürfe.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission veröffentlicht Jahresbericht 2024 über die Wettbewerbspolitik

Die Kommission hat am 25.04.2025 ihren Jahresbericht 2024 über die Wettbewerbspolitik veröffentlicht. Darin werden die wichtigsten Gesetzesinitiativen und politischen Entwicklungen im Jahr 2024 sowie eine Auswahl wichtiger Durchsetzungsmaßnahmen vorgestellt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Kommission investiert zur Stärkung der Verteidigungsindustrie 910 Mio. € im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) 2024

Die Kommission hat am 30.04.2025 bekanntgegeben, dass sie zur Stärkung der Verteidigungsindustrie 910 Mio. € im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) 2024 investiert. Die ausgewählten 62 Projekte betreffen 32 Themen und stehen unter durchschnittlicher Beteiligung von sieben Ländern, darunter auch in einigen Fällen Deutschland und zum ersten Mal die Ukraine. Die Investitionen zielen darauf ab, wichtige Fähigkeitslücken durch Innovation und Zusammenarbeit zwischen europäischer Wissenschaft und Industrie zu schließen. Der EDF trug auch mit 15 Themen zum ersten Mal zu den Zielen der Plattform für Strategische Technologien für Europa (STEP) bei. Alle Projekte, die die geforderten Qualitätsstandards erfüllt haben, wurden mit einem STEP-Siegel ausgezeichnet und werden in den kommenden Wochen auf dem STEP-Portal veröffentlicht. Ansonsten wird die Kommission im nächsten Schritt in die Vorbereitung der Finanzhilfvereinbarungen mit den Konsortien eintreten, mit dem Ziel, die Vereinbarungen noch vor Ende des Jahres zu unterzeichnen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von YOOX Net-a-Porter durch MyTheresa

Die Kommission hat am 14.04.2025 über die Genehmigung des Erwerbes der alleinigen Kontrolle über das italienische Unternehmen YOOX Net-A-Porter Group S.p.A. durch das in Bayern ansässige Unternehmen MYT Netherlands Parent B.V. („MyTheresa“) im Rahmen des üblichen Fusionskontrollverfahrens informiert. Das Vorhaben betrifft in erster Linie den Markt für den Online-Einzelhandel mit persönlichen Luxusgütern.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Motel One durch PAI Partners

Die Kommission hat am 16.04.2025 über die Genehmigung des Erwerbes der alleinigen Kontrolle über die in Bayern ansässige Motel One Group GmbH durch die PAI Partners S.à.r.l. aus Luxemburg im Rahmen des vereinfachten Fusionskontrollverfahrens informiert. Das Vorhaben betrifft in erster Linie den Markt für Hotelübernachtungsdienste.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Outlet Mall Group durch u.a. PIMCO Prime Real Estate

Die Kommission hat am 06.05.2025 den Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über die Outlet Mall Group Holding S.à.r.l. in Luxemburg durch den Stichting Depositary APG Strategic Real Estate Pool in den Niederlanden und die PIMCO Prime Real Estate GmbH in Deutschland (Bayern) genehmigt. Die Transaktion betrifft hauptsächlich



die Vermietung von Gewerbeimmobilien. Im Rahmen des üblichen Fusionskontrollverfahrens wurden aufgrund der geringen Auswirkungen auf den Wettbewerb keine Bedenken gegen das Vorhaben geltend gemacht.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

AUßENWIRTSCHAFT

Europäisches Parlament legt Standpunkt zum Legislativvorschlag für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen fest

Das Europäische Parlament (EP) hat am 08.05.2025 seinen Standpunkt zum Legislativvorschlag der Kommission vom 24.01.2024 (EB 01/24) für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen festgelegt. Ziel ist es, Risiken im Bereich von Sicherheit oder öffentlicher Ordnung im Zusammenhang mit ausländischen Investitionen zu erkennen und vorzubeugen. Dazu sehen die neuen Vorschriften u. a. eine verpflichtende Überprüfung von Sektoren wie Mediendienste, kritische Rohstoffe und Verkehrsinfrastruktur durch die Mitgliedstaaten, eine Ausweitung des Anwendungsbereichs auf Transaktionen innerhalb der EU, bei denen der Direktinvestor letztlich im Besitz von natürlichen oder juristischen Personen aus einem Nicht-EU-Land ist, und eine Vereinheitlichung der Verfahren für nationale Kontrollmechanismen („Screening“) vor. Die Trilog-Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission können beginnen, sobald der Rat seinen Standpunkt ebenfalls festgelegt hat.

[Pressemitteilung des EP](#)

Europäisches Parlament legt Standpunkt zur Verlängerung der Handelsliberalisierung für ukrainische Importe fest

Das Europäische Parlament (EP) hat am 08.05.2025 mit 354 Stimmen bei 147 Gegenstimmen und 53 Enthaltungen seinen Standpunkt zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 07.03.2025 zur Aussetzung bestimmter Teile der Verordnung vom 11.03.2015 über eine gemeinsame Einfuhrregelung im Hinblick auf die Einfuhr ukrainischer Waren in die Europäische Union festgelegt. Mit der neuen Verordnung soll die am 05.06.2025 auslaufende Aussetzung der Einfuhrzölle und Kontingente für bestimmte Importe aus der Ukraine, wie z. B. Eisen und Stahl, um drei Jahre verlängert werden. Sie wird in Kraft treten, sobald eine Einigung mit dem Rat erzielt worden ist.

[Pressemitteilung des EP](#)

Kommission nimmt Durchführungsrechtsakte betreffend die EU-Gegenmaßnahmen hinsichtlich der US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte an

Die Kommission hat am 14.04.2025 zwei Durchführungsrechtsakte betreffend die EU-Gegenmaßnahmen hinsichtlich der US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte angenommen. Gemäß Durchführungsrechtsakt (EU)



2025/778 erhebt die EU auf die Einfuhren von Waren mit Ursprung in den USA in die EU folgende zusätzliche Zölle: ab dem 15.04.2025 werden zusätzliche Wertzölle in Höhe von 10 % und 25 % auf die Einfuhren der in Anhang I aufgeführten und spezifizierten Waren angewandt (Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/886); ab dem 16.05.2025 zusätzliche Wertzölle in Höhe von 25 % auf die Einfuhren der in Anhang II aufgeführten und spezifizierten Waren; ab dem 16.05.2025 zusätzliche Wertzölle in Höhe von 25 % auf die Einfuhren der in Anhang III aufgeführten und spezifizierten Waren; ab dem 01.12.2025 zusätzliche Wertzölle in Höhe von 25 % auf die Einfuhren der in Anhang IV aufgeführten und spezifizierten Waren. Gemäß Durchführungsrechtsakt (EU) 2025/786 werden alle Maßnahmen unmittelbar bis zum 14.07.2025 ausgesetzt. Die Verhandlungen der EU mit der US-Administration laufen derweil weiter.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/778](#)

[Zur Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/786](#)

Kommission führt endgültigen Ausgleichszoll auf die Einfuhren mobiler Zugangstechnik mit Ursprung in der Volksrepublik China ein

Die Kommission hat am 25.04.2025 die Durchführungsverordnung (EU) 2025/796 vom 24.04.2025 zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren mobiler Zugangstechnik mit Ursprung in der Volksrepublik China veröffentlicht. Die Technik wird für die Beförderung von Arbeitern, insbesondere auf Baustellen, verwendet. Der Zoll kommt zu dem bereits im Januar eingeführten Antidumpingzoll auf dieselbe Ware hinzu (EB 01/25) und variiert zwischen 7,3 % und 14,2 % des Netto-Grenzpreises.

[Zur Durchführungsverordnung](#)

Kommission weitet Antidumpingzoll auf Mononatriumglutamat auf Einfuhren aus Malaysia aus

Die Kommission hat am 11.04.2025 die Durchführungsverordnung (EU) 2025/698 vom 10.04.2025 zur Ausweitung des mit der Durchführungsverordnung (EU) 2021/633 eingeführten endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Mononatriumglutamat mit Ursprung in der Volksrepublik China auf aus Malaysia versandte Einfuhren von Mononatriumglutamat, ob als Ursprungserzeugnisse Malaysias angemeldet oder nicht, veröffentlicht. Der Antidumpingzollsatz beträgt 39,7 %.

[Zur Durchführungsverordnung](#)

Kommission konsultiert zu möglichen EU-Gegenmaßnahmen und bereitet WTO-Klage als Reaktion auf US-Zölle vor

Die Kommission hat am 09.05.2025 eine öffentliche Konsultation zu zwei Listen von US-Produkten eingeleitet, die Gegenstand von EU-Gegenmaßnahmen (Einfuhrzölle bzw. Ausfuhrbeschränkungen) hinsichtlich der pauschalen US-Zölle und der US-Zölle auf Autos und Autoteile werden könnten, wenn die laufenden



Verhandlungen zwischen der EU und den USA keine befriedigenden Ergebnisse bringen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 10.06.2026. Darüber hinaus hat die Kommission angekündigt, eine Klage gegen die USA über ihre sogenannten „reziproken“ Zölle und Zölle auf Autos und Autoteile bei der Welthandelsorganisation (WTO) einzuleiten. Sobald die EU ihren Antrag auf WTO-Konsultationen förmlich eingereicht hat, haben die beiden Parteien zwei Monate Zeit, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Schlagen die Konsultationen fehl, kann die EU die Einsetzung eines Gremiums beantragen, das die Begründetheit des Falls bewertet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

ENERGIE

ENTSO-E veröffentlicht „Bidding Zone Review“

Der Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) hat am 28.04.2025 seinen Bericht zur Gebotszonenprüfung („Bidding Zone Review“) veröffentlicht. Darin haben die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) der mitteleuropäischen und nordischen Strommärkte 14 alternative, von der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) vorgegebene Gebotszonenkonfigurationen gemäß der von ACER definierten Methode auf der Grundlage von 22 Kriterien bewertet, die in vier Kategorien gruppiert sind (Netzsicherheit, Markteffizienz, Stabilität und Robustheit von Gebotszonen und Energiewende), und schließlich anhand des Kriteriums „wirtschaftliche Effizienz“ eingestuft. Während die Simulationsergebnisse für das Zieljahr 2025 für die nordische Region keine höhere wirtschaftliche Effizienz unter den alternativen Konfigurationen im Vergleich zum Status quo ergeben, zeigen sie für die Region Mitteleuropa u. a. eine höhere wirtschaftliche Effizienz für alle deutsch-luxemburgischen Split-Konfigurationen, wobei die Aufteilung von Deutschland-Luxemburg in fünf Gebotszonen die höchste wirtschaftliche Effizienz unter den analysierten alternativen Konfigurationen aufweist. Während die nordischen ÜNB vorschlagen, die derzeitige Konfiguration in Schweden beizubehalten, betonen die ÜNB der Region Mitteleuropa, dass das Ergebnis zur Aufteilung von Deutschland-Luxemburg aus der von ACER definierten Methode stammt und in Kombination mit weiteren Überlegungen betrachtet werden sollte.

[Pressemitteilung von ENTSO-E](#)

Europäisches Parlament legt Standpunkt zum Vorschlag zur Verlängerung der Gasspeicherverordnung fest

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments (EP) hat sich am 24.04.2025 zum Kommissionsvorschlag vom 05.03.2025 (EB 03/25) zur Verlängerung der Gasspeicherverordnung um zwei Jahre (bis zum 31.12.2027) positioniert und das EP als Ganzes am 08.05.2025. Die Gasspeicherverordnung aus dem Jahr 2022 (EB 10/22) soll die Gasversorgungssicherheit vor der Wintersaison gewährleisten. Der Standpunkt des EP sieht u. a. vor, das Befüllungsziel von 90 % auf 83 %



zu senken, das zu einem beliebigen Zeitpunkt zwischen dem 01.10. und dem 01.12. (anstatt zum 01.11.) eines jeden Jahres erreicht werden muss. Die Mitgliedstaaten sollen bei ungünstigen Marktbedingungen um bis zu vier Prozentpunkte vom Füllungsziel abweichen können, wobei die Kommission diese Abweichung um bis zu weitere vier Prozentpunkte erhöhen können soll, wenn diese Marktbedingungen andauern. Auf die Lagerung von russischem Gas soll verzichtet und sofortige Sanktionen gegen russische Gasimporte, einschließlich Flüssiggas, verhängt werden. Nachdem der Rat seinen Standpunkt bereits am 11.04.2025 festgelegt hat (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt), können die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#) (Positionierung des ITRE-Ausschusses)

[Pressemitteilung des EP](#) (Positionierung des EP)

Rat legt Standpunkt zum Vorschlag zur Verlängerung der Gasspeicherverordnung fest

Der Rat hat am 11.04.2025 seine Allgemeine Ausrichtung zum Kommissionsvorschlag vom 05.03.2025 (EB 03/25) zur Verlängerung der Gasspeicherverordnung angenommen. Das Mandat sieht u. a. vor: Verlängerung der Vorschriften für die Gasspeicherung (EB 10/22) um zwei Jahre; dabei jedoch Berücksichtigung von Flexibilitäten: Das Befüllungsziel von 90 % soll zwischen dem 01.10. und dem 01.12. erreicht werden (anstatt zum 01.11.); Zwischenspeicherziele sollen indikativ sein; Möglichkeit zur Abweichung vom Füllziel um bis zu 10 % bei ungünstigen Marktbedingungen; die Kommission soll die Abweichung per delegiertem Rechtsakt unter bestimmten Umständen weiter erhöhen können; unter weiteren Umständen sollen Abweichungen vom Befüllungsziel (um bis zu 5 %) eingeräumt werden. Nachdem das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt ebenso am 08.05.2025 festgelegt hat (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt), können die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Kommission legt REPowerEU-Fahrplan vor

Die Kommission hat am 06.05.2025 ihren REPowerEU-Fahrplan vorgelegt. Der Fahrplan sieht eine schrittweise Entfernung der russischen Öl-, Gas- und Kernenergie von den EU-Märkten vor mit dem Ziel der vollständigen Energieunabhängigkeit der EU von Russland (Gas bis Ende 2027) bei gleichzeitiger Gewährleistung einer stabilen Energieversorgung und stabiler Energiepreise. Dabei wird zum einen auf ein rasches Wachstum der weltweiten LNG-Lieferungen und zum anderen auf einen Rückgang der Gasnachfrage mit der Umsetzung des Rahmens für die Energiewende und des Aktionsplans für erschwingliche Energie gesetzt. Auf den Fahrplan sollen bis Ende dieses Jahres nationale Pläne folgen, in denen die Mitgliedstaaten darlegen, wie sie zum schrittweisen Ausstieg aus den Einfuhren von russischer Öl-, Gas- und Kernenergie beitragen werden, sowie im nächsten Monat Legislativvorschläge der Kommission.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Kommission nimmt Durchführungsverordnung betreffend alternative Kraftstoffe an

Die Kommission hat am 02.04.2025 eine Durchführungsverordnung betreffend die Festlegung von Spezifikationen und Verfahren in Bezug auf die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Daten über die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe angenommen (EB 01/25).

[Zur Durchführungsverordnung](#)

Kommission initiiert Sondierung zum EU-Modernisierungsfonds

Die Kommission hat am 14.04.2025 eine Sondierung zum EU-Modernisierungsfonds betreffend die Modernisierung der Energiesysteme und die Verbesserung der Energieeffizienz in Bulgarien, Estland, Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien und der Slowakei initiiert. Art des Rechtsakts ist eine Auswertung. Annahme ist geplant für das 4. Quartal 2025. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 12.05.2025.

[Zur Sondierung](#)

Kommission initiiert Sondierung zum nuklearen Ökosystem der EU

Die Kommission hat am 14.04.2025 eine Sondierung im Kontext des Nuclear Illustrative Programme (PIN) initiiert. Ziel der Initiative ist u. a., eine Bewertung des Investitionsbedarfs für den gesamten Lebenszyklus von Anlagen im Nuklearbereich in der EU sowie zentraler Herausforderungen darzulegen. Art des Rechtsakts ist eine Mitteilung. Annahme ist geplant für das 2. Quartal 2025. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 12.05.2025.

[Zur Sondierung](#)

Kommission veröffentlicht Abschlussbericht zur Konsultation betreffend die Aktualisierung der Gebühren der EU-Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden

Die Kommission hat am 14.04.2025 den Abschlussbericht zur öffentlichen Konsultation zur Aktualisierung der Gebühren betreffend die EU-Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) veröffentlicht (EB 09/24).

[Zum Abschlussbericht](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Rat und Europäisches Parlament unterstützen Änderung des Schutzstatus des Wolfs

Am 08.05.2025 hat das Plenum des Europäischen Parlaments mit 371 Ja-Stimmen zu 162 Nein-Stimmen und bei 37 Enthaltungen für den von der Kommission vorgelegten Vorschlag zur Herabstufung des Schutzstatus des Wolfs im Rahmen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG) (COM(2025) 106 final) gestimmt. Der Rat hatte den Vorschlag bereits am 16.04.2025 ohne Änderungen bestätigt. Da das Europäische Parlament nun ebenfalls keine Änderungen am Kommissionsvorschlag vorsieht, kann auf interinstitutionelle Verhandlungen (sog. Trilog) verzichtet werden und die Änderungsrichtlinie nach der förmlichen Annahme durch den Rat im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden. Anschließend muss die Änderung des EU-Rechts von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden. Im Zuge der Umsetzung in das nationale Recht können die Mitgliedstaaten beschließen, ein höheres Schutzniveau aufrechtzuerhalten, wenn sie dies für erforderlich halten.

[Pressemitteilung](#)

Europäisches Parlament nimmt Initiativbericht zur Wasserresilienzstrategie an

Am 07.05.2025 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) den Initiativbericht des EP zur Europäischen Strategie für eine resiliente Wasserversorgung mit 470 Ja-Stimmen, bei 81 Nein-Stimmen und 92 Enthaltungen angenommen. Im Bericht wird die Kommission insbesondere aufgefordert, basierend auf Risikobewertungen sektorale Ziele für die Wassereffizienz und -entnahme aus oberirdischen Gewässern und dem Grundwasser vorzusehen. Es soll ein eigener Fonds für die Wasserresilienz vorgesehen werden, um Maßnahmen zur Modernisierung der Wasserinfrastruktur, zur nachhaltigen Wasserbewirtschaftung, naturbasierte Lösungen und innovative Wassereffizienzlösungen zu fördern. Die Situation der Wasserverschmutzung, insbesondere durch Chemikalien, Pharmazeutika, Mikroplastik, chemische Pestizide und Düngemittel, müsse weiter verbessert werden; per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS) müssten abgebaut werden. Die Vorsorge für Krisensituationen wie Dürren und Hochwasser müsse deutlich verbessert werden. Die Klimaanpassung soll in alle sektoralen Pläne und Politikbereiche integriert werden, die die Wasser- und Bodennutzung betreffen. Initiativberichte des EP entfalten keine Berücksichtigungspflicht für die Kommission.

[Pressemitteilung](#)

Kommission ruft zum Einreichen neuer Projekte im Rahmen des LIFE-Programms auf

Am 24.04.2025 hat die Kommission dazu aufgerufen, neue Projekte im Rahmen des LIFE-Programms für Umwelt und Klimaschutz der EU einzureichen. Für die Förderung von Projekten in den Kategorien Natur und



biologische Vielfalt, Kreislaufwirtschaft und Lebensqualität, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, Energiewende, Neues Europäisches Bauhaus und Umweltgovernance stehen insgesamt 600 Mio. € zur Verfügung. Auf einer Webseite zum Einreichen von Vorschlägen sind Informationen über die möglichen Projektzuschüsse, Antragsfristen und Förderbedingungen zusammengestellt.

[Pressemitteilung](#)

[Webseite zum Einreichen von Vorschlägen 2025](#)

Informeller Umweltrat in Warschau am 28./29.04.2025

Am 28./29.04.2025 fand in Warschau ein informelles Treffen der EU- Umweltministerinnen und Umweltminister unter dem Vorsitz der polnischen Ministerin für Klima und Umwelt *Paulina Hennig-Kloska* statt. Da es sich um eine informelle Tagung handelte, wurden keine verbindlichen Beschlüsse gefasst. Die Ministerinnen und Minister führten einen Gedankenaustausch zum Thema Desinformationen im Zusammenhang mit der Klima- und Umweltpolitik durch. Falschinformationen würden die öffentliche Debatte verzerren und die Bedrohungen durch die Klimakrise herunterspielen. Sie stellten eine Gefahr für das Vertrauen in die demokratischen Institutionen dar. Vor diesem Hintergrund wurden Strategien und Instrumente zur Bekämpfung von Falschinformationen diskutiert und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit betont. Außerdem führten die Ministerinnen und Minister eine Aussprache mit der Europäischen Umweltagentur zum Thema „Anpassung an den Klimawandel - Ziele und Nutzen des europäischen Klimaanpassungsplans“. Vor dem Hintergrund extremer Hitze und Trockenheit einerseits und Überflutungen andererseits in Europa wurde die Bedeutung der Klimaanpassung für den Schutz der Bevölkerung und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft betont. Im Rahmen eines Arbeitssessens wurde das polnische Programm „Green Evo- Green Technology Accelerator“ vorgestellt, das Unternehmen bei der Entwicklung innovativer technologischer Lösungen zur Anpassung an den Klimawandel unterstützt.

[Pressemitteilung](#)

Kommission initiiert Sondierung zur geplanten Verordnung zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie

Am 16.04.2025 hat die Kommission eine Konsultation zum sogenannten „Industrial Decarbonisation Accelerator Act“ veröffentlicht. Ziel der geplanten Verordnung ist es, die Dekarbonisierung energieintensiver Industrien zu unterstützen und zugleich deren Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dafür sollen insbesondere Genehmigungsverfahren beschleunigt, vorrangige Dekarbonisierungsprojekte identifiziert und gefördert, sowie Leitmärkte für kohlenstoffarme Produkte geschaffen werden. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 09.07.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2025 vorgesehen (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Konsultation](#)



Kommission nimmt LIFE-Arbeitsprogramm für 2025 - 2027 an

Am 15.04.2025 hat die Kommission das Arbeitsprogramm für die Umsetzung des LIFE-Programms für den Zeitraum 2025 - 2027 angenommen. Das Arbeitsprogramm zeigt Strategien, Maßnahmen und Finanzierungsmöglichkeiten zur Förderung des Übergangs der EU hin zu einer sauberen, kreislaforientierten, wettbewerbsfähigen und klimaresistenten Wirtschaft auf. Es sieht ein Gesamtbudget von 2,3 Mrd. € für Projekte vor. Außerdem teilte die Kommission mit, dass sie insgesamt 86 Mio. € für Projekte zur Verfügung stellt, die im Rahmen der Einreichung von Vorschlägen 2023 vergeben wurden. Es werden damit Projekte aus den Bereichen der Verbesserung der Wasserqualität und -verfügbarkeit, der Sanierung verschmutzter Flüsse, der Verbesserung des Brand- und Hochwasserschutzes und der Verringerung der Treibhausgasemissionen in Dänemark, Estland, Polen, Slowenien und Island unterstützt.

[Pressemitteilung](#)

EU-Klimawandeldienst veröffentlicht Klimasachstandsbericht für 2024

Am 15.04.2025 hat der Copernicus-Klimawandeldienst (Copernicus Climate Change Service), Teil des Weltraumprogramms der EU, gemeinsam mit der Weltorganisation der Vereinten Nationen für Meteorologie (WMO) den Europäischen Klimasachstandsbericht 2024 veröffentlicht. Global war es das wärmste Jahr seit Aufzeichnungsbeginn, wobei sich kein Kontinent so schnell erhitzt wie Europa. Die Temperaturen lagen hier im Mittel 1,26 C° über dem Durchschnitt von 1991 - 2020. Damit war 2024 das bisher wärmste Jahr mit der zweithöchsten Anzahl an Hitzestress-Tagen und tropischen Nächten, die je verzeichnet wurden. In der Arktis war es das drittwärmste Jahr seit Aufzeichnungsbeginn; es kam zu Rekordverlusten von Gletschermasse in Skandinavien. Der Bericht zeigt außerdem, dass die klimatischen Bedingungen in Ost- und Westeuropa im Jahresverlauf sehr unterschiedlich waren. Während der Osten wesentlich wärmer und sonniger als gewöhnlich war, war es in Westeuropa überdurchschnittlich nass. Etwa 413.000 Menschen waren von Stürmen oder Hochwasser betroffen und mindestens 335 Menschen verloren dadurch ihr Leben. Laut Klimasachstandsbericht sind die europäischen Städte widerstandsfähiger geworden, aber es seien weitere Anstrengungen erforderlich, um extremen Wetterereignissen zu begegnen. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Europa erreichte laut Bericht im Jahr 2024 mit 45 % ein Rekordhoch. Davon entfielen rund 18 % auf die Windkraft, rund 9 % auf die Solarenergie und rund 18 % auf die Wasserkraft.

[Klimasachstandsbericht 2024](#)

Konsultation zur Überprüfung des Innovationsfonds veröffentlicht

Am 14.04.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Evaluation der Funktionsweise des Innovationsfonds veröffentlicht. Der Innovationsfonds wurde mit der Richtlinie über das Emissionshandelssystem (Richtlinie 2003/87/EG) geschaffen und soll Projekte, insbesondere aus den Bereichen der erneuerbaren Energien, Energiespeicherung, CO₂-Speicherung und -Nutzung, klimaneutrale Mobilität und Gebäude finanziell fördern.



Erstmals im Jahr 2025 und dann alle fünf Jahre ist eine Überprüfung durch die Kommission vorgesehen. Dabei werden insbesondere die Synergien zwischen dem Fonds und anderen EU-Programmen, wie „Horizont Europa“, sowie das Verfahren zur Auszahlung der finanziellen Unterstützung betrachtet. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 08.07.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2025 vorgesehen.

[Konsultation](#)

Konsultation zum EU-Emissionshandelssystem und zur Marktstabilitätsreserve veröffentlicht

Am 14.04.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Evaluation der Richtlinie über das Emissionshandelssystem (Richtlinie 2003/87/EG) sowie der Marktstabilitätsreserve für das EU-Emissionshandelssystem veröffentlicht. Beide sollen darauf überprüft werden, ob zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2050 Anpassungen erforderlich sind. Konkret soll insbesondere die Wirksamkeit der Richtlinie zur Förderung einer kosteneffizienten und wirtschaftlich effizienten Verringerung der Treibhausgasemissionen und die Marktstabilitätsreserve hinsichtlich der Beseitigung struktureller Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage und der Verbesserung der Widerstandsfähigkeit des Emissionshandelssystems gegenüber solchen Ungleichgewichten evaluiert werden. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 08.07.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 3. Quartal 2026 vorgesehen.

[Konsultation](#)

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zur Nachhaltigkeit in Europa im Jahr 2050

Am 10.04.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) einen Bericht mit dem Titel „Ein nachhaltiges Europa im Jahr 2050: Untersuchung der Auswirkungen auf die wichtigsten Produktions- und Verbrauchssysteme“ veröffentlicht. Es wird darin untersucht, wie die europäischen Lebensmittel-, Energie- und Mobilitätssysteme, sowie die „gebaute Umwelt“ so weiterentwickelt werden können, dass bis 2050 das Ziel, innerhalb der Belastungsgrenzen der Umwelt zu leben, erreicht werden kann. Unter dem Begriff der „gebauten Umwelt“ werden dabei insbesondere Wohnungen, Geschäftsgebäude, Verkehr, Infrastruktur und öffentliche Räume, aber auch die Stadtgestaltung und Flächennutzungsplanung verstanden. Der Bericht untersucht die möglichen Entwicklungen dieser Systeme in vier imaginären Zukünften und bezieht dabei die Auswirkungen möglicher Störungen, wie beispielsweise eines massiven Zusammenbruchs digitaler Systeme, globaler Unruhen, Klimakatastrophen oder einer globalen Finanzkrise, auf diese Systeme mit in die Betrachtung ein. Es werden verschiedene Schlüsselfähigkeiten identifiziert, um den systematischen Wandel zu vollziehen und Resilienzen gegen Störungen aufzubauen. Diese werden den Bereichen kollaborative und vorausschauende Governance, gesellschaftliches Engagement und Kreativität, Verbundenheit zur Natur und Empathie, Raumplanung und multifunktionale Flächennutzung, KI und Digitalisierung und Krisenvorsorge zugeordnet.



[Pressemitteilung](#)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Europäischer Gerichtshof urteilt zur Werbung mit gesundheitsbezogenen Angaben über pflanzliche Stoffe

Am 30.04.2025 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der Rechtssache C-386/23 entschieden, dass die Werbung mit gesundheitsbezogenen Angaben über pflanzliche Stoffe derzeit verboten ist. Dieses Verbot gilt, bis die Kommission die Prüfung dieser Angaben abgeschlossen und sie in die Listen der zugelassenen gesundheitsbezogenen Angaben aufgenommen hat, es sei denn, die Verwendung der Angaben ist bereits durch eine Übergangsregelung zulässig. Dem EuGH waren im Wege eines Vorabentscheidungsverfahrens durch ein deutsches Gericht Fragen zur Auslegung der Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel (Verordnung (EG) 1924/2006) vorgelegt worden. Beklagt ist ein Unternehmen, dass ein Nahrungsergänzungsmittel verkauft, das Safran- und Melonensaft-Extrakte enthält und das mit stimmungsaufhellenden Effekten dieser Extrakte wirbt. Der EuGH entschied auch, dass vorliegend keine Übergangsregelung greift, weil für gesundheitsbezogene Angaben zu psychischen Funktionen, wie sie hier vorliegen, vor dem Inkrafttreten der Verordnung ein Zulassungsantrag bei der zuständigen nationalen Behörde hätte gestellt werden müssen. Die Entscheidung obliegt nun dem deutschen Gericht, das dabei die Entscheidung des EuGH zugrunde zu legen hat.

[Urteil Rechtssache C-386/23](#)

[Rechtssache C-386/23](#)

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit veröffentlicht Gutachten zu antibiotikaresistenten Bakterien in der Lebensmittelkette

Am 08.04.2025 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ein Gutachten zum Auftreten und der Ausbreitung von Carbapenemase-produzierenden Enterobakterien (CPE) in der Lebensmittelkette veröffentlicht. Bei CPE handelt es sich um Bakterien, die eine hohe Resistenz gegen die meisten Antibiotika aufweisen. Laut EFSA ist eine Übertragung von CPE über Lebensmittel auf Menschen bisher nicht nachgewiesen, es wurden aber bei Tieren und Menschen identische Stämme gefunden, was auf eine mögliche Übertragung hindeute. CPE wurden seit 2011 in 14 europäischen Staaten nachgewiesen. Die meisten Nachweise erfolgten in Landtieren zur Lebensmittelerzeugung, vor allem bei Schweinen, Rindern und Geflügel. Bei diesen Tierarten sind die gemeldeten Nachweise zuletzt gestiegen. Die EFSA empfiehlt die Ausweitung der Überwachungsmaßnahmen auf derzeit nicht überwachte Lebensmittelgruppen wie Meeresfrüchte und Gemüse und auf weitere Bakterienarten sowie eine Verbesserung der Nachweismethoden, die Durchführung von Rückverfolgungsuntersuchungen und die Priorisierung von Forschung. Die Umsetzung des „One Health“-Konzepts sei entscheidend, um die Ausbreitung von CPE in der Lebensmittelkette wirksam zu überwachen und einzudämmen.



[Pressemitteilung](#)

Konsultation zur Bewertung der Kosmetik-Verordnung veröffentlicht

Am 05.05.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Bewertung der Verordnung über kosmetische Mittel (Verordnung (EG) 1223/2009) veröffentlicht. Mit der Verordnung, die für alle auf dem EU-Binnenmarkt angebotenen Kosmetika gilt, soll das Funktionieren des Binnenmarkts gewährleistet, sowie die Gesundheit der Verbraucher geschützt werden, indem alle kosmetischen Mittel strengen Sicherheitsanforderungen unterworfen werden, um den Zugang zum EU-Markt zu erhalten. Die Verordnung soll nun darauf überprüft werden, ob mit ihren Regelungen die beabsichtigten Ziele erreicht werden und ob sie weiterhin ihren Zweck erfüllt. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 28.07.2025 möglich. Die Annahme der Bewertung durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2026 geplant.

[Konsultation](#)

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Briefing zu den Auswirkungen von PFAS-Polymeren

Am 29.04.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) ein Briefing zu den Auswirkungen von PFAS-Polymeren veröffentlicht. Bei Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) handelt es sich um künstlich hergestellte und in der Umwelt nur sehr langsam abbaubare Chemikalien, die sich in der Nahrungskette anreichern und die menschliche Gesundheit und Umwelt schädigen können. PFAS-Polymere bestehen aus größeren Molekülen und machen zwischen 24 % - 40 % am Gesamtvolumen der auf dem EU-Markt in den Verkehr gebrachten PFAS aus. Auch wenn für diese bisher angenommen wurde, dass sie weniger toxisch seien, hat die EEA Bedenken zu deren Auswirkungen über den gesamten Lebenszyklus hinweg. Genannt werden toxische Auswirkungen der bei der Herstellung verwendeten Chemikalien und der bei der Produktion entstehenden Nebenprodukte insbesondere auf Arbeitnehmer. Außerdem seien Auswirkungen möglich, wenn sich PFAS-Polymeren in kleinere und potenziell toxischere Verbindungen zersetzen. Die Entstehung von starken Treibhausgasen und die Freisetzung von Stoffen im Produktionsprozess könne zum Abbau der Ozonschicht beitragen. Die Recyclingfähigkeit von Produkten und Materialien könne behindert werden, da PFAS-Polymere schwer abzutrennen sind. Laut EEA müsse daher bei der Bewertung der Auswirkungen von PFAS-Polymeren und der Entscheidung über ihre künftige Verwendung deren gesamter Lebenszyklus berücksichtigt werden.

[Pressemitteilung](#)

Europäische Chemikalienagentur veröffentlicht Beschränkungsvorschlag für bestimmte Chrom(VI)-Stoffe

Am 29.04.2025 hat die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) einen Beschränkungsvorschlag für bestimmte Chrom(VI)-Stoffe veröffentlicht, um zu einem verbesserten Gesundheitsschutz sowohl für Arbeitnehmer als



auch für die Öffentlichkeit beizutragen. Die ECHA hatte im Auftrag der Kommission die von bestimmten Chrom(VI)-Stoffen ausgehenden Risiken bewertet und kam zu dem Ergebnis, dass diese aufgrund ihrer karzinogenen Wirkung ein erhebliches Risiko für die Gesundheit der Arbeitnehmer darstellen. Bei einer Freisetzung in die Umwelt stellte die ECHA auch ein Risiko für Lungen- und Darmkrebserkrankungen für die betroffene Öffentlichkeit fest. Daher schlägt die ECHA vor, ein Verbot für Chrom(VI)-Stoffe einzuführen. Ausgenommen von dem Verbot sind bestimmte Verwendungskategorien, wenn bestimmte Grenzwerte für die Exposition von Arbeitnehmern und für Umweltemissionen eingehalten werden. Zu dem Vorschlag wird voraussichtlich ab dem 18.06.2025 eine sechsmonatige Konsultation durchgeführt werden. Der Beschränkungsvorschlag wird nun von den beiden Ausschüssen der ECHA geprüft, außerdem erstellen beide Ausschüsse Gutachten zu dem Vorschlag. Anschließend wird die Kommission mit den Mitgliedstaaten auf Grundlage des Vorschlags der ECHA und der Gutachten der Ausschüsse über die Beschränkung und ihre Bedingungen entscheiden.

[Pressemitteilung](#)

Kommission initiiert Sondierung zur Aktivierung der EU-Vorschriften über Funkanlagen für rekonfigurierbare Funksysteme

Am 29.04.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Anpassung der Funkanlagenrichtlinie (Richtlinie 2014/53/EU) veröffentlicht. Durch den technischen Fortschritt bei der Konstruktion von Funkanlagen wird dies aus Sicherheitsgründen als erforderlich angesehen, um die Konformität von rekonfigurierbaren Funkanlagen mit der Richtlinie über deren gesamten Lebenszyklus hinweg sicherzustellen. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 27.05.2025 möglich. Die Annahme der delegierten Verordnung durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2026 geplant (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Konsultation](#)

Kommission veröffentlicht Jahresbericht 2024 zu Safety Gate

Am 16.04.2025 hat die Kommission ihren Jahresbericht 2024 zu Safety Gate, dem europäischen Schnellwarnsystem für gefährliche Non-Food-Produkte, veröffentlicht. Demnach wurden im Jahr 2024 insgesamt 4.137 Warnmeldungen durch die nationalen Behörden der EU-Mitgliedstaaten sowie von Norwegen, Island und Lichtenstein verzeichnet. Dies ist die höchste Zahl seit Start des Systems im Jahr 2003. Europaweit am häufigsten gemeldet wurden Kosmetika, Spielzeug, Elektrogeräte, Kraftfahrzeuge und chemische Produkte. Die meistgemeldeten Gefahren waren chemische Gefahren (49 %), Verletzungsgefahr (14 %), sowie Risiken für die Umwelt (8 %). Für Deutschland wurden insgesamt 471 Meldungen sowie 174 Follow-Up Maßnahmen der zuständigen Behörden erfasst. Hierzulande wurden am häufigsten Kraftfahrzeuge (50 %), Spielzeug (15 %) und Schmuck (7 %) gemeldet. Die meistgemeldeten Gefahren dabei waren Verletzungsgefahr (46 %), chemische Gefahren (26 %) und Brandgefahr (17 %). Außerdem hat die Kommission mitgeteilt, dass man derzeit eng mit den nationalen Behörden zusammenarbeite, um einen ersten „Sweep“, durchzuführen. Mit



diesem sollen gleichzeitig auf verschiedenen Online-Marktplätzen angebotene Produkte auf ihre Übereinstimmung mit den Regelungen der Produktsicherheitsverordnung (Verordnung (EU) 2023/988) überprüft werden.

[Pressemitteilung](#)

Kommission veröffentlicht Arbeitsplan zur Umsetzung von Ökodesign- und Energieverbrauchskennzeichnungs-Verordnung

Am 16.04.2025 hat die Kommission einen Arbeitsplan für 2025 - 2030 zur Umsetzung der Ökodesign-Verordnung (Verordnung (EU) 2024/1781) und der Verordnung über die Energieverbrauchskennzeichnung (Verordnung (EU) 2017/1369) veröffentlicht. Bis 2030 sollen vorrangig für Eisen und Stahl, Aluminium, Textilien (mit Schwerpunkt auf Bekleidung), Möbel, Reifen und Matratzen neue Anforderungen eingeführt werden. Diese sollen sich auf Produktleistung und/oder auf Produktinformationen beziehen. Außerdem sind Maßnahmen zu den Anforderungen an die Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit von Elektronikprodukten geplant. Für 16 Produkte, die bereits im vorausgegangenen Plan enthalten waren, ist ein vorläufiger Zeitplan für die Annahme der Anforderungen enthalten. Reinigungsmittel, Farben und Schmiermittel sowie Schuhe und Chemikalien sind nicht Teil des Arbeitsplans. Für Schuhe und Chemikalien sollen aber Studien durchgeführt und die Situation bei der Überprüfung des Arbeitsplans in drei Jahren, also 2028, neu bewertet werden. Zum Aufbau einer wettbewerbsfähigen Kreislaufwirtschaft sollen grüne Leitmärkte geschaffen werden. Die Kommission will daher prüfen, inwieweit für die im Arbeitsplan als vorrangig eingestuften Produkte gleichzeitig mit der Bewertung der spezifischen Ökodesign-Anforderungen auch Mindestanforderungen für das öffentliche Beschaffungswesen festgelegt werden können.

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND TOURISMUS

Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Vereinfachung der Entwaldungsverordnung und Konsultation

Die Kommission hat am 15.04.2025 aktualisierte Leitlinien und häufig gestellten Fragen (FAQs) zur Umsetzung der europäischen Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR) vorgestellt. Die Maßnahmen sollen Unternehmen, Behörden und Partnerländern mehr Klarheit und Vereinfachungen bezüglich des Nachweises der Entwaldungsfreiheit von Produkten bieten und so eine harmonisierte Umsetzung des Gesetzes garantieren. Zu den Vereinfachungen gehören, dass große Unternehmen bestehende Sorgfaltserklärungen wiederverwenden können, wenn Waren, die sich zuvor auf dem EU-Markt befanden, wieder importiert werden. Außerdem kann ein Bevollmächtigter im Namen von Mitgliedern von Unternehmensgruppen eine Sorgfaltserklärung vorlegen. Zudem dürfen Unternehmen demnach jährliche Sorgfaltserklärungen einreichen, anstatt für jede Lieferung.

Ergänzend zu den Leitlinien wurde ein delegierter Rechtsakt zur öffentlichen Konsultation vorgelegt, der weitere Klarstellungen und Vereinfachungen zum Anwendungsbereich der EU-Verordnung enthält. Dadurch sollen unnötige Verwaltungskosten für Wirtschaftsakteure und Behörden vermieden werden. Rückmeldungen sind bis zum 13.05.2025 möglich. Wann die Annahme durch die Kommission geplant ist, ist noch nicht bekannt.

Die Kommission finalisiert derzeit das Länder-Benchmarking-System durch einen Durchführungsrechtsakt. Dieser wird nach Gesprächen mit den Mitgliedstaaten spätestens am 30.06.2025 verabschiedet. Die Kommission geht davon aus, dass diese Maßnahmen zusammen zu einer Reduzierung der Verwaltungskosten und des Verwaltungsaufwands für Unternehmen um 30 % führen werden.

[Pressemitteilung](#)

[Aktualisierte Leitlinien](#)

[Häufig gestellte Fragen \(FAQs\)](#)

[Konsultation](#)

Rat und Europäisches Parlament unterstützen Änderung des Schutzstatus des Wolfs

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat am 08.05.2025 im Rahmen des Dringlichkeitsverfahrens für den von der Kommission vorgelegten Vorschlag zu Herabstufung des Schutzstatus des Wolfs im Rahmen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) gestimmt.

Auch der Rat hatte den Vorschlag bereits am 16.04.2025 ohne Änderungen bestätigt. Demnach wurde das Mandat zur Änderung des Schutzstatus des Wolfs und damit zur Angleichung der EU-Rechtsvorschriften an das aktualisierte Berner Übereinkommen gebilligt. Das Mandat umfasst eine gezielte Änderung der FFH-Richtlinie – des EU-Gesetzes zur Umsetzung des Berner Übereinkommens –, um das von „streng geschützt“ auf „geschützt“ geänderte Schutzniveau für Wölfe anzupassen.



Damit der Gesetzesentwurf in Kraft treten kann, muss er nun vom Rat formell genehmigt werden. Die Richtlinie wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten. Anschließend ist die Umsetzung in nationales Recht erforderlich.

Nach Angaben der Kommission gibt es in Europa mehr als 20.000 Wölfe, und ihre Populationen und Verbreitungsgebiete wachsen. Auch in Bayern bereiten die Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfs vielen Weidetierhaltern Sorge.

[Pressemitteilung](#)

Rat legt Standpunkt zur grenzüberschreitenden Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken fest

Der Rat hat am 07.04.2025 sein Verhandlungsmandat zur grenzüberschreitenden Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken (UTP-Richtlinie) in der Lieferkette für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel festgelegt. Dies erfolgte durch Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten im Sonderausschuss Landwirtschaft (SAL).

Mit dem Ziel, Ungleichgewichte in Bezug auf die Verhandlungsmacht zwischen Anbietern und Abnehmern von Agrarerzeugnissen zu beseitigen, trat im Jahr 2019 die Richtlinie in Kraft. Sie sollte vor allem Landwirte schützen, die ihre Erzeugnisse beispielsweise an große Supermärkte und Lebensmittelverarbeitungsunternehmen verkaufen. Der Rat unterstützt im Wesentlichen die von der Kommission im Dezember 2024 vorgeschlagenen Änderungen (EB 01/25), schlägt jedoch ergänzend Verbesserungen vor.

Demnach unterstützt der Rat ebenfalls die Änderungen, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen innerhalb der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette verbessern sollen. So soll ein Amtshilfemechanismus eingeführt werden, der es nationalen Durchsetzungsbehörden ermöglicht, Informationen austauschen und Maßnahmen im Namen anderer Behörden zu ergreifen.

Die vom Rat vereinbarten Änderungen umfassen darüber hinaus die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten in Fällen unlauterer Handelspraktiken von Käufern außerhalb der EU.

Des Weiteren fordert er in seinem Mandat, dass die bei Rechtshilfefällen entstehenden Kosten durch den Mitgliedstaat übernommen werden, der Informationen anfordert oder um Ermittlungs- oder Vollstreckungsmaßnahmen ersucht. Diese können auch durch die erhobenen Geldbußen gedeckt werden.

Das Mandat präzisiert zudem die Regeln, nach denen die Mitgliedstaaten sich weigern können, einem Informationsersuchen der nationalen Behörde eines anderen Mitgliedstaates nachzukommen oder sich an Durchsetzungsmaßnahmen zu beteiligen.

Mit dieser Einigung ist der Ratsvorsitz bereit, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufzunehmen, sobald dieses seinen Standpunkt festgelegt hat.

[Pressemitteilung](#)



Kommission veröffentlicht Konsultation zum Weinpaket

Die Kommission hat am 07.04.2025 eine Konsultation zu einer Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) Nr. 2021/2115 und (EU) Nr. 251/2014 in Bezug auf bestimmte Marktvorschriften und sektorbezogene Unterstützungsmaßnahmen im Weinsektor und für aromatisierte Weinerzeugnisse veröffentlicht.

Das Paket zur EU-Weinpolitik entspricht den dringendsten Empfehlungen, die von der Hochrangigen Gruppe für Weinpolitik im Dezember 2024 angenommen wurden (EB 01/25). Mit dem Paket sollen die Wettbewerbsfähigkeit und die Resilienz des Sektors gestärkt werden. Die wichtigsten Ziele des Maßnahmenpakets sind: Steuerung des Erzeugungspotenzials, Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Weinsektors der EU gegen den Klimawandel und Spannungen auf sich verändernden Märkten sowie die Unterstützung des Sektors bei der Anpassung an Marktentwicklungen und bei der Nutzung neuer Marktchancen.

Rückmeldungen sind noch bis zum 02.06.2025 möglich. Wann die Annahme durch die Kommission geplant ist, ist noch nicht bekannt.

[Konsultation](#)

Eurostat veröffentlicht Kennzahlen zu regelmäßiger Arbeit an Wochenenden

Eurostat hat zum international gefeierten Tag der Arbeit am 01.05.2025 Kennzahlen zu regelmäßiger Arbeit an Wochenenden veröffentlicht. Im Jahr 2023 arbeiteten 22,4 % der Beschäftigten in der EU regelmäßig an Wochenenden.

Besonders von Wochenendarbeit betroffen waren Fachkräfte in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (49,5 %), im Dienstleistungssektor und im Verkauf (48,9 %) sowie Personen mit einfachen Tätigkeiten bzw. Hilfskräfte (26,7 %).

Während 19,2 % der Angestellten regelmäßig am Wochenende arbeiteten, war dies bei 46,7 % der Selbstständigen mit Arbeitnehmern (Arbeitgeber) und 37,8 % der Selbstständigen ohne Arbeitnehmer (Selbstständige) der Fall.

Den EU-weit höchsten Anteil an Beschäftigten, die an Wochenenden arbeiteten, hatte Griechenland (32,3 %), gefolgt von Italien (30,9 %) und Zypern (26,4 %). Die niedrigsten Raten wurden in Litauen (3,0 %), Polen (4,5 %) und Ungarn (6,6 %) verzeichnet. Deutschland rangiert mit 18,2 % im Mittelfeld.

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Informeller EPSCO-Rat: KI, Integrationspolitik und Gleichstellung am Arbeitsplatz

Am 14./15.04.2025 trafen sich die Ministerinnen und Minister für Arbeit und Soziales in Warschau zu einer Tagung des informellen Rats für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO). Sie diskutierten u. a. über Künstliche Intelligenz (KI), Integrationspolitik und Gleichstellung am Arbeitsplatz.

Die Ministerinnen und Minister diskutierten die Auswirkungen von künstlicher Intelligenz und Algorithmen auf die Arbeitswelt. Sie betonten sowohl die Vorteile neuer Technologien wie Innovation und Produktivität als auch die Risiken wie mangelnde Transparenz und übermäßige Überwachung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die erfolgreiche Integration von Migranten hänge nicht nur vom Zugang zum Arbeitsmarkt ab, sondern auch von Unterstützung in Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen und Wohnen. Die Ministerinnen und Minister forderten eine faktenbasierte öffentliche Debatte und harmonisierte Regelungen für den rechtlichen Aufenthalt.

Die ungleiche Verteilung von Betreuungsaufgaben bleibe ein großes Hindernis für die Karriereentwicklung von Frauen. Flexible Arbeitsregelungen und Unterstützung für die sogenannte „Sandwich-Generation“ (Menschen, die sich gleichzeitig um Kinder und ältere Familienmitglieder kümmern müssen) wurden als wichtige Maßnahmen hervorgehoben.

Abschließend waren sich die Ministerinnen und Minister einig, dass politische Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung in der Beschäftigung und zur Unterstützung derjenigen, die berufliche und familiäre Pflichten miteinander vereinbaren wollen, weiterentwickelt werden müssen. Das Treffen endete mit einer Erklärung, weiterhin gemeinsam an innovativen Lösungen zu arbeiten, die helfen, Berufs- und Privatleben zu vereinbaren, sowie an der Stärkung der Arbeitnehmerrechte im digitalen Zeitalter.

Die nächste EPSCO-Tagung findet am 19./20.06.2025 in Luxemburg statt und soll sich auf die Bekämpfung von Armut und die Herausforderungen des demografischen Wandels konzentrieren.

[Tagungsseite](#)

[Pressemitteilung](#)

[Pressekonferenz](#)

Informeller Rat zum Thema Gleichstellung: KI und Desinformation

Am 16.04.2025 fand ein informelles Treffen der Ministerinnen und Minister zum Thema Gleichstellung statt. In Warschau wurden mehrere Stunden lang Themen wie Geschlechtergleichstellung, künstliche Intelligenz, Desinformation und Gleichstellungspolitik auf europäischer Ebene diskutiert.

Das Treffen wurde von *Katarzyna Kotula*, der polnischen Ministerin für Gleichstellung, geleitet. Anwesend waren u. a. die Kommissarin für Gleichstellung *Hadja Lahbib*, der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses *Olivier Röpké* sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft.



Die Diskussionsthemen waren u. a. die Bekämpfung der Geschlechterungleichheit im digitalen Umfeld, der Schutz vor Desinformation über Minderheiten und die Stärkung ihrer Stimme sowie strategische Maßnahmen der EU zur Sicherstellung, dass niemand zurückgelassen wird.

Katarzyna Kotula betonte, dass die Arbeit an einer wirklich gleichen Union noch nicht abgeschlossen sei und die EU ein Ort bleiben müsse, an dem jeder die gleichen Chancen hat, gesund zu sein und zur Gesellschaft beizutragen.

Die Ministerinnen und Minister hoben hervor, dass trotz der Fortschritte bei der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt im digitalen Raum noch viel zu tun sei. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Herausforderungen durch Informationsblasen und die Geschlechterpolarisierung junger Menschen und deren Auswirkungen auf die psychische Gesundheit gewidmet.

Hadja Lahbib betonte, dass Gleichstellung in der heutigen digitalen Ära in allen Bereichen der Gesellschaft verankert sein müsse. Ziel sei eine Union, in der Gleichstellung nicht nur versprochen, sondern auch praktiziert werde.

[Tagungsseite](#)

[Pressemitteilung](#)

[Pressekonferenz](#)

Statement zum Europäischen Tag der Solidarität zwischen den Generationen

Am 28.04.2025 betonte der Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport, *Glenn Micallef* – im Hinblick auf den jährlich am 29. April stattfindenden Europäischen Tag der Solidarität zwischen den Generationen – die Bedeutung der Generationengerechtigkeit.

Er hob hervor, dass die Solidarität zwischen den Generationen ein zentraler Wert der EU ist und erstmals durch ein eigenes Portfolio im Kollegium der Kommissare politisches Gewicht erhalten hat. Ferner kündigte er an, dass die Kommission in einem offenen politischen Dialog mit jungen Bürgern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, gewählten Vertretern und internationalen Führungskräften die Prinzipien der Generationengerechtigkeit diskutieren wird. Ziel sei es sicherzustellen, dass diese Perspektiven in die Gestaltung von EU-Politiken einfließen, die sowohl für die heutigen Bürger fair als auch zukunftssicher für kommende Generationen sind. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die bereits laufende Bürgerkonsultation auf der Beteiligungsplattform der Kommission hingewiesen.

[Pressemitteilung](#)

[Plattform für Bürgerbeteiligung](#)



Europäische Tage des unabhängigen Lebens – kritische Erklärung von ENIL

Am 05.05.2025, anlässlich des Europäischen Tages des unabhängigen Lebens, hat das Europäische Netzwerk für unabhängiges Leben (ENIL) eine kritische Erklärung abgegeben. ENIL fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die vollständige Finanzierung von persönlichen Assistenzgeräten sicherzustellen, um Menschen mit Behinderungen ein unabhängiges Leben zu ermöglichen. Die Organisation fordert auch die Umsetzung der Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Die EU wird u. a. aufgefordert, die Verwendung öffentlicher Mittel zu überprüfen und ggfs. umzuleiten.

[Pressemitteilung zum Europäischen Tag des unabhängigen Lebens](#)
[Erklärung](#)

Eurofound veröffentlicht zwei neue Podcast-Episoden zu sozialen und arbeitsmarktbezogenen Themen

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hat zwei neue Episoden ihrer beliebten Podcast-Serie veröffentlicht. Diese Episoden befassen sich mit aktuellen und relevanten Themen, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa betreffen.

In Episode 31, die am 10.04.2025 veröffentlicht wurde, wird untersucht, wie Europa sich an die Herausforderungen einer alternden Belegschaft anpassen kann. Welche Hindernisse stehen älteren Arbeitnehmern am Arbeitsplatz im Weg? Wie beeinflussen sich wandelnde Technologien und die Qualität der Arbeitsplätze die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer? Diese Fragen werden im Kontext der sich ändernden demografischen Entwicklung in Europa und der Notwendigkeit, die Arbeit nachhaltiger zu gestalten, beantwortet.

In dieser Episode 32, die am 01.05.2025 veröffentlicht wurde, wird über die Veränderungen der Mindestlöhne in Europa im vergangenen Jahr und die Auswirkungen dieser Veränderungen debattiert. Die Zuhörer sind eingeladen, in die Komplexität der Mindestlohndynamik in Europa einzutauchen und die treibenden Faktoren dieser Veränderungen zu erkunden. Das Gespräch beleuchtet auch die breiteren Auswirkungen der Mindestlohnänderungen auf Einkommensungleichheiten und die Geschlechtergleichstellung.

[Episode 31](#)
[Episode 32](#)

Eurostat-Statistik: Über 20 % der Erwerbstätigen arbeiteten 2023 an Wochenenden

Am 01.05.2025 wurde anlässlich des Internationalen Tags der Arbeit eine Eurostat-Statistik zur Erwerbstätigkeit an Wochenenden veröffentlicht. Im Jahr 2023 arbeiteten 22,4 % der Erwerbstätigen in der EU regelmäßig an Wochenenden. Dies geht aus den neuesten Daten des EU-Statistikamts (Eurostat) hervor.



Besonders häufig war die Wochenendarbeit bei Fachkräften in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft (49,5 %), bei Dienstleistungs- und Verkaufsberufen (48,9 %) sowie bei Personen in einfachen Tätigkeiten (26,7 %).

Während 19,2 % der Arbeitnehmer regelmäßig an Wochenenden arbeiteten, war dies auch bei 46,7 % der selbstständigen Arbeitgeber und 37,8 % der selbstständigen Alleinarbeiter der Fall.

Ein Blick auf die EU-Länder zeigt, dass Griechenland den höchsten Anteil an Arbeitnehmern hatte, die an Wochenenden arbeiteten (32,3 %), gefolgt von Italien (30,9 %) und Zypern (26,4 %). Die niedrigsten Raten wurden in Litauen (3,0 %), Polen (4,5 %) und Ungarn (6,6 %) verzeichnet.

[Pressemitteilung](#)

Eurostat-Statistik: Arbeitsmarktdaten für 2024 und Überqualifikation bei Frauen höher als bei Männern

Am 15.04.2025 hat Eurostat Arbeitsmarktdaten für 2024 veröffentlicht. Im Jahr 2024 waren 75,8 % der 20- bis 64-Jährigen in der EU beschäftigt, was einem Anstieg von 0,5 % gegenüber 2023 und 1,2 % gegenüber 2022 entspricht. Dies ist der höchste Anteil seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2009 und entspricht 197,6 Mio. Menschen. Unter den EU-Ländern verzeichneten die Niederlande (83,5 %), Malta (83,0 %) und Tschechien (82,3 %) die höchsten Beschäftigungsquoten. Die niedrigsten Quoten wurden in Italien (67,1 %), Griechenland (69,3 %) und Rumänien (69,5 %) registriert.

Im Jahr 2024 lag die Überqualifikationsrate in der EU bei 21,3 %, wobei sie für Männer 20,5 % und für Frauen 22,0 % betrug. Überqualifikation bedeutet, dass Personen mit Hochschulbildung in Berufen beschäftigt sind, die keine so hohe Qualifikation erfordern. Unter den EU-Ländern war die Überqualifikationsrate in Spanien (35,0 %), Griechenland (33,0 %) und Zypern (28,2 %) am höchsten. Luxemburg (4,7 %), Kroatien (12,6 %) und Tschechien (12,8 %) verzeichneten die niedrigsten Raten.

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, PFLEGE UND PRÄVENTION

Konsultation zum Rechtsakt über kritische Arzneimittel

Die Kommission startete am 15.04.2025 eine bis 14.06.2025 laufende Konsultation zum Vorschlag für eine Verordnung über kritische Arzneimittel. Mit dem Vorschlag werden Schwachstellen in den Lieferketten angegangen. Die Abhängigkeit der EU soll mit dem Ziel einer besseren Versorgung mit kritischen Arzneimitteln verringert werden. Der Verordnungsentwurf flankiert die Reform des EU-Arzneimittelrechts und fußt auf den Arbeiten der hochrangigen Lenkungsgruppe zur Überwachung von Engpässen bei Arzneimitteln, dem strukturierten Dialog über die Sicherheit der Arzneimittelversorgung, den Arbeiten der Allianz für kritische Arzneimittel und einer stützenden Studie.

Der achtwöchige Zeitraum für Rückmeldungen wird jeweils um einen Tag verlängert, bis dieser angenommene Vorschlag in allen EU-Sprachen vorliegt.

[Konsultation](#)

Deutschland und 16 Länder erhalten Zugang zu über 27 Millionen Grippeimpfstoffdosen

Die Kommission hat am 29.04.2025 über die Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) einen gemeinsamen Beschaffungsvertrag mit dem Pharmaunternehmen Seqirus UK Ltd. unterzeichnet. Er bietet 17 Ländern die Möglichkeit, bis zu 27.403.200 Grippeimpfstoffdosen zu erwerben. Das Abkommen sichert die Versorgung mit dem Impfstoff Foclivia, wenn eine Pandemie offiziell von der Weltgesundheitsorganisation oder der EU erklärt wurde. Diese gemeinsame Beschaffung baut auf einer früheren Vereinbarung auf, die 2019 mit CSL Seqirus und 2022 mit GSK unterzeichnet wurde und in deren Rahmen die teilnehmenden Länder Impfstoffdosen im Falle einer Grippepandemie erwerben können.

Der Rahmenvertrag wird für einen Zeitraum von 48 Monaten geschlossen. Es kann zweimal um jeweils 12 Monate verlängert werden.

[Neuer EU-Beschaffungsvertrag](#)

Die EU droht ihre Ziele bei der Bekämpfung von sexuell übertragbaren Krankheiten nicht zu erreichen

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 23.04.2025 einen Bericht im Hinblick auf die Fortschritte bei der Bekämpfung von HIV, Tuberkulose, Hepatitis B und C sowie weiteren sexuell übertragbaren Krankheiten veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass die EU droht, die Vorgaben im Zusammenhang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung nicht zu erreichen. Zwar ist die Zahl der Neuinfektionen mit HIV rückläufig, jedoch nicht in ausreichendem Ausmaß. Bei Hepatitis B und C ist hingegen kein Rückgang der Sterblichkeitsrate zu erkennen. Bei sexuell übertragbaren Krankheiten wie Syphilis und Gonorrhö bemerkt ECDC sogar einen Anstieg der Fallzahlen. Um die Ziele bis 2030 dennoch zu erreichen,



müssen mehr präventive Maßnahmen getroffen werden, um insbesondere Risikogruppen besser zu schützen. Zudem gilt es laut ECDC, bessere und vollständigere Überwachungs- und Monitoring-Daten zur Verfügung zu haben.

[Bericht - ECDC](#)

Erstes Alzheimer-Medikament in der EU zugelassen

Die Kommission hat das Arzneimittel Legembi am 15.04.2025 zur Behandlung leichter kognitiver Beeinträchtigungen im Frühstadium der Alzheimer-Krankheit unter strengen Auflagen zugelassen. Die Eisai GmbH aus Frankfurt am Main hatte den Antrag gestellt. Die Eisai GmbH ist die deutsche Niederlassung im Verbund des Eisai-Konzerns, eines forschenden Pharmaunternehmens mit Sitz in Tokio, Japan. Legembi ist das erste Arzneimittel dieser Art, das in der EU zugelassen wurde. Das Medikament ist zur Verwendung bei Menschen bestimmt, die nur eine oder keine Kopie des ApoE4-Gens haben und die Amyloid-Beta-Plaques im Gehirn aufweisen. Die Zulassung stützt sich auf die positive wissenschaftliche Bewertung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA). Die EMA kam zu dem Schluss, dass bei einer bestimmten Gruppe von Patienten mit dieser Krankheit und unter der Voraussetzung, dass Maßnahmen zur Risikominimierung ergriffen werden, der Nutzen dieses Arzneimittels die Risiken überwiegt.

[Pressemitteilung](#)

[Bewertung der EMA](#)

[Durchführungsbeschluss der Kommission](#)

Kommission begrüßt Fortschritte bei Einigung über Pandemie-Abkommen

Die Kommission begrüßt den vorläufigen Konsens über das internationale Pandemie-Abkommen, den das zwischenstaatliche Verhandlungsgremium am 16.04.2025 in Genf erzielt hat, und unterstreicht die anhaltende Stärke der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität für die globale Gesundheit. Nach drei Jahren intensiver Verhandlungen leiste die erzielte Einigung einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Kapazitäten für die Pandemieprävention, -vorsorge und -bekämpfung durch einen One-Health-Ansatz. Dies sei ein entscheidender Schritt hin zu einem gerechteren und pro-aktiveren globalen Ansatz zur Verhütung und Bewältigung künftiger Pandemien unter uneingeschränkter Achtung der gesundheitspolitischen Zuständigkeiten und Zuständigkeiten der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Es wird erwartet, dass das Pandemie-Abkommen auf der 78. Weltgesundheitsversammlung im Mai 2025 formell angenommen wird.

[Pressemitteilung - Kommission](#)

[Pressemitteilung - Weltgesundheitsorganisation](#)



Sondierung zu Maßnahmen bei Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit

Die Kommission stellte für die Zeit vom 11.04.2025 - 09.05.2025 die Sondierung zu der für den 25.06.2025 geplanten Mitteilung über eine Strategie zur Unterstützung medizinischer Gegenmaßnahmen bei Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit zur Konsultation. Angesichts der raschen Entwicklung von Sicherheitsrisiken müsse die EU ihre Vorsorge und Reaktion auf Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit (einschließlich chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Bedrohungen (CBRN)) verstärken. Mit dieser Strategie werde sichergestellt, dass bei Bedarf medizinische Gegenmaßnahmen verfügbar sind.

Die Strategie zur Unterstützung medizinischer Gegenmaßnahmen ist das erste Ergebnis der im März 2025 angenommenen EU-Strategie für Krisenvorsorge.

[Sondierung](#)

[Pressemitteilung](#)

Evaluierung des Zentrums für Prävention und Kontrolle von Krankheiten

Die Kommission stellte für die Zeit vom 14.04.2025 – 12.05.2025 die Sondierung zu der für das 4. Quartal 2025 geplanten Evaluierung des Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) zur Konsultation. Das ECDC ist eine unabhängige EU-Agentur, die 2005 eingerichtet wurde. Seine Aufgabe ist es, derzeitige und neu auftretende Risiken für die menschliche Gesundheit durch übertragbare Krankheiten und damit zusammenhängende besondere Gesundheitsrisiken zu ermitteln, zu bewerten und Informationen darüber weiterzugeben. Bei dieser Evaluierung werden die Leistungen des Zentrums in Bezug auf seine Ziele, seinen Auftrag, seine Aufgaben und seine Verfahren bewertet.

[ECDC - Evaluierung](#)

EFTA-Staaten/EWR: Maßnahmen bei gesundheitlichen Notlagen

Der Rat fasste am 14.04.2025 einen Beschluss über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein oder mehrere Abkommen mit dem Königreich Norwegen, der Republik Island und dem Fürstentum Lichtenstein über medizinische Gegenmaßnahmen betreffende Maßnahmen bei gesundheitlichen Notlagen.

[Bericht - Rat](#)

Deutschland: Höchste Krankenhausdichte im europäischen Vergleich

Im Jahr 2023 lag der Anteil der EU-Bevölkerung, der in einem Umkreis von 15 Autominuten von einem Krankenhaus lebte, bei 83,2 %. Unter den EU-Regionen auf Ebene 3 der Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS 3) gab es 124 Regionen, in denen 100 % der Bevölkerung innerhalb dieses 15-Minuten-Bereichs lebten (dunkelster Blauton auf der Karte), und 96 davon lagen in Deutschland. Die anderen Regionen in dieser Gruppe befanden sich in Belgien (6), den Niederlanden (6, einschließlich der Hauptstadt Groot-



Amsterdam), Griechenland (4, die alle Teil der Hauptstadt sind), Frankreich (4, einschließlich Paris und 3 umliegende Regionen), Malta (beide Regionen) sowie Spanien, Italien und Polen (jeweils 2 Regionen).

Am anderen Ende der Skala gab es 97 NUTS-3-Regionen, in denen im Jahr 2023 weniger als 50 % der Bevölkerung in einem Umkreis von 15 Autominuten von einem Krankenhaus lebten (gelb auf der Karte). Davon befanden sich 21 in Rumänien, 15 in Griechenland, je 9 in Kroatien und Spanien, 8 in Polen und je weitere 6 in Irland, Portugal und Slowenien.

Es gab auch eine kleine Gruppe von 7 Regionen, in denen weniger als 10 % der Bevölkerung innerhalb von 15 Minuten Fahrzeit von einem Krankenhaus lebten. 4 dieser Regionen lagen in Griechenland (Lefkada 0,0 %; Limnos und Thesprotia mit je 7,7 % und Chalkidiki mit 9,8 %) und 3 in Rumänien (Covasna 6,9 %, Tulcea 7,0 % und Mehedinți 7,2 %).

[Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

TikTok wegen Verstoß gegen die DSGVO zu einer Strafe von 530 Mio. € verurteilt

TikTok ist am 02.05.2025 wegen der illegalen Übermittlung personenbezogener Daten von Europa nach China zu einer Geldstrafe in Höhe von 530 Mio. € verurteilt worden. Die irische Datenschutzkommission (DPC) stellte fest, dass TikTok gegen die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verstoßen hat, und wies das Unternehmen an, das Gesetz innerhalb von sechs Monaten einzuhalten.

Hintergrund: Die europäischen Aufsichtsbehörden sind besorgt über die angeblichen Verbindungen zwischen der chinesischen Regierung und dem Unternehmen ByteDance (Mutterkonzern von TikTok). Die Entscheidung vom 02.05.2025 markiert den Abschluss einer im September 2021 eingeleiteten Untersuchung, bei der TikTok der Datenschutzbehörde zunächst mitgeteilt hatte, dass es die Daten seiner Nutzer nicht auf Servern in China speichert. Die DPC erklärte, TikTok habe sie im April dieses Jahres darüber informiert, dass dies nichtzutreffend sei und das Unternehmen tatsächlich Daten von EU-Nutzern auf Servern in China gefunden habe.

TikTok plant, gegen die Entscheidung Berufung einzulegen und erklärte, dass es nie eine Anfrage von chinesischen Behörden erhalten habe, auf europäische Nutzerdaten zuzugreifen. Die mangelnde Transparenz des Unternehmens in Bezug auf Datenübertragungen ruft schon lange Kritik und Skepsis bei Experten hervor.

[Weitere Informationen](#)

EU-Kommission verbannt Huawei im Zuge von Korruptionsermittlungen

Nach Korruptionsermittlungen im Europaparlament hat die Kommission Vertreter des chinesischen Techunternehmens Huawei aus der Institution ausgeschlossen. Damit haben Vertreter von Huawei keinen Zugang mehr zu Kommissionsbeamten und dürften laut Kommission auch das Gebäude nicht mehr betreten.

Hintergrund: Die belgische Staatsanwaltschaft hatte im Rahmen einer möglichen neuen Korruptionsaffäre im Parlament acht Personen wegen aktiver Korruption, Geldwäsche und Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung angeklagt. Mitte März waren Büros im Parlament durchsucht worden, woraufhin Huawei mehrere Mitarbeiter freistellte. Die Ermittlungen stehen im Zusammenhang mit Vorwürfen, dass Huawei versucht haben soll, unerlaubten Einfluss auf Entscheidungsprozesse auszuüben.

Chinesische Technologieunternehmen stehen seit Jahren in der Kritik. Die Behörden befürchten, dass China Einfluss auf westliche Telekommunikationsinfrastrukturen nehmen könnte.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Weitere Informationen zu den Korruptionsvorwürfen](#)



Update DMA: Kommission ergreift Maßnahmen gegen Apple und Meta

Die Kommission hat am 23.04.2025 gegen die Konzerne Apple und Meta Geldbußen in Höhe von 500 Mio. € bzw. 200 Mio. € verhängt.

Die Kommission hatte im Vorfeld festgestellt, dass Apple gegen seine Anti-Steering-Verpflichtung nach dem Digital Markets Act (DMA), und Meta gegen die DMA-Verpflichtung verstoßen hat, den Verbrauchern die Wahl eines Dienstes zu ermöglichen, der weniger personenbezogene Daten verwendet. Beide Entscheidungen wurden laut Kommission nach einem Dialog mit den betroffenen Unternehmen getroffen, in dem sie ihre Ansichten und Argumente darlegen konnten.

Henna Virkkunen, Kommissionsvizepräsidentin für technische Souveränität, Sicherheit und Demokratie, ergänzte: „Die Ermöglichung freier Entscheidungen für Unternehmen und Verbraucher ist das Kernstück der im Gesetz über digitale Märkte festgelegten Regeln. Dazu gehört, dass die Bürgerinnen und Bürger die volle Kontrolle darüber haben, wann und wie ihre Daten online verwendet werden, und dass die Unternehmen frei mit ihren Kunden kommunizieren können. In den heute angenommenen Entscheidungen wird festgestellt, dass sowohl Apple als auch Meta ihren Nutzern diese freie Wahl genommen haben und ihr Verhalten ändern müssen. Wir haben die Pflicht, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und der innovativen Unternehmen in Europa zu schützen, und ich setze mich voll für dieses Ziel ein.“

Nächste Schritte: Apple und Meta sind nun verpflichtet, den Entscheidungen der Kommission innerhalb von 60 Tagen nachzukommen, andernfalls drohen Zwangsgelder.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Informationen aus POLITICO](#)

Update DSA: MEPs fordern Updates zur Untersuchung von X

20 Europaabgeordnete von den Fraktionen Renew Europe und S&D haben einen Antrag auf ein Update bezüglich der Untersuchung des sozialen Netzwerks X im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (DSA) gestellt.

Bemängelt wird in dem Schreiben an *Henna Virkkunen* (EVP/FIN) u. a., dass seit dem Beginn der Untersuchung genau 500 Tage vergangen sind, ohne dass wirkliche Ergebnisse präsentiert wurden.

Diese 500-tägige Verzögerung seit der Einleitung des förmlichen Verfahrens sei zunehmend ungerechtfertigt, heißt es. Die Abgeordneten äußern sich besorgt über eine potenzielle algorithmische Verzerrung auf X, die rechtsextreme Inhalte unverhältnismäßig begünstige und die Beiträge des Plattformbesitzers *Elon Musk* verstärke, sowie über die zahlreichen Vorfälle politischer Desinformation in Deutschland, Irland und Rumänien.

[Pressemitteilung der Kommission vom 18.12.2023 zum Verfahren gegen X](#)

[Hintergründe zu den Verfahren unter dem DSA](#)



Microsoft verspricht Europa Schutz vor politischen Risiken

Microsoft will auf das sinkende Vertrauen europäischer Kunden in US-Tech-Konzerne reagieren, welches insbesondere durch die Politik der Trump-Regierung entstanden ist. Um die digitale Souveränität Europas zu stärken, kündigt der Konzern an, Datenschutz, Cybersicherheit und KI-Infrastruktur weiter auszubauen.

Microsoft plant, die Rechenzentrumskapazität in Europa bis 2027 mehr als zu verdoppeln und zusätzliche Sicherheits- sowie Verschlüsselungsoptionen anzubieten, die verhindern sollen, dass Dritte – auch Microsoft selbst – auf Kundendaten zugreifen können. Damit will der Konzern sicherstellen, dass europäische Daten ausschließlich unter Kontrolle der Kunden verarbeitet werden.

Hinweis: Europa ist ein bedeutender Markt für Microsoft: Etwa 20–30 % des weltweiten Umsatzes stammen aus dieser Region.

[Details zu den Plänen des Unternehmens](#)

Meta trainiert KI auch in der EU mit öffentlichen Posts von Nutzern

Der Facebook-Konzern Meta wird seine KI auch in der EU mit öffentlich zugänglichen Beiträgen erwachsener Nutzer trainieren.

Hintergrund: Im vergangenen Sommer hatte der Konzern den EU-Start seiner KI-Software Meta AI noch verschoben, weil die zuständige irische Datenschutzbehörde sich bis zur Klärung der Rechtslage gegen ein solches Vorgehen stellte. Jetzt folgte die Wende: Meta sieht in einer Entscheidung des Europäischen Datenschutzausschusses von Dezember die Bestätigung, dass der Ansatz des Konzerns rechtlich zulässig ist.

Im vergangenen Monat wurde Meta AI in der EU eingeführt. Nun sollen laut Meta auch Interaktionen von Nutzern mit Meta AI zum Training der KI verwendet werden. Der Konzern betont, dass private Unterhaltungen nicht zum Training der KI verwendet werden. Bei minderjährigen Nutzern verzichte man auch auf die Nutzung öffentlich verfügbarer Beiträge.

[Weitere Informationen zu dem Vorgang](#)

Gewerkschaftsverband fordert Einführung einer Steuer auf digitale Dienstleistungen

Der europäische Gewerkschaftsverband UNI Europa, der ca. 7 Mio. Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor vertritt, fordert die Einführung einer umfassenden Steuer auf digitale Dienstleistungen, welche unter dem Spitznamen „Amazonensteuer“ gehandelt wird.

Dies hat der Verband in einem Schreiben an die Kommissare *Stéphane Séjourné*, *Valdis Dombrovskis* und *Henna Virkkunen* dargelegt. Er sieht diese Steuer als Gegenmaßnahme zu den aus seiner Sicht eskalierenden Handelsspannungen zwischen Europa und den USA und argumentiert, dass „insbesondere US-Digitalunternehmen in der EU unfaire wirtschaftliche Vorteile genießen“ – wie bspw. das Onlinehandelsunternehmen Amazon.



Hintergrund: Die Idee einer solchen Steuer auf digitale Dienstleistungen von US-amerikanischen Unternehmen hatte der französische Präsident *Emmanuel Macron* nach der Ankündigung von Zöllen durch US-Präsident *Donald Trump* wieder ins Spiel gebracht, der Vorschlag spaltet jedoch die Mitgliedsstaaten.

[Mehr Informationen zu UNI Europa](#)

[Link zum Schreiben an die Kommissare](#)